



hlz

Zeitschrift der GEW Hamburg
Januar-Februar 1-2/2014

Schule**	2007/8	2008/9	2009/10
Hilke Lange-Gesamtschule	-	2,07	1,95
Hilke Lange-Gesamtschule	2,12	2,12	-
Albert-Schweitzer-Gesamtschule	-	2,07	2,05
Albert-Schweitzer-Gesamtschule	2,04	2,17	-
Collegiumschule des Johanneums	-	2,04	2,04
Collegiumschule des Johanneums	2,16	2,17	-
Gesamtschule Oberwall	-	2,04	2,04
Gesamtschule Oberwall	2,20	2,14	-
Margarethe-Baake-Gesamtschule	-	2,04	2,11
Margarethe-Baake-Gesamtschule	2,17	2,11	-
Theresia-Heinrich	-	-	2,11



EINER WIRD GEWINNEN





Der Hamburger Immobilienmarkt zeigt es deutlicher als so manche Analyse über die soziale Entwicklung der Stadt: Während die Preise in bestimmten, als begehrt geltenden Stadtteilen explodieren, stagniert diese Entwicklung, trotz der niedrigen Zinsen, in den Gebieten, die von Armut geprägt sind. Als Nachfragekriterium gilt immer mehr die Nachbarschaft. Das heißt: mit jemandem, der arm und bildungsfern ist und - sagen wir es deutlich - einen ausländischen Hintergrund hat, will man nichts zu tun haben. Und vor allem die eigenen Kinder will man nicht zusammen mit denen aus besagten Familien aufwachsen lassen.

Aber um nicht missverstanden zu werden: es geht hier nicht um Elternschelte. Es ist in Bezug auf die Schulwahl absolut legitim in einer Gesellschaft, in der der Wettbewerb und damit der Einsatz des Ellbogens die wichtigste Verhaltensmaxime ist, für sein Kind die Variante zu wählen, von der man meint, dass sie am erfolgversprechendsten ist. Ich weiß nur zu gut aus eigener Erfahrung, welcher Druck bei dieser Entscheidung auf einem lastet. Der Fehler liegt am System, es gibt hier kein Richtiges im Falschen. Sich allein auf diese Position zurückzuziehen, ist allerdings zu bequem. Sich fatalistisch geben und sagen, dass der Markt diese Ergebnisse zeitigt, die vielzitierte unsichtbare Hand das regelt, wäre so eine Variante - oder man versucht, dieser Entwicklung politisch Einhalt zu gebieten. Denn die Segregation der

Bevölkerung nach Einkommen, Herkunft und Bildungsstand ist kein Naturgesetz, sondern beeinflussbar, u.a. durch das Zwei-Säulen-Schulmodell.

Dieses von so vielen gepriesene Projekt entpuppt sich immer mehr als Motor einer sich vertiefenden sozialen Spaltung. Über die Hälfte der Kinder eines Jahrgangs wechseln auf das Gymnasium, seit Jahren mit steigender Tendenz. Das Komplement, die Stadtteilschule, wird immer mehr zur Restschule. Hinzu kommt, dass alle in der Bürgerschaft vertretenen Parteien die Inklusion behinderter Kinder in die Regelschulen beschlossen haben, letztendlich aber die Stadtteilschule nahezu die alleinige Last zu tragen hat. (Zahlen hierzu auf Seite 13)

Dass es unter diesen Bedingungen den Stadtteilschulen dennoch gelingt, einen Teil ihrer Schüler_innenschaft zum Abitur zu bringen, grenzt dabei schon an ein Wunder. Die jüngsten Untersuchungen zu diesen Schüler_innen fanden heraus, dass deren Lernzuwächse in den drei Jahren bis zum Abitur größer sind als die der Gymnasiast_innen im gleichen Zeitraum. (s. Interview mit Ulf Vieluf zu KESS 12 und 13 in hiz 10-11/2013, S.24) Dass dann am

strom zu den Gymnasien (s. Interview mit der schulpolitischen Sprecherin der CDU, Karin Prien auf Seite 14). Dass die FDP dies mit Beifall belohnt, überrascht nicht, es zeigt, dass diese Kräfte die politische Implikation nicht sehen oder nicht sehen wollen oder diese auf dem Altar des Populismus opfern.

Wie anzweifelbar die Schlüsse sind, die nach der Veröffentlichung der Abiturnoten (HA v. 11./12. Januar) gezogen wurden, belegt schon die Tatsache, dass von den Leistungen, die in die Abinote eingehen, nur 19% in Zusammenhang mit zentralen Aufgaben erbracht wurden. So ist auch die Reaktion unserer ehemaligen Vorsitzenden Christiane Albrecht, Abteilungsleiterin an der Stadtteilschule Finkenwerder, ermutigend, wenn sie zu den Ergebnissen ihrer Schule meint: „Wir tragen die rote Laterne mit Stolz. Abi-Notenschnitt-Ranking zu erstellen und zu veröffentlichen ist einfach nur unanständig.“

Ob wir nun mit einem Dammbrech in Sachen Veröffentlichung aller Leistungen von Schüler_innen und Lehrer_innen zu rechnen haben, wird die Zukunft zeigen. Wenn es dazu käme, sollten allerdings alle Karten auf den

Joachim Geffers

Alles rennet, rettet, flüchtet

Ende die Ergebnisse dieser Schüler_innen im Abitur unter denen der Gymnasiast_innen bleiben, verweist eher auf die Benachteiligung der StS-Schüler_innen in der Mittelstufe als auf deren geringeres Leistungsvermögen.

Wenn nun also eine Partei wie die CDU eine Große Anfrage zum Thema Abiturleistungen stellt, wissend, dass damit eine Öffentlichkeit hergestellt ist, trägt sie die Verantwortung für eine Entwicklung, die sie vielleicht gar nicht will: Einen weiteren Zu-

Tisch, so wie es bspw. in Kanada üblich ist: Dort wird mit der Veröffentlichung der Schüler_innenleistungen auch gleich das durchschnittliche Einkommen der Eltern veröffentlicht!

Sei's drum, am Ende könnten wir die Messe feiern und es würde wahr, was wir vor Jahren schon mal als Titelbild für diese Zeitung gebastelt hatten: Aus dem Namensschild ‚Gymnasium Allee‘ wurde ohne großen grafischen Aufwand ein ‚Gymnasium für Alle‘.



Unerschrocken **Seite 8**

Trotz Drohungen der Schulverwaltung: 3500 Schüler_innen demonstrierten während der Unterrichtszeit für das Aufenthaltsrecht der Lampedusa-Flüchtlinge.

Dürftig **Seite 11**

Bildung Priorität einzuräumen scheint in den Koalitionsvereinbarungen vergessen worden zu sein.

Professionell **Seite 22**

Wie sieht sie ganz konkret aus – die ganztägige Betreuung an Schulen? Das Interview mit der Leiterin eines Kooperationspartners gibt Einblicke in den Alltag.

Feiern **Seite 18**

Grandioser Sieg der GEW bei den Wahlen zur Lehrer_innenkammer führt zur größten Fraktion aller Zeiten.



Foto: hlz

GEW

Lehrerkammerwahl	18
Sensationell	_____
Service	19
Kostenloser Kinobesuch	_____
Filmpreview	55
Nur für Mitglieder	_____

Magazin

Lampedusa	8
Schülerdemo	_____
Geschlechterkampf	41
Bericht über eine Fachtagung	_____
Politischer Streik	44
Für eine hitzige Debatte	_____
Trauer und Gedenken	46
Nelson Mandela	_____
Kriegsschuld-Debatte	48
Rollback?	_____
Bundeswehr	52
Dem Frieden dienen?	_____
Nazibiographien (24)	55
Heinrich Haselmayer, Teil 4	_____

Schwerpunkt

Schulranking
Siegertreppchen oder Pranger? — 12

Bildungspolitik

GroKo zu Bildung
Mageres Ergebnis — 11

Hochschulen
Prekäre Beschäftigung eindämmen — 20

GBS
Interview Waltraut Franck — 22

SinnBildung
Zukunft des Lernens — 28

PISA 2013
Katerstimmung statt Rausch — 38



Objekt und Foto: Stefan Gierlich

Abi-Ranking Seite 14

Die Büchse der Pandora ist geöffnet. Ein Interview mit der schulpolitischen Sprecherin der CDU, Karin Prien, offenbart Hintergründe.

Das „Jetzt“ zählt Seite 28
Kompetentes Lernen ist mehr als Faktenhuberei.

Elernt, nicht angeboren Seite 41
Es gibt Days for Boys und Days for Girls. Die Stereotype aber bleiben.

Sind alle schuld? Seite 48
Die neu aufgerollte Debatte um die Kriegsschuld des Ersten Weltkriegs sollte uns nicht unberührt lassen.

Rubriken

hlz-Notiz — 3

Nachrichten — 6

Ruheständler_innen — 60

Rätsel — 61

Aus der Austrittszone ... — 63

Impressum — 63

GEW-Termine — 65



Leser_innenbriefe an: hiz@gew-hamburg.de (wir belassen ggf. alte Schreibung)

Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor

informiert

Die FDP in der Bürgerschaft will deutlich mehr Qualitätsmerkmale von Schulen als Ergebnis der Schulinspektion veröffentlichen lassen als bisher. In einem Bürgerschaftsantrag fordert die FDP-Bildungspolitikerin Anna von Treuenfels, auch das Abschneiden der Schüler_innen einer Schule bei Vergleichsarbeiten, Lernstandserhebungen und Abschlussprüfungen sowie die Quote der Schulabbrecher_innen öffentlich zu machen, bei Grundschulen zudem noch den Anteil der Gymnasialempfehlungen. Auch sollen die Eltern sich darüber informieren können, wie viele Schüler_innen einer Schule an dem kostenlosen Nachhilfeprogramm „fördern statt wiederholen“ teilnehmen und welcher Anteil von Kindern ein Gymnasium nach der sechsten Klasse verlassen muss.

erhört

Fehlendes Personal, ungerechte Ressourcenverteilung und zu wenig Räume im Ganzttag – das sind fast ein halbes Jahr, nachdem die ganztägige Bildung und Betreuung (GBS) an 200 Grundschulen eingeführt wurde, nach wie vor die großen Kritikpunkte. Der Ganzttagsschulverband Hamburg warnt davor, dass die Stadt mit der Einführung der GBS „auf einem verhängnisvollen Weg“ sei. 4713 Eltern unterstützen bereits per Online-Petition den Protest (die hlz berichtete: 10-11/13, S. 10). Sie fordern bessere Betreuung und größere Räume. Die Petition hat immerhin zu einem ersten Treffen zwischen Schulbehörde und Elternvertretern geführt; weitere Gespräche sollen folgen.

fördern und fördern

Eine bessere Ausstattung für die 200 Schulen mit Ganztägiger Betreuung (GBS) forderte die Linksfraktion in der Bürgerschaft. Insbesondere für die Inklusion behinderter Kinder seien die derzeitigen Personalschlüssel viel zu knapp. Deshalb solle die Stadt mit den Trägern neu verhandeln. Außerdem forderte sie eine externe Evaluation, eine Beschwerdestelle für Probleme, bessere Räume und ein kostenloses Mittagessen. „Wir fassen die Kritik in der Stadt zusammen“, sagte der Abgeordnete Mehmet Yildiz. Er hoffe, dass die anderen Oppositionsfraktionen die Anliegen unterstützen.

benachteiligt

An Stadtteilschulen wird der Unterricht in den Fächern Mathematik, Physik, Chemie und Biologie wesentlich häufiger von fachfremden Lehrkräften erteilt als an Gymnasien. Das ergeben zwei Anfragen der Fraktion DIE LINKE (Drs. 20/9641 und 20/9979). Der SPD-Senat hatte versprochen, die Stadtteilschulen zu einem Erfolgsmodell zu machen, tatsächlich erhalten aber die Stadtteilschulen wesentlich weniger Fachlehrkräfte. So wird in den Gymnasien nur 3,4 Prozent des Mathematik-Unterrichts von fachfremden Lehrkräften erteilt, an den Stadtteilschulen dagegen 15,1 Prozent – mehr als das Vierfache.

schreiben

Die Rechtschreibung soll an den Hamburger Grundschulen ein stärkeres Gewicht erhalten. Schulsenator Ties Rabe (SPD) will zum nächsten Schuljahr

einen verbindlichen Kernwortschatz festlegen, den die Schüler_innen am Ende der vierten Klasse beherrschen sollen. „Der Kernwortschatz soll rund 800 Wörter (Bayern 700!) umfassen, die wir in der Schulbehörde bis zum Sommer erarbeiten wollen“, sagte Rabe. Der Senator rechnet mit „turbulenten Diskussionen“ über die Auswahl der Wörter. Darüber hinaus soll die „Hamburger Schreib-Probe“ flächendeckend zum Einsatz kommen. Das Testverfahren wurde vom Hamburger Bildungsexperten Peter May entwickelt und wird in anderen Bundesländern schon eingesetzt. Die Ergebnisse sollen die Schwächen der einzelnen Schüler_innen ganz genau aufzeigen. Die Methode „Lesen durch Schreiben“, bei der Kinder anfangs ohne Korrektur einfach drauflos schreiben, wird endgültig verboten.

krank

Die Situation für psychisch kranke Kinder und Jugendliche wird offenbar immer dramatischer. Nach Zahlen der Techniker Krankenkasse (TK) gibt es einen Anstieg von 60 Prozent bei jungen Leuten, die in Hamburg wegen einer Depression stationär behandelt werden mussten. Von 2009 bis 2012 wuchs die Zahl der in Krankenhäusern behandelten Zehn- bis 19-Jährigen von 310 auf 500 Patient_innen.

säumig

Mehrere Caterer von Schulessen schlugen Alarm, weil die Schulbehörde ihnen seit Wochen Geld schuldet. Dabei geht es um Zuschüsse für Mittagessen an Schulen mit ganztägiger Bildung

und Betreuung aus dem Beteiligungs- und Teilhabepaket des Bundes, die über die Behörde abgerechnet werden. Teilweise belaufen sich die Außenstände auf sechsstelligen Beträge. Grund für die Verzögerungen sind nach Angaben der Behörde technische Probleme bei der Umstellung vom Haushalts- und Rechnungswesen. In einigen Fällen sind die Folgen für die Lieferanten inzwischen existenzbedrohend.

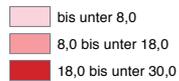
hoffen

In den Konflikt um die tarifvertragliche Absicherung der etwa 200.000 angestellten Lehrer_innen in Deutschland kommt Bewegung. In dieser Woche wird die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL), die gemeinsame Vertretung der Länder im öffentlichen Dienst, erstmals mit der GEW über eine sogenannte Entgeltordnung für diesen Personenkreis verhandeln. Bisher gilt für angestellte Lehrer_innen zwar auch die Gehaltstabelle des öffentlichen Dienstes; sie haben jedoch als einzige Berufsgruppe keinen Tarifvertrag, der regelt, bei welcher Qualifikation und Tätigkeit für sie welche Gehaltsgruppe gilt. Das legen bisher die Länder vielmehr in eigener Hoheit fest.

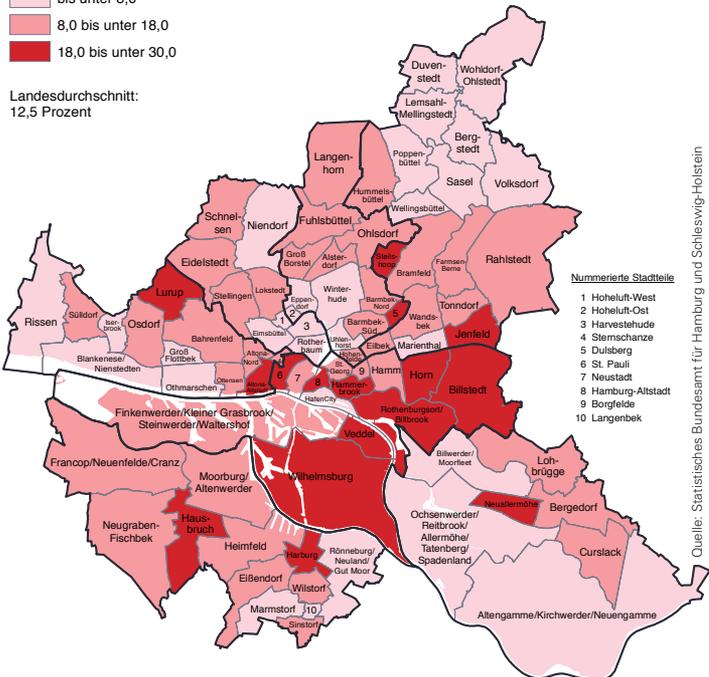
arm und gebildet

Nahezu jede_r zehnte Akademiker_in verdiente 2012 nicht mehr als 9,30 Euro brutto in der Stunde. Hunderttausende, die jahrelang in ihre Bildung investiert haben, arbeiten zu Niedriglöhnen. Rund 8,6 Prozent der abhängig Beschäftigten mit einem Hochschulabschluss waren im vorletzten Jahr auf dem Niedriglohensektor tätig. Das ist ein Anstieg um 13 Prozent. Grund dafür laut BA sind hauptsächlich die deutlich gestiegenen Absolutenzahlen.

Anteil der Empfängerinnen und Empfänger staatlicher Leistungen (mehrheitlich Hartz IV)

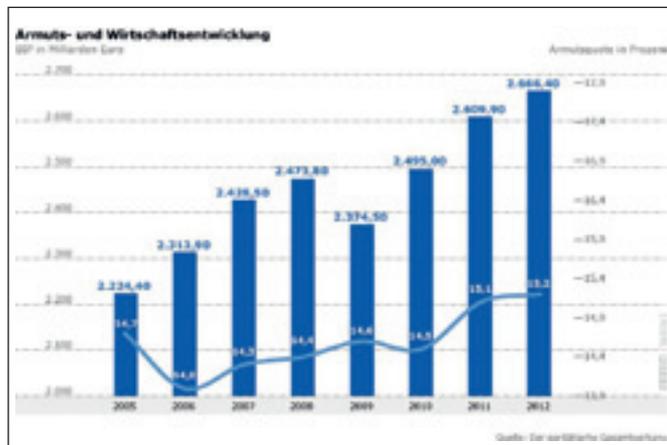


Landesdurchschnitt: 12,5 Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt für Hamburg und Schleswig-Holstein

Viele Menschen haben Arbeit, können aber nicht davon leben. In Hamburg sind nach einer aktuellen Studie der Wohlfahrtsverbände 14,8 Prozent der Menschen von Armut bedroht. Der Paritätische Wohlfahrtsverband Hamburg zeigte sich bei Vorstellung seiner Studie am 19.12.2013 "zutiefst besorgt". Denn der vorgestellte Armutsbericht zeige, dass die Armutsquote in der Hansestadt trotz sinkender Arbeitslosigkeit und zurückgehender Hartz-IV-Quoten auf den höchsten Stand seit 2006 gestiegen sei. "Die wachsende Armut ist, trotz der scheinbar positiven Entwicklung am Arbeitsmarkt, ein deutlicher Beleg für Niedriglöhne und prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Viele Menschen haben Arbeit, aber immer weniger Menschen können davon leben", sagte Joachim Speicher, Geschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes Hamburg.



Steigende Armut auch bundesweit trotz Zunahme des Sozialprodukts



LAMPEDUSA iN HAMBURG



Lampedusa in Hamburg – Politikunterricht auf der Straße

Schulstreik und Demo für ein dauerhaftes Bleiberecht der Gruppe Lampedusa

In Hamburg geht es politisch derzeit hoch her. Neben den Protesten gegen den „Mietenwahnsinn“, für den Erhalt der Roten Flora und gegen eine von der SPD und der Polizei inszenierte Kriminalisierung der Proteste geht es auch um den Bleiberechtskampf der Gruppe Lampedusa in Hamburg, der als symbolisch für die verfehlte Migrationspolitik des Hamburger Senats und der BRD gelesen

werden kann.

Teilweise schon nach Lybien geflohen, waren die Betroffenen 2011 aufgrund des Bürgerkriegs gezwungen, das Land zu verlassen und kamen nach Europa, wo sie die italienischen Behörden mit 500 Euro und einem Visium für den Schengenraum ausstatteten und weiterschickten. Seit März 2013 befinden sich die Geflüchteten der Gruppe „Lampedusa in Hamburg“ in der Stadt und for-

dern ein dauerhaftes Bleiberecht für die gesamte Gruppe.

Trotz der ständigen Gesprächsangebote und diversen Protestaktionen der Gruppe und ihrer Unterstützer_innen weicht der Hamburger SPD-Senat nicht von seiner harten Linie ab, sondern reagiert stattdessen mit rassistischen Polizeikontrollen und rechtfertigt seine Politik mit der herrschenden Gesetzeslage.

Der Kreis der Unterstüt-



Trotz Fehl-Stunden im Klassenbuch: Schüler_innen erklären sich solidarisch



LAMPEDUSA in HAMBURG



zer_innen wächst dafür stetig. Zeitweise täglich demonstrieren Menschen auf vielfältige Weise ihre Solidarität und zeigen dem Hamburger Senat, was sie von

der Schulbehörde: «Wer fehlt, wird ins Klassenbuch eingetragen und braucht eine Entschuldigung der Eltern». Unterstützt wurden die Schüler_innen hin-

Bereits Wochen vorher traf sich die offene Vorbereitungsgruppe regelmäßig im Centro Sociale, um den Streik und die geplante Demo zu organisieren.



Handgemachte Unterrichtsmaterialien

seiner Politik halten. Dabei müssen sie sich immer wieder mit der Polizei auseinandersetzen, denn Innensenator Neumann sieht in Hamburg „kein konkretes politisches Problem“ (Voigts, 2014) und setzt lieber auf Repression und Kriminalisierung der Proteste. Neben Kirchen, Sportverbänden, Gewerkschaften, sozialen Einrichtungen, politischen Gruppen etc. haben sich auch Hamburger Schüler_innen zusammengeschlossen und am 12. Dezember einen Schulstreik organisiert. Schüler_innen aus über 40 Schulen beteiligten sich an dem Streik, trotz der Drohung

von der GEW, die den Schulterricht „als praktischen Politikunterricht“ empfahl.

Weiter geht's

**Großdemonstration und
politisch-kulturelle Parade
von Lampedusa in Hamburg**

**Samstag, 1. März 2014,
13⁰⁰ Uhr**

**Hamburg-Hbf,
Hachmannplatz
Infos auf**

www.lampedusa-in-hamburg.org

Am 12. Dezember um 10 Uhr versammelten sich schließlich ca. 3500 Menschen am Hamburger Hauptbahnhof, um lautstark und entschlossen durch die Mönckebergstraße, vorbei an der Ausländerbehörde bis zur SPD-Parteizentrale zu ziehen. In Redebeiträgen wurde auf die Situation der Geflüchteten aufmerksam gemacht, auf den §23 verwiesen, der ein Bleiberecht für politische Gruppen ohne Einzelfallprüfung möglich macht, und es wurden Forderungen an den Senat formuliert. Unter Parolen wie „Kein Mensch ist illegal“, „Say it loud, say it clear,



LAMPEDUSA iN HAMBURG



refugees are welcome here“ und „Ganz Hamburg hasst die SPD“ kam die Demonstration schließlich vor deren Parteizentrale an, wo sich jedoch außer ein paar feixender Jusos niemand von der Partei blicken ließ. Den Abschluss fand die Demo schließlich vor dem DGB-Haus, wo noch einmal öffentlich zum Nachbereitungstreffen eingeladen wurde.

Die beharrlich als unpolitisch kritisierte Jugend ist, im Gegensatz zu Herrn Senator Neumann, eben doch in der Lage, politische Konflikte zu erkennen und in diese einzugreifen. Eine Unterstützung seitens der Behörde wäre wünschenswert gewesen, aber aktuell wohl eher utopisch.

Umso wichtiger ist jedoch ein entsprechendes Handeln der Pädagog_innen: Um die bestehenden Zustände zu hinterfragen, ist ein Wissen über gesellschaftliche Verhältnisse sowie Raum und Zeit für die Auseinandersetzung mit diesen notwendig. Gesellschaftsutopien können nicht gelehrt werden, sondern es können nur begünstigende Möglichkeiten geschaffen werden. Pädagogik ist immer auch politisch und wenn sie demokratisch sein will, sollte sie Freiraum für die Entfaltung eigener Widerständigkeit lassen!

RONJA HEINELT
GEW Studi-Gruppe

Mit dem Herzen sieht man
besser als mit der Lupe des
Gesetzesverwalters



Nationalismus der Mitte

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Neue Rechte oder alter Konservatismus? Eine Kritik der neuen Rechten“ organisieren die GEW Studis eine Veranstaltung zum neuen Nationalismus und den aufkommenden Bürgerinitiativen gegen Flüchtlingsunterkünfte.

**Vom Nationalismus der Mitte zum Bürger-Mob
Dienstag, 18.2., 18:30 Uhr, Universität Hamburg,
Von-Melle-Park 9 (ehem. HWP), Raum S28
Referent vom Bildungskollektiv Biko**

Gerade mit den Fußball-Ereignissen der letzten Jahre hat sich durchgesetzt, dass die Mitte sich selbstverständlich positiv auf ihre Nation bezieht. Ausgehend von zwei Arbeitsdefinitionen des Nationalismusbegriffs wollen wir in Frage stellen, ob der Kern nationaler Identität wirklich gemeinsame Sprache, Geschichte, Kultur und Territorium ist. Wir sind der Ansicht, dass die meisten dieser Merkmale Mythen sind, die im Nachhinein konstruiert wurden, um die Nation mit einem überzeugenden Fundament zu versehen, und dass diese ständig aktualisiert werden müssen, damit der gesellschaftliche Zusammenhang nicht seinen eigenen Zerfallstendenzen zum Opfer fällt

So nicht, GroKo!

Ob in Hamburg oder im Bund:
keine Fortschritte für die Bildung

Die bildungspolitische Situation in Hamburg wird 2014 durch die große Koalition auf Bundesebene und natürlich durch die SPD-Alleinregierung hier in Hamburg geprägt sein.

richtige Schritte begriffen. Die DGB-Senior_innen kritisieren deshalb zu recht, dass damit eine zunehmende Ausweitung der Altersarmut vorprogrammiert wird.

reich versprochenen sechs Mrd. Euro auf die gesamte Legislaturperiode und alle Bundesländer verteilt. Damit sollen Kinderkrippen, Kitas, Schulen und Hochschulen ausgebaut werden. Ganz gleich nach welchem Verfahren die Gelder verteilt werden, wird es nicht einmal dazu reichen, den Sanierungsstau bei den Räumlichkeiten der Bildungseinrichtungen aufzulösen. Im Wissenschaftsbereich hat man sich im Koalitionsvertrag auf eine Finanzierung außeruni-



Karikatur: Woesener

Die SPD hat bei ihren Koalitionsverhandlungen einen Teil der Gewerkschaftsforderungen bedient, in erster Linie wurde dabei an die Industriegewerkschaften gedacht. Die Einführung des Mindestlohns und die Beschränkung der Leiharbeit sind hier zu nennen. Allerdings sucht man vergeblich nach Maßnahmen, die den Niedriglohnsektor generell bekämpfen. Ein ähnliches Spiel bei den Renten: Mütterrente, der abschlagsfreie Ausstieg aus dem Arbeitsleben zwischen 63 und 65 nach 45 Beitragsjahren und eine Mindestrente für Niedriglöhner_innen, aber keine generelle Umsteuerung in der Rentenpolitik. Sowohl die Absenkung des Rentenniveaus auf 43 Prozent des durchschnittlichen Einkommens bis ins Jahr 2030 und die Rente grundsätzlich erst ab 67 Jahren werden im Koalitionsvertrag weiterhin als

Den Bildungsbereich hat die SPD bei ihren Verhandlungen nicht in den Mittelpunkt gestellt. Das Kooperationsverbot, das dem Bund untersagt, die Länder in der Bildung systematisch finanziell zu unterstützen, ist nicht aufgehoben. Eine Beteiligung des Bundes am Ausbau der Ganztagschulen und der Schulsozialarbeit ist nicht in Sicht. Über das Thema Inklusion, inklusive Bildung hat man – nach allem, was aus den Koalitionsrunden bekannt wurde – gar nicht gesprochen. Und am Ende hat man auch die Bafög-Reform und Anhebung des Bafögs, worüber sich Union und SPD angeblich bereits einig waren, nicht mit in den Koalitionsvertrag genommen. Auch das hätte ja ein Beitrag des Bundes zum sozialen Ausgleich im Bildungswesen sein können. Übrig bleiben die für den Bildungsbe-

versitärer Forschungseinrichtungen, den Hochschulpakt und die Exzellenzinitiative mit drei Mrd. Euro festgelegt. Eine Zusage auf Zeit, aber leider nicht dauerhaft. Bundesweit müssen wir uns – mehr oder weniger – auf einen vierjährigen Stillstand in der Bildungspolitik einstellen, wenn nicht nachgearbeitet wird. Im Gegensatz zu den meisten Bundesländern haben wir in Hamburg noch keinen demographischen Wandel zu verzeichnen. Die Hamburger Bevölkerung wächst insbesondere aufgrund von Zuzügen. In der ersten Jahreshälfte 2013 zogen über 44 000 Personen in die Hansestadt. Insgesamt – Geburten und Todesfälle, Zu- und Fortzüge eingerechnet – wuchs die Hamburger Bevölkerung auf mittlerweile 1,743 Mio. Wir können also nicht damit rechnen, dass durch weniger Schüler_in-

nen und gleichbleibende Anzahl von Pädagog_innen eine bessere personelle Ausstattung entsteht. Hamburg ist eine wachsende Stadt, die weiter wachsen wird. Gleichzeitig müssen wir davon ausgehen, dass die Sparauflage – 0,88 Prozent in jedem Bereich – des Senats mit dem Verweis auf die Schuldenbremse weiter durchgesetzt wird. Bisher ist

auch die BSB nicht von dieser Sparquote ausgenommen. Das bedeutet – bei voraussichtlich wachsenden Schüler_innenzahlen – einen weiteren Abbau von Qualität im Bildungsbereich. Bei all den laufenden Maßnahmen z.B. in Sachen Ganztags und Inklusion von einem Schulfrieden zu sprechen, zuletzt von Olaf Scholz im Hamburger Abend-

blatt vom 20.12.2013, soll alle Beteiligten im Bildungsbereich beruhigen. Eltern, Schüler_innen, Pädagog_innen und andere Beschäftigte wissen aber, dass die chronische Unterfinanzierung im Bildungsbereich zu ihren Lasten geht. Ganztags, Inklusion und die Diskussion um G8/G9 bergen weitere Aufgaben und Vorkehrungen, die mehr Arbeits-

RANKING

Moderne Zeiten

Mit der Veröffentlichung der Abiturnoten geht der Kampf um die Bildungschancen in die nächste Runde

„Immer mehr Abiturienten und bessere Noten der Absolventen“ – Mit diesem Aufmacher fasst das HA in seiner Sams- tagsausgabe vom 10.1.2014 das Ergebnis einer großen Anfrage der Bürgerschaftsabgeordneten Prien, Heinemann, Scheuerl und der CDU-Fraktion zusammen (Drucksache 20/10116) und druckt dazu eine Liste von 96 STS und Gymnasien ab, sortiert nach dem Durchschnittswert der Abiturnoten 2007/8 bis 2012/13.

Endlich hat die CDU das lang ersehnte Schul-Ranking in der Öffentlichkeit! Rechtzeitig genug, um das Anmeldeverhalten der Eltern zu beeinflussen. Pauschal betrachtet: Gymnasien oben, Stadtteilschulen unten. Das wird vermutlich den Run auf die Gymnasien noch weiter verstärken. Will die CDU das? Kann es im Interesse der Hamburger Bevölkerung sein, wenn die STSn zu Restschulen abgestempelt werden, die zudem fast ausschließlich die Aufgabe der Inklusion schultern müssen?

Was zeigt das Ranking nach Abinoten?

1. Die Durchschnittswerte al-

ler Schulen haben eine Zwei vor dem Komma (mit einer Ausnahme). Die Hälfte aller Schulen haben bessere Durchschnittswerte als 2,5.

2. Die meisten STSn haben im Nachkommastellenbereich schlechtere Werte als die Gymnasien, mit Ausnahme einiger „Leuchtturmschulen“.



Schöne Aussichten

Das liegt vor allem daran, dass kaum ein_e Schüler_in an den Stadtteilschulen eine gymnasiale Empfehlung hat. Viele Stadtteilschulen waren Haupt- und Realschulen. Deren Schülerschaft strebt in stärkerem Maße als früher das Abitur an.

3. Gleichermaßen bei Gymnasien und Stadtteilschulen

spiegelt die Rankingliste der Abiturdurchschnittsnote vor allem die regionalen sozialen Verhältnisse der Stadt wider. Gerade aus diesem Grund hat die GEW immer vor den Gefahren eines öffentlichen Schulrankings gewarnt.

4. Die Behauptung, das Niveau des Hamburger Abiturs sei (noch weiter) gesunken, kann durch die Antwort des Senats auf die Anfrage der CDU nicht bewiesen werden und bleibt somit gebetsmühlenartig wiederholter bildungspolitischer Populismus.

Zurück zum Abendblatt-Aufmacher „Immer mehr Abiturienten“: An dieser Aussage zeigt sich wieder einmal die uralte Furcht von Teilen des Bildungsbürgertums vor einem Bildungssystem, das ihren Kindern den exklusiven Zugang zu höher dotierten Berufen streitig macht. Eine Furcht, die übrigens völlig unbegründet ist, denn in keinem europäischen Land ist die soziale Herkunft der Kinder bedeutsamer für deren Bildungserfolg als in Deutschland.

Mal abgesehen von Notendurchschnitten und Tests: Mehr Abiturient_innen, das heißt, mehr junge Menschen gehen länger zur Schule und nutzen damit die Chance, ihre Bildung zu erweitern. Manche merken erst ab 17, wie bereichernd das ist. Was gibt es daran zu kritisieren?

WOLFGANG BRANDT
Fachgruppe Gymnasien

belastung für alle Beschäftigten in den Bildungseinrichtungen mit sich bringt.

Die SPD kann in Hamburg umsteuern. Noch hat sie bis zu den nächsten Bürgerschaftswahlen 2015 Zeit zu zeigen, dass sie tatsächlich die Spaltung dieser Stadt in Arm und Reich bekämpfen will. Das fängt bei der Bildung an. Jede Investition in die-

sem Bereich ist eine Investition in die Zukunft, eben auch in die Zukunft dieser Stadt.

Unter diesen Vorzeichen sind die Personal- und Betriebsratswahlen und Tarifverhandlungen im ersten Halbjahr 2014 anzugehen. Im Rahmen dieser gewerkschaftlichen Felder wird die GEW besonders die Themen Inklusion, Ganztage, Arbeitszeit,

Arbeitsbelastung, Gesundheit und Entgelt in den Vordergrund stellen. Darüber hinaus werden wir natürlich die Einführung des neuen Personalvertretungsgesetzes und die Novellierung des Hochschulgesetzes begleiten.

ANJA BENSINGER-STOLZE
1. Vorsitzende

Zur Dynamik der sozialen Spaltung der Stadt und damit der Schüler_innenschaft

- In 18 Prozent aller Hamburger Familien ist keine Person erwerbstätig.
- Zum Ende des Jahres 2008 ist über ein Viertel der Kinder im Alter von null bis sechs Jahren ganz oder teilweise von staatlicher Unterstützung abhängig.
- In den Stadtteilen Dulsberg, Veddel, Billstedt und Jenfeld ist mehr als die Hälfte dieser Kinder auf Unterstützung angewiesen.
- Bei der Anmelderunde für die fünften Klassen im Februar 2013 haben sich 46,5 Prozent der Eltern für die Stadtteilschule und 52,6 Prozent der Eltern für das Gymnasium entschieden.
- 6 Prozent der Stadtteilschüler_innen und 75 Prozent der Gymnasialschüler_innen haben am Ende ihrer Grundschulzeit eine Gymnasialempfehlung erhalten.
- Im Schuljahr 2009/2010 gab es insgesamt 1382 Schulformwechsel innerhalb der allgemeinbildenden Schulen, wovon mehr als zwei Drittel davon Wechsel vom Gymnasium zu den ‚Vorformen‘ der Stadtteilschulen (den Haupt-, Real- und Gesamtschulen) waren.
- Der Anteil an Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf betrug 2013 12,6 Prozent (davon 10,6 Prozent in den Förderbereichen Lesen, Sprache und emotionale Entwicklung). Nahezu alle diese Kinder sind in die Stadtteilschulen gewechselt, sodass der Anteil dort nahezu bei 25 Prozent (!) liegt.

Die Verteilung der Schulen nach Sozialindizes (KESS 1-6) im März 2013 stellt sich wie folgt dar:

- Drei der insgesamt 59 Gymnasien (ca. 5 Prozent) sind im unteren Bereich des Sozialindex (Bereich 1 und 2) angesiedelt, aber 45 Gymnasien (ca. 76 Prozent) im oberen Bereich (5 und 6) eingeordnet.
- 26 der 57 Stadtteilschulen (ca. 45 Prozent) liegen im unteren Bereich des Sozialindex, während nur acht Schulen (ca. 14 Prozent) im oberen Bereich sind. Alarmierend ist, dass sich die Zahl der Stadtteilschulen mit dem Sozialindex 1 und 2 gegenüber der letzten ‚KESS-Justierung‘ von 13 auf 26 Schulen verdoppelt hat.
- Zum Zusammenhang zwischen sozialer Lage der Familien und dem Bildungserfolg der Kinder siehe den Beitrag von Klaus Bullan zu den jüngsten Pisa-Ergebnissen auf Seite 38.

Im Jahr 2012 wechselten 488 Schüler_innen (8 Prozent des Gymnasialjahrgangs) auf die 7. Klasse einer Stadtteilschule. Die Statistik für diese Jahr steht noch aus

Quellen: Bildungsbericht der BSB von 2011, alle übrigen Angaben zitiert nach: Standortbestimmungen Stadtteilschulen in Hamburg, Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens e.V., GGG, Landesverband Hamburg, Stand September 2013

„Ich hätte es nicht veröffentlicht...“

Interview mit Karin Prien, Schulpolitische Sprecherin der CDU, über das Lernen an Gymnasien und Stadtteilschulen und die Gestaltung unserer Schullandschaft

hlz: Frau Prien, das Abendblatt hat jüngst ein Ranking, was die Abiturnoten an Hamburger Schulen angeht, veröffentlicht. Wie finden Sie das?

Karin Prien: Also, das Abendblatt hat ja Gott sei Dank nicht nur ein Ranking veröffentlicht, sondern hat sich insgesamt mit der Frage des Abiturniveaus an den Hamburger Gymnasien und Stadtteilschulen beschäftigt. Ich glaube, ein Ranking ist nicht wirklich aussagekräftig und ich hätte es auch nicht veröffentlicht.

hlz: Befürchten Sie nicht, dass durch so ein Ranking der Run auf die Gymnasien noch weiter zunehmen könnte?



Foto: hlz

Karin Prien: „Basiswissen kommt an manchen Schulen zu kurz.“

Karin Prien: Bis jetzt ist es ja sehr gut gelungen, das Zwei-Säulen-System aus Stadtteilschulen und Gymnasien in einer vernünftigen Balance zu halten und ich hoffe und bin auch guter Dinge, dass die Eltern ihre Entscheidungen für die eine oder andere Schule nicht von so einer Veröffentlichung in der Zeitung abhängig machen werden.

hlz: Für eine vernünftige Balance halten Sie, wie es ja aktuell der Fall ist, dass 50 bis 55 Prozent eines Jahrgangs aufs Gymnasium wechseln?

Karin Prien: Ich halte das für eine ausgewogene Balance, ja.

hlz: Die Abiturleistungen, Sie sagen ja, die seien gesunken oder Sie vermuten, sie seien gesunken. Woher wissen Sie das?

Karin Prien: Wir können tatsächlich, wie Sie ja richtig sagen, nur vermuten. Es gibt einige Indikatoren dafür. Wir warten ja immer noch sehr dringend auf die KESS 13-Studie in der Langfassung, die ist ja leider bisher immer noch nicht vorgelegt worden. Gründe für vermuteten Niveauverlust sind, dass die Art der Aufgaben sich verändert hat, ebenso wie die Korrekturanforderungen andere geworden sind. Dafür gibt es eben eine Menge Anzeichen und das beobachten wir mit großer Sorge.

hlz: Sie haben an anderer Stelle kritisiert, dass die Lehrpläne heute statt an Fakten vornehmlich auf eine Kompetenzorientie-

rung hin orientiert seien.

Karin Prien: Ja, tatsächlich kritisieren wir eine zu starke Kompetenzorientierung. Obwohl es richtig war, dass die Kultusministerkonferenz Anfang des letzten Jahrzehnts angefangen hat, auch im Zusammenhang mit dem PISA-Schock, darüber nachzudenken, dass es keinen Sinn macht, nur Faktenwissen in die Kinder rein zu prügeln. Vielmehr wird heute zu Recht Wert darauf gelegt, dass die Schülerinnen und Schüler mit dem Erlernten auch umgehen können und vor allem, dass sie lernen zu lernen. Es ist auch deshalb richtig, weil sich die Welt natürlich immer schneller verändert und deshalb die Fähigkeit zu lernen, das heißt also zu lernen, wie man lernt und wie man sich Wissen erschließt, eine viel größere Bedeutung hat als früher. Wir haben aber den Eindruck, dass dieses Pendel weg vom Fachwissen, hin zur Kompetenz soweit in Richtung Kompetenz ausgeschlagen ist, dass es heute auf Fachwissen gar nicht mehr ankommt. Das kritisieren wir und da meinen wir, dass man tatsächlich an die Bildungspläne ran müsste.

hlz: Nun hat aber gerade die Max-Brauer-Schule, die ja ganz gut im Abi-Ranking abgeschnitten hat, mit ihrer Profilerbestufe, die ja ganz stark auf den Kompetenzbegriff setzt, gezeigt, dass es funktioniert.

Karin Prien: Wenn Reformpädagogik gut gemacht wird, dann hat sie gute Ergebnisse.

Wenn Reformpädagogik nicht gut gemacht wird, dann hat sie gerade für leistungsschwächere Schüler_innen katastrophale Wirkung. Das gilt übrigens für den Frontalunterricht auch. Es kommt auf die/den gute_n Lehrer_in an, der/die den Methodemix beherrscht, motiviert und aktiviert. Ich sehe das gar nicht ideologisch, was Sie vielleicht verwundern wird. Viele reformpädagogische Ansätze sind nicht falsch, aber das ändert nichts daran, dass ich, um Sachverhalte beurteilen zu können, auch heute noch ein bestimmtes Basiswissen brauche. Ich glaube, dass dieses Basiswissen an manchen Schulen in manchen Fächern einfach zu kurz kommt. Gelegentlich gewinnt man den Eindruck, dass statt einer klaren Struktur eine gewisse Beliebigkeit Einzug in das normale Unterrichtsgeschehen gehalten hat. Zum Fachwissen meine ich: Wenn ich nicht weiß, woher ich komme, dann weiß ich auch nicht, wohin ich gehe. Ein Grundstock etwa an kultureller Bildung muss an jeder Schule gelehrt werden

hlz: Sie setzen sich dann aber der Gefahr aus, dass man sagt, Sie wollen zurück zur Reproduktionsdressur, Sie wollen ausschließlich ein Lernen für den Test.

Karin Prien: Ja, aber das halte ich für eine falsche und einseitige Betrachtungsweise. Kein/e Bildungspolitiker_in, die/der sich mit der Materie beschäftigt, wird heute eine reine Konzentration auf Fachwissen fordern. Ich glaube, über diesen ideologischen Streit sind wir doch lange hinweg. Es geht um die richtige Richtung. Es ist eben tatsächlich die Frage, ob Schülerinnen und Schüler in der Mittelstufe nicht eine bestimmte Anzahl von Büchern gelesen haben sollten und durchaus auch solche, auf die man sich verständigt, und zwar egal in welchem Stadtteil die

Schülerinnen und Schüler leben. Es gibt aus unserer Sicht eine gemeinsame kulturelle Bildung, die über alle Stadtteile hinweg von allen Schülerinnen und Schülern gelernt werden sollte, das hätte in einer Stadt wie Hamburg auch eine stark integrierende Wirkung. Das geht auch bei gleichzeitiger Vermittlung von Basiskompetenzen. Aber wenn Fachwissen und ein bestimmter Kanon von Wissen gar nicht mehr gelehrt werden, dann halte ich das für falsch.

hlz: Nun wissen Sie ja, dass die Stadtteilschulen ungleiche Ausgangsbedingungen haben im Hinblick auf die Zusammensetzung der Schülerschaft, im Hinblick auf das, was sie mit der Inklusion zu schultern haben. Das Abitur aber liegt als Latte für alle gleich hoch. Die Ergebnisse sind unterschiedlich, wie jetzt deren Veröffentlichung im Abendblatt gezeigt hat. Was aber ist kritikwürdig daran, dass jetzt die Stadtteilschüler_innen, was die Endergebnisse angeht, tatsächlich im Schnitt auch schlechter abgeschnitten haben als die Gymnasiast_innen? Sie haben ja trotz alledem die Hürde Abitur genommen – die meisten von ihnen, die aus unterschiedlichen Gründen benachteiligt waren.

Karin Prien: Um das ganz deutlich zu sagen: Ich finde es großartig, dass so viele Schüler_innen an den Stadtteilschulen Abitur machen. Ich hätte dieses Ranking auch gar nicht so veröffentlicht, weil es einen falschen Eindruck erweckt. Da müssen Sie die Journalisten fragen, warum die auf so was nun gerade fliegen. Ich meine, der kritische Ansatz geht auch nicht gegen die Stadtteilschulen, sondern geht gegen das Abiturniveau insgesamt. Sie haben natürlich völlig Recht: die Stadtteilschulen haben häufig, nicht immer, mit ungleich schwierigeren Aus-

gangsvoraussetzungen zu kämpfen. Heterogenität haben wir übrigens auch an den Gymnasien inzwischen. Wenn Sie ein Gymnasium im Hamburger Westen haben, auf das mehr als 80 Prozent der Schüler_innen gehen, dann ist das sozusagen die „Gesamtschule der Mittelklasse“. Wie gesagt: Heterogenität hat man heute auch an den Gymnasien, Gott sei Dank übrigens. Aber die Stadtteilschulen haben natürlich ungleich schwierigere Voraussetzungen und wir sind ja auch einmal gemeinsam davon ausgegangen, dass wir inzwischen auf den Stadtteilschulen etwa ein Drittel Kinder haben sollten, die potenziell die mittleren Bildungsabschlüsse und das Abitur erreichen können. Ich finde es persönlich weder verwunderlich noch dramatisch, wenn die Ergebnisse an den Stadtteilschulen dann schlechter sind, zumal es eine neue Schulform ist, die sich noch entwickelt. Wir sind ja mit der Stadtteilschule erst drei Jahre am Start. Ich glaube schon – und wir sehen das an guten Stadtteilschulen: da gibt es weit mehr als die Max-Brauer-Schule, die mit einem ganz ausgeprägten Schulprofil eine ausgezeichnete Arbeit machen. Ich glaube mitnichten, dass die Stadtteilschulen die schlechteren Schulen sind, weil sie im Augenblick im Durchschnitt die schlechteren Abiturnoten haben, zumal man sehen muss, dass die Abiturprüfung nur einen kleineren Teil der Leistungsbewertung in der Oberstufe erfasst und es bei der Bewertung einer Schule auf viel mehr ankommt als die Abiturnoten.

hlz: KESS 12 und 13 zeigt, dass zwar die Lernzuwächse der Schüler_innen an den Stadtteilschulen trotz aller ungleichen Voraussetzungen immens sind, sie aber im Endeffekt nicht ausreichen, um auf das gleiche Durchschnittsniveau der Gymnasiast_innen zu kommen. Was empfehlen Sie den Stadtteilschu-

len, um dies zu kompensieren?

Karin Prien: Die Lernzuwächse sind beeindruckend, aber die Unterschiede bei den Lernausgangsvoraussetzungen sind eben auch dramatisch. Das kann man so auf Dauer nicht hinnehmen. Ich glaube, dass wir ab einem bestimmten Zeitpunkt, spätestens ab der 9. Klasse, nicht umhin können zu sagen, dass manche Schülerinnen und Schüler eben den Weg in die Berufsorientierung gehen sollten und dass man sie dort auch wirklich sehr intensiv unterstützen muss. Wir haben gerade gelernt, dass jede_r dritte Auszubildende heute sagt, er/sie habe den falschen Lehrberuf gewählt. Da ist offensichtlich in der Berufsorientierung noch Luft nach oben, wobei wir in Hamburg traditionell immer relativ weit vorne sind. Die Schülerinnen und Schüler, die Abitur machen wollen, müssen verstärkt in den Kernfächern auf die Oberstufe vorbereitet werden. Das wird ohne eine gewisse Differenzierung in den Kernfächern aus unserer Sicht nicht gehen. Wir haben dazu einen umfassenden Forderungskatalog vorgelegt.

hlz: Also mehr äußere Differenzierung?

Karin Prien: Ich glaube, das ist auch der politische Streitpunkt. Ich denke, wenn ein_e Schüler_in am Ende von Klasse 11 Mathematik auf akademischem Niveau machen muss, um den Abituranforderungen zu genügen, dann muss er/sie auch vorbereitet sein, dass er/sie das schaffen kann. Das bedeutet dann, dass wir bestimmte Kinder in den Kernfächern anders fördern müssen als andere, auch das gehört zur Individualisierung.

hlz: Neues Thema: Sie versuchen, die Initiative der SPD zu vereiteln, dass bildungsnahe Eltern ihre Kinder nicht mehr wie

bisher an der Vorschule anmelden können, um sich damit einen Zugang zu der Grundschule ihrer Wahl zu sichern. Fördern Sie nicht geradezu damit die Segregation – von Anfang an sozusagen?

Karin Prien: Das sehe ich überhaupt gar nicht so. Die Vorschule ist eine riesengroße Chance auch für solche Kinder, die besondere Förderbedarfe haben. Sie werden früher beschult, aber nicht irgendwie, sondern auf der Grundlage eines Gesamtkon-



Karin Prien: „Grundsätzlich wird es ja nicht überraschen, wenn ich Ihnen sage, dass ich eine ganze Menge von Wettbewerb zwischen den Schulen halte.“

zepts mit der Grundschule. Das, was die SPD jetzt will, nämlich die Vorschule nicht mehr als Kriterium für den Zugang zur Grundschule zu berücksichtigen, führt letztlich dazu, dass ein einheitliches Konzept Vorschule/Grundschule nicht mehr durchgehalten werden kann und dass die Eltern wieder davor zurückschrecken werden, ihre Kinder auf die Vorschulen zu schicken. Das halte ich für eine fatale Entwicklung! Ich habe gerade gestern von einigen Schulleitern gehört, dass es aufgrund dieser geplanten Regelung in manchen Anmeldeverbänden einen dramatischen Rückgang bei den Vorschulanmeldungen gibt. Ganz im Gegenteil also bin ich davon überzeugt: die Vorschule ist eine ganz große Chance gerade für Kinder mit besonderen Förderbedarfen, etwa im sprachlichen Bereich, um ihnen einen

besseren Start in der Grundschule zu ermöglichen. Deshalb würde ich umgekehrt sagen: die Vorschule im Verbund mit der Grundschule ist im Sinne eines längeren gemeinsamen Lernens eine ganz sinnvolle Geschichte.

hlz: Also kein Schlupfloch für die bildungsnahen Eltern, die die wohnortgebundene Zuweisung für die Grundschule unterlaufen wollen?

Karin Prien: Das sehe ich nicht so, zumal wir ja bei Untersuchung der 4 ½-Jährigen die Möglichkeit haben, für bestimmte Kinder auch eine Empfehlung für die Vorschule abzugeben. Nein, da bin ich grundsätzlich anderer Meinung. Da würde ich eher sagen, sollte die SPD mal ihre neue Einteilung der KESS-Faktoren überdenken, mit der ja den Grundschulen für Sprachförderung und Inklusion massiv Mittel entzogen worden sind. Ich weiß: die hat man den Stadtteilschulen zugeschoben und die brauchen auch Geld, bloß: es den einen in der frühen Förderung wegzunehmen, um es den anderen zu geben, halte ich politisch nicht für den richtigen Weg.

hlz: Was halten Sie denn von dieser wohnortgebundenen Zuweisung, die die freie Wahl der Grundschule ja eingeschränkt?

Karin Prien: Grundsätzlich wird es ja nicht überraschen, wenn ich Ihnen sage, dass ich eine ganze Menge von Wettbewerb zwischen den Schulen halte. Bei den weiterführenden Schulen habe ich damit auch überhaupt kein Problem. Bei den Kleinen ist es so, dass der Grundsatz „kurze Beine, kurze Wege“ natürlich viel für sich hat, also dass man kleine Kinder im Alter von fünf, sechs, sieben Jahren möglichst wohnortnah in die Grundschule schickt, das macht schon viel Sinn. Dennoch finde ich, dass man darüber

nachdenken sollte, ob auch bei den Grundschulen letztendlich der Wettbewerb zwischen den Schulkonzepten ein weiteres wichtiges Kriterium ist. Wenn sich Eltern bewusst für eine bestimmte Vorschule entscheiden, weil sie von dem Konzept überzeugt sind, so wie sich Leute ja auch später für eine ganz bestimmte Schule entscheiden können und wenn auch der Senator angekündigt hat, dass jedes Kind, das einen Vorschulplatz haben will, einen Vorschulplatz kriegt, dann, finde ich, darf man das nicht konterkarieren.

hlz: Die Gefahr, dass genau hierdurch die Segregation noch vorangetrieben wird, dass also die bildungsnahen Eltern ganz gezielt versuchen werden, Kinder nicht an die Schulen zu geben, an denen aus ihrer Sicht zu viele Kinder aus bildungsfernen Familien sitzen, die sehen Sie nicht?

Karin Prien: Die sehe ich nicht. Ich denke, die Kitas machen eine gute Arbeit und viele Eltern schicken ja ihre Kinder auch ganz bewusst in die Kitas und möchten auch, dass die Kinder möglichst lange in der Kita bleiben. Sie haben ja ohnehin, ob sie wollen oder nicht, durch den Anmeldeverbund eine gewisse

Zuordnung zu Grundschulen, die nach dem wohnortgebundenen Prinzip organisiert sind. Darüber hinaus bleibt ja das Kriterium ‚Geschwisterkind‘ erhalten. Die Frage ist lediglich, ob die Vorschule eben als drittes Kriterium gilt, nur darüber reden wir ja. Der Senat will dieses dritte Kriterium streichen, wir wollen es beibehalten. Den Zusammenhang zur „Sozialen Segregation“ sehe ich hier nicht.

hlz: Es gibt andere Baustellen. Wie beurteilen sie den Gang der Entwicklung in der Schulpolitik in unserer Stadt?

Karin Prien: Ich glaube, wir sind da ein ganzes Stück voran gekommen. Wir haben ja die Schulabbrecherzahl in den letzten zehn Jahren fast halbieren können und wenn Sie sich die PISA-Ergebnisse angucken, dann ist es so, dass wir zwar das Land sind, in dem nach wie vor die Abhängigkeit des Schulerfolges vom Elternhaus viel zu groß ist, aber die Fortschritte in den letzten zehn Jahren sind eben auch die größten weltweit. Wir sind da nicht am Ende. Die Stadtteilschule ist eine gemeinsame Antwort aller in Hamburg im Parlament vertretenen Parteien zu mehr Bildungsgerechtigkeit. Sie bereitet den Weg zu mehr so-



„Ich finde es großartig, dass so viele Schüler an den Stadtteilschulen Abitur machen“

zialer Chancengerechtigkeit und damit auch zu mehr Bildungsgerechtigkeit. Die Ganztagschule ist hierzu ein weiterer Baustein – und ich denke, die frühkindliche Förderung ist die dritte Säule. Was sie bei den Kleinen beim Spracherwerb und beim Erlernen der deutschen Sprache nicht schaffen, das werden sie auch später kaum aufholen.

hlz: Ich danke Ihnen für das Gespräch.

Dass Interview führte
JOACHIM GEFFERS



Nahaufnahmen von Blumen, einer Wiese, Windrädern, ein Baby blickt in die Kamera. Neugierig auf die Welt. Die beste Voraussetzung zum Lernen, zur Aneignung von Wissen, um ein gutes Leben zu haben. Abrichtung durch Schulnoten, entfremdete Arbeit, Warenfetisch, ideologische Verblendungszusammenhänge und heteronormative Geschlechterrollen spielen noch keine Rolle. Seufz.

So beginnt ein Dokumentarfilm über eine 4. Klasse der Grundschule Rothestrasse in Hamburg-Ottensen und ihre Klassenlehrerin Dietlind Schildt. Eine Hommage an das freiwillige Lernen, an die kindliche Wissbegierigkeit und an eine Pädagogin, die in ihrer Klasse Angebote zum Lernen machte, nicht oktroyieren wollte. Nicht den Lehrplan um jeden Preis durchziehen, egal ob alle mitkommen. Der Nürnberger Trichter, hier ist er weit weg. GASTON KIRSCH

Meine liebe Frau Schildt – eine Ode an die Grundschule, BRD 2012, 86 min, Regie: Nathalie David. Kinostart: 23. Januar

Mehr geht nicht

Die GEW stellt jetzt 34 der 40 Mitglieder

Die Wahlen zur Lehrerkammer haben für die GEW ein sensationell gutes Ergebnis gebracht. Von den 40 Mitgliedern der Lehrerkammer werden in Zukunft 34 der GEW angehören. Dabei galt eigentlich als ausgemacht, dass die vor vier Jahren erreichten 32 Sitze kaum mehr zu toppen sein würden.

Vom 25. bis zum 29.11.13 waren rund 18.000 Lehrer und Lehrer_innen und andere pädagogische Berufsgruppen an den Schulen in Hamburg zur Wahl der Lehrerkammer aufgerufen. Die Kammer berät laut Schulgesetz die zuständige Behörde "bei allen das Schulwesen betreffenden Entscheidungen von grund-

sätzlicher Bedeutung".

Das Ergebnis zeigt den breiten Rückhalt der GEW in der Hamburger Lehrerschaft, ist aber auch das Ergebnis der guten Arbeit der Lehrerkammerfraktion in den letzten vier Jahren. Genauso beachtenswert ist ein deutlicher Generationswechsel. 26 der 34 GEW-Mitglieder in der neuen Lehrerkammer sind neu in diesem Gremium, insgesamt ist die GEW Gruppe damit deutlich verjüngt. Es zeigt, dass zunehmend auch jüngere GEWler_innen bereit sind, sich in der Gewerkschaft zu engagieren und sich nicht mit den schlechten Arbeitsbedingungen abfinden wollen.



Blumen für den frisch gewählten Vorsitzenden Dr. Engelbert Prolingheuer

Die Lehrerkammerwahl ist damit zur gelungenen Generalprobe für die Wahl zu den Schulpersonalräten und dem Gesamtpersonalrat im Mai dieses Jahres geworden, bei der wir hoffnungsfroh sind, dass sich dieser Trend fortsetzen wird.

LORENZ IVERSEN
bis vor kurzem Vorsitzender
der Lehrerkammer



Unsere Vorsitzende beglückwünscht die Fraktion (Teilausschnitt)

Preview

Kostenloser Kinobesuch für
GEW-Mitglieder und Begleitung
am Sonntag, den 23. Februar 2014
um 13.00 Uhr

Srulik (Andrzej und Kamil Tkacz) ist knapp neun Jahre alt, als ihm gerade noch rechtzeitig die Flucht aus dem Warschauer Ghetto gelingt. Um den deutschen Soldaten zu entkommen, flieht er in das riesige, unwegsame Waldgebiet Kampinoski und muss dort lernen, wie es ist, ganz auf sich allein gestellt in der Wildnis zu überleben. Wie man auf Bäumen schläft, Kleintiere jagt und sich von Beeren ernährt. Von einem unerschütterlichen Überlebensinstinkt getrieben, übersteht er die ersten Monate seiner Flucht. Doch die eisige Kälte des Winters und die unerträgliche Einsamkeit treiben den Jungen in die Zivilisation zurück. Wie kann er erkennen, wem er vertrauen kann und wem nicht? Nur wenige Menschen sind bereit, ihr Leben zu riskieren für einen kleinen fremden Jungen, der ein Jude sein könnte. Erst als er eines Tages an die Tür der alleinstehenden Bäuerin Magda Janczyk (Elisabeth Duda) klopft, deren Mann und Söhne sich den Partisanen angeschlossen haben, lernt Srulik die wohl wichtigste und zugleich schmerzlichste Lektion, um zu überleben: Magda bringt ihm bei, seine Religion und damit auch seine Identität zu verleugnen und sich fortan als katholischer Waisenjunge Jurek durchzuschlagen. Auf seiner dreijährigen Odyssee durch das besetzte Polen bleibt die Angst vor Entdeckung sein ständiger Begleiter. Er begegnet Menschen, die ihm helfen, aber auch solchen, die ihn verraten. Nur dadurch, dass Srulik immer stärker mit seiner falschen Identität verschmilzt und seine wahre Herkunft immer mehr verdrängt, gelingt ihm das Unmögliche: den Wahnsinn dieser Zeit zu überstehen.

LAUF JUNGE LAUF basiert auf der zutiefst berührenden Lebensgeschichte von Yoram Fridman, die Uri Orlev mit seinem gleichnamigen Romanbestseller weltberühmt gemacht hat. Oscar®-Preisträger und Regisseur Pepe Danquart (Am Limit, Höllentour) inszeniert die beeindruckende Geschichte eines Jungen, dem es nur dank seines unerschütterlichen Mutes und Überlebensinstinktes gelingt, sich drei Jahre vor allgegenwärtigen Verfolgern zu verstecken, als eine Ode an das Leben und die Menschlichkeit. Es ist ein Film, der uns lehrt, dass die Realität manchmal jede Phantasie übertrifft.

An der Seite der Schauspiel-Entdeckungen und Zwillingen-Brüder Andrzej und Kamil Tkacz als Srulik/Jurek glänzt die französisch-polnische Elisabeth Duda. In weiteren Rollen spielen Jeanette Hain (*POLL*), Rainer Bock (*DAS WEISSE BAND*) und Itay Tiran (*LEBANON*). Das Drehbuch stammt von Heinrich Hadding (*DIE PÄPSTIN*) unter Mitarbeit von Pepe Danquart.

LAUF JUNGE LAUF wurde von der Deutschen Film- und Medienbewertung (FBW) mit dem Prädikat „besonders wertvoll“ ausgezeichnet: „*LAUF JUNGE LAUF* ist ein eindrucksvoller Film voller



Kraft und Hoffnung über den Sieg der Menschlichkeit über die unmenschlichen Gräueltaten der Nazi-Zeit. ... Eine hochachtungsvolle Verbeugung vor all den Menschen, die den Verfolgten in der Zeit des Krieges geholfen haben, ungeachtet der Konsequenzen, mit denen sie selbst zu rechnen hatten.“ (FBW-Begründung)

Unterrichtsmaterial zum Film wird ab Anfang April kostenlos zur Verfügung gestellt.

Schulklassenvorstellungen sind ab 7.4.2014 möglich.

**Anmeldungen: Annette Meents,
meents@gew-hamburg.de oder
per Telefon 040-41 46 33 22**

Prekäre Beschäftigung eindämmen

Die Arbeitsgemeinschaft „Gute Arbeit an Hamburgs Hochschulen“ legt Ergebnisse vor – nun müssen sie umgesetzt werden

Die Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen an den Hochschulen sind geprägt von Zeitverträgen mit immer kürzeren Vertragslaufzeiten, unsicheren Berufsperspektiven, mangelnder Ausstattung der Arbeitsplätze und einer zunehmenden Arbeitslast. Diese Missstände benannte die SPD bereits im Bürgerchafts-Wahlkampf 2011. Zwei

eine Reihe konkreter Maßnahmen erreicht, die im Folgenden für die verschiedenen Personalgruppen dargestellt und erläutert werden. Die Maßnahmen zielen zum einen auf gesetzliche Regelungen im Hamburgischen Hochschulgesetz (HmbHG), zum anderen auf einen Code of Conduct (CoC), d.h. eine freiwillige Selbstverpflichtung der

dass in Zukunft alle Promotionsstellen mindestens halbe Stellen sein müssen und ihnen mindestens ein Drittel der Arbeitszeit für das Verfassen ihrer Dissertation zur Verfügung stehen muss. Somit wird der GEW-Forderung „Promotionsphase besser absichern“, wie sie im Templiner Manifest¹ erhoben wird, nachgekommen. Im Code of Conduct wird zudem vereinbart, dass Verlängerungen der grundsätzlich dreijährigen Vertragsdauer möglich sind, soweit sie zur Fertigstellung eines weit fortgeschrittenen und erfolgversprechenden Qualifizierungsvorhabens erforderlich sind.



Jahre später hat die Behörde endlich erste Schritte eingeleitet, die Situation zu verbessern und im März 2013 eine Arbeitsgemeinschaft „Gute Arbeit an Hamburgs Hochschulen“ einberufen, die in einem Code of Conduct Leitlinien zur Begrenzung prekärer Beschäftigung erarbeiten soll (hlz 12/2013). Diese AG hat nun ihre Ergebnisse vorgelegt. Auslöser für diese Entwicklung waren nicht nur, aber auch die Aktivitäten der GEW für den ‚Traumjob Wissenschaft‘ (hlz 8-9/2013).

Mit dem Ziel der Verbesserung der Beschäftigungssituation von wissenschaftlichen Mitarbeiter_innen haben Vertreter_innen der staatlichen Hamburger Hochschulen, der Behörde für Wissenschaft und Forschung, der Gewerkschaften und Personalräte eine Verständigung über

Hochschulen. Dieser Code bedarf der präzisierenden Umsetzung, für die jede Hochschule unter Berücksichtigung ihrer spezifischen Gegebenheiten selbst verantwortlich ist.

1. Gruppe: Wissenschaftliche Mitarbeiter_innen mit dem Ziel der Promotion

Problematische Elemente dieser Stellen sind die regelhafte Begrenzung auf eine halbe Stelle oder weniger sowie der fehlende Arbeitsanteil für die eigene Promotion. Der diese Stellenkategorie betreffende § 28 (1) des HmbHG wird dahingehend verändert, dass mindestens eine hälftige Beschäftigung vorzusehen ist, zudem wird die Bestimmung gestrichen, nach der bei halber Stelle kein Anteil für die eigene Promotionsarbeit zu gewähren ist. Das heißt konkret,

2. Gruppe: Wissenschaftliche Mitarbeiter_innen mit abschließlicher Lehrtätigkeit

Problematische Elemente dieser Stellen sind unter anderem die Vielzahl kurzer Befristungen, die Ausübung von Dauertätigkeiten durch befristet Beschäftigte, besonders dann, wenn es kaum oder keine Qualifizierungsmöglichkeiten gibt sowie daraus folgend eine berufliche Unsicherheit. Um diesem Befristungsunwesen vorzubeugen, wird in § 28 (3) HmbHG der Satz aufgenommen, dass, wenn „überwiegend Daueraufgaben in Forschung und Lehre wahrgenommen werden, [...] hierfür Stellen zur unbefristeten Beschäftigung vorzuhalten“ sind. Somit wird die GEW-Forderung „Daueraufgaben mit Dauerstellen erfüllen“ gesetzlich verankert. Nun wird es an den Hoch-

¹ Das Templiner Manifest der GEW ist unter www.templiner-manifest.de zu finden.

schulen bzw. in den Fakultäten darum gehen festzulegen, welche Tätigkeiten bzw. Funktionen (z.B. notwendige Lehrveranstaltungen und Forschungstätigkeiten, wissenschaftsunterstützende Verwaltungstätigkeiten und technische Tätigkeiten) Daueraufgaben darstellen – mit der Folge, dass alle Stellen, die diese Tätigkeiten bzw. Funktionen umfassen, entfristet werden müssen. Im CoC wird festgehalten, dass die Hochschulen Abweichungen von unbefristeter Beschäftigung bei Daueraufgaben und die Beschäftigungsformen regelmäßig evaluieren und darüber hochschulintern berichten sollen.

3. Gruppe: Wissenschaftliche Mitarbeiter_innen auf (dritt-mittelfinanzierten) Projektstellen

Das Hauptproblem bei diesen Stellen besteht darin, dass die Laufzeit von Verträgen häufig deutlich kürzer ist, als die Bewilligung der Mittel. Eine landesgesetzliche Änderung ist nicht vorgesehen, stattdessen wird im CoC festgehalten, dass Tätigkeiten im Rahmen von Projektstellen grundsätzlich für die Laufzeit des Projektes wahrgenommen werden sollen und somit ebenfalls eine Forderung aus

dem Templiner Manifest erfüllt. Festgeschrieben wird darüber hinaus, dass die Hochschulleitungen in Abstimmung mit den Personalräten bis Juli 2014 Verfahrensregelungen für kürzere Befristungen auch in Zusammenhang mit Mutterschutz- und Elternzeitvertretungen erarbeiten sollen.

4. Gruppe: Lehrbeauftragte

Das Problem besteht darin, dass Lehraufträge häufig ohne oder wenn, dann mit geringer Vergütung angeboten werden. Zudem nimmt ihr Anteil an der Lehre stark zu. Lehre soll, darin war sich die AG einig, stärker durch unbefristete oder längerfristig beschäftigte wissenschaftliche Mitarbeiter_innen übernommen werden. Im CoC wird festgeschrieben, dass bei Lehraufträgen im Regelfall ein angemessener Vergütungsanspruch besteht. Somit wird die bestehende Praxis der Hochschulen bzw. Fakultäten, unbezahlte Lehraufträge anzubieten, per Selbstverpflichtung der Hochschulen verboten. Ausnahmen hiervon gelten für Fälle, in denen Lehrbeauftragte bereits sozialversichert oder sozialversicherungsfrei sind. Darüber hinaus wird festgehalten, dass die

Hochschulen den Umfang der Lehraufträge in den jeweiligen Untergliederungen evaluieren und darüber hochschulintern berichten.

Hochschulen in die Verantwortung nehmen!

Zum Abschluss der Beratungen stimmten die Mitglieder der AG dem Code of Conduct in der nun vorliegenden Fassung zu. Die Behörde hat zugesichert, dass die vorgesehenen Änderungen des § 28 HmbHG in den aktuell diskutierten Novellierungsentwurf aufgenommen werden. Die Bürgerschaft soll des Weiteren mit einer gesonderten Drucksache über die Ergebnisse unterrichtet werden. Hochschulen und Forschungseinrichtungen müssen jetzt unter Beweis stellen, dass sie mit ihrer gewachsenen Autonomie verantwortungsbewusst umgehen und den Arbeitsplatz Wissenschaft attraktiver machen. „Die Hochschulen“, so heißt es im Protokoll des letzten Treffens, „werden gebeten, die Vereinbarungen zügig umzusetzen. Die BWF wird dem nach einer gewissen Frist nachgehen.“ Die GEW ebenfalls.

FREDRIK DEHNERDT,
stellv. Vorsitzender GEW Hamburg

Gesund in den Ruhestand!

Wir bieten euch an, in einem persönlichen Gespräch euch zum Beispiel über folgende Fragen zu informieren:

- Wie kann ich meine Gesundheit erhalten und stärken? Inwieweit kann ich dabei die Unterstützung durch Einrichtungen der Behörden erwarten?
- Welche Schritte muss ich unternehmen, um eine Kur- oder Reha-Maßnahme bewilligt zu bekommen?
- Wie und wo kann ich die Feststellung einer Schwerbehinderung beantragen?
- Wann kann ich in den Ruhestand gehen?
- Habe ich meine rentenrechtlichen bzw. versorgungsrechtlichen Zeiten geklärt?
- Wie berechnet sich meine Altersversorgung?

Jeden 3. Dienstag im Monat (nicht in den Ferien) bietet die GEW in ihrer Geschäftsstelle Rothenbaumchaussee 15, Raum 9 (Mitgliederverwaltung), eine **kostenlose persönliche Beratung** zu diesen und ähnlichen Fragen an. Das Angebot richtet sich sowohl an Arbeitnehmer_innen als auch an Beamt_innen.

Die Termine nach den Frühjahrsferien sind der 15.4., 20.5. und 17.6.

GERHARD BRAUER

Inside GBS

Interview mit Waltraut Franck, Leiterin der Kita Horner Weg und Organisatoren der GBS-Betreuung an der Grundschule Horn über Arbeitsablauf und Arbeitsbelastung im Rahmen des Ganztags

hlz: *GBS heißt also, dass ihr hier früh morgens anfangt und dann gehen die Schüler_innen irgendwann in die Grundschule ...*

Waltraut Franck: ...so, dass sie um 8 Uhr da sind...

hlz: *... und müssen nachmittags wieder betreut werden.*

Waltraut Franck: Ja, ab 13.00 Uhr übernehmen wir dann die Kinder von der Schule bis 18.00 Uhr. Mittags stehen alle Erzieher_innen zur Verfügung, um ihre Stammgruppen zum Mittagessen in die Mensa zu übernehmen. Der Spätdienst mit den Kindern, die zwischen 16:15 Uhr und 18:00 Uhr eine Betreuung benötigen, beginnt ab 16:15 Uhr und wird von mindestens

zwei Kolleg_innen übernommen.

hlz: *Und was machen die Mitarbeiter_innen in den Zwischenzeiten?*

Waltraut Franck: Ja, das ist unterschiedlich. Die Kollegin, die den Frühdienst macht, die war sehr froh, dass sie so einen geteilten Dienst hat, weil sie das privat sehr gut hinkriegte. Da hatten wir sehr viel Glück. Dann haben wir viele Kolleg_innen, die nur Teilzeit arbeiten, also so zwischen 12:00 Uhr und 13:00 Uhr hier auflaufen und bis 16:00/16.30 Uhr hier sind, je nachdem, wie der Bedarf ist. Dann haben wir einige Kolleg_innen, die vormittags in der Kita arbeiten und nachmittags hier am GBS-Standort.

hlz: *Es gibt also keine Verschränkung mit der Grundschule in der Weise, dass diejenigen, die morgens oder nachmittags die Kinder betreuen, auch im Unterricht assistieren?*

Waltraut Franck: Soweit sind wir noch nicht.

hlz: *Das wäre dann eher in Richtung GTS gedacht, also innerhalb eines Gesamtkonzepts über den ganzen Tag.*

Waltraut Franck: Nein, nicht nur, sondern das wäre eher das Thema Inklusion, dass man Kinder entsprechend am Vormittag begleitet. Das ist angedacht, aber so weit sind wir im Moment noch nicht. Wichtig ist erst mal, dass wir alles andere auf die Reihe kriegen.



Waltraut Franck mit einem Teil ihres GBS-Teams – ihr Credo: Auf die Kinder individuell eingehen – das Gleiche gilt für die Mitarbeiter_innen

hlz: Angedacht - wäre das eine Sache, die ihr auch als positive Herausforderung seht?

Waltraut Franck: Ja, auf jeden Fall.

hlz: Jetzt zur Nachmittagsbetreuung: Hat die sich gemessen an dem, was ihr vorher im Hort gemacht habt, verändert?

Waltraut Franck: Ja. Das ist eine völlig andere Arbeit. Wir haben zwar vom Personalschlüssel her bessere Bedingungen hier. Früher hatten wir 22 Hortkinder, jetzt sind es 19, durch den KESS-Faktor. Aber die Arbeit als solche mit den Kindern hat sich verändert, weil die ja weiter in den Räumlichkeiten der Schule bleiben. Wir hatten in der Hortbetreuung die Räume so gestaltet, dass sie wie Wohnzimmer mit vielen Angebotsecken ausgestattet waren. Hier ist es so, dass die Betreuung in den Klassenräumen stattfindet und man daraus was machen muss. Natürlich können wir mit den Kindern immer zu irgendwelchen Angeboten woanders hingehen, aber es ist eben nicht mehr so, dass man durchgängig in den gleichen Räumen verweilt und dort ‚lebt‘. Hier ‚arbeitet‘ man. Das Gefühl für die Kinder ist sicherlich ein anderes.

hlz: Diese Doppelnutzung der Räume, was ja aus Kostengründen von der Politik so gewollt ist, – wie gestaltet sich die konkret, im Positiven wie im Negativen?

Waltraut Franck: Anfangs war es natürlich stolperig, das ist klar. Wir arbeiten nach dem Bezugserzieheresystem mit Stammgruppen, die in bestimmten Klassenräumen angesiedelt sind. Wichtig war uns, den Kindern eine Zuverlässigkeit am Nachmittag zu bieten, damit sie sich von ihren Stammgruppen aus weiter entwickeln können. Die Erzieher_innen der Stammgruppen haben mit den Lehrer_innen der Bezugskinder einen regelmäßigen Austausch in Form von Koordinationszeiten. Dies hat sich relativ schnell gut eingependelt und fördert die Zusammenarbeit zwischen den unterschiedlichen Professionen. Es ist relativ schnell klar gewesen, wo welches Material gelagert werden kann, welches beide nutzen können, vormittags und nachmittags. Das verlangt natürlich eine intensive Gesprächsarbeit...

hlz: ...und Disziplin bei allen Beteiligten.

Waltraut Franck: Ja, das ist Grundvoraussetzung für eine produktive Zusammenarbeit.

hlz: Den Arbeitsplatz für die Nächsten immer wieder frei zu machen.

Waltraut Franck: Ja, das ist auch manchmal stolperig, wenn irgendwie Stress am Vormittag war, ja gut, dann sieht das manchmal ein bisschen chaotisch aus. Aber ich sage mal: umgekehrt passiert das genauso. Da kann man schon drüber hinwegsehen. Das sind dann Einzelfälle, die werden aber zeitnah besprochen. Da sind wir ganz gut dabei, also auch von Seiten der Schule. Wenn ich sage wir, dann ist damit sowohl Schule als auch Hortträger gemeint.

hlz: Wie funktioniert die Zusammenarbeit zwischen GBS-Leitung in Person von dir und der Schulleitung?

Waltraut Franck: Gut. Weil wir uns schon ganz lange kennen und auch mehrere Projekte schon vorher zusammen gemacht haben. Dadurch kannten wir auch einige Lehrer_innen.

hlz: Gab es ein besonders bedeutsames Projekt?

Waltraut Franck: Ja, FÖRMIG (s. Kasten), das ist ein Sprachprojekt, welches sich auf die sprachliche Bildung von

FÖRMIG

Mit dem Projekt "Diagnosegestützte durchgängige Sprachbildung an der Schnittstelle zwischen Elementar- und Primarbereich (FÖRMIG-Transfer Hamburg)" knüpft die Freie und Hansestadt Hamburg an die Erfahrungen im Modellprogramm FÖRMIG an und entwickelt Methoden und Strategien der durchgängigen Sprachbildung weiter.

Grundlage für FÖRMIG-Transfer Hamburg ist eine vom FÖRMIG-Kompetenzzentrum angefertigte Expertise. Gegenstand dieser ist die Ausarbeitung eines Konzepts zur inhaltlichen und organisatorischen Ausgestaltung des FÖRMIG-Transfer Projekts unter Berücksichtigung der im Modellprogramm FÖRMIG gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnisse.

Das Projekt FÖRMIG-Transfer Hamburg war mit einer Laufzeit von drei Jahren geplant. Es startete am 1.08.2010 und endete am 31.07.2013.

Quelle: Informationen der BSB in Verbindung mit der Uni-Hamburg

Kindern und Jugendlichen speziell mit Migrationshintergrund bezieht. Das wurde auch extra refinanziert.

Da haben wir eine Kollegin gehabt, die sich darauf spezialisiert hatte. Dadurch gab es immer schon eine ganz intensive Zusammenarbeit mit der Schule: in Bezug auf die kleineren, also die jüngeren Kinder und mit den Elementarkindern von uns. Das hat sich als sehr positiv herausgestellt, auch weil wir vom Prinzip und von der Grundhaltung her ähnliche Ansätze haben. Respektvoller und akzeptierender Umgang ist eine dieser Grundhaltungen. Wir machen das auf unterschiedliche Art, klar, weil wir eine unterschiedliche Ausbildung haben, aber die Grundhaltung ist die gleiche.

hlz: Du hast die Sprachförderung angesprochen. Ich gehe davon aus, dass ihr hier in diesem Stadtteil einen hohen Anteil von Kindern mit ausländischem Hintergrund habt. Schlägt sich dies auch im Nachmittagsangebot nieder?

Waltraut Franck: Ja, einzelne Kinder werden dann von Lehrer_innen noch einmal extra gefördert.

hlz: Das geht also bis 16.00 Uhr. Was passiert dann?

Waltraut Franck: Dann fängt der Spätdienst an. Die Kinder, die bleiben, werden dann von einem Spätdiensterzieher bzw. teilweise von einer Erzieherin betreut, die einfach länger arbeitet. Die hat noch mal ein paar Stunden mehr.

hlz: In den Elbvororten regt sich ja zum Teil Widerstand gegen dieses Konzept, weil die Eltern wahrscheinlich meinen, dass nicht genug Zeit für selbst gestaltete Freizeit übrig bleibt. Ich gehe davon aus, dass das hier nicht der Fall ist?

Waltraut Franck: Nein, das Problem haben wir nicht.

hlz: Wie hoch ist denn der Anteil der Kinder, die auch wirklich das Angebot der ganztägigen Betreuung annehmen?

Waltraut Franck: Wir haben rund zwei Drittel der Kinder, die hier an der Schule sind, in der Ganztagsbetreuung.

hlz: Und bei diesem Drittel, das das nicht in Anspruch nimmt, was sind die Gründe?

Waltraut Franck: Ich weiß von einigen Eltern, die ganz klar sagen: Ich möchte mein Kind



Waltraut Franck (57), Leiterin: Nie den Humor verlieren!

nachmittags selbst betreuen und mit dem Kind gemeinsam was gestalten. Es gibt auch ausländische Eltern, die sagen: Uns ist es wichtig, dass unser Kind bei uns Mittagessen bekommt und wir zusammen in der Familie was gemeinsam machen.

hlz: Die Gefahr, dass gerade die Kinder, für die es gut wäre, auch nachmittags eine Betreuung zu haben, statt – ich sage jetzt mal – vor der Glotze zu sitzen, mittags nach Hause zu gehen, die ist gering?

Waltraut Franck: Ja, weil

doch die meisten unser Angebot gerne nutzen. Sie müssen sich dann nicht mehr um die Hausaufgaben in massiver Form kümmern. Das wird ja bei uns in der Lernzeit mit abgearbeitet und ist auch so geplant, dass es zu Hause dann nicht noch mal losgeht. Das nutzen viele Eltern, weil sie ihren Kindern so nicht die Unterstützung bieten können.

hlz: In dem Zeitraum zwischen 13.00 und 16.00 Uhr bietet ihr von 14:00-15:00 Lernzeit an.

Waltraut Franck: Ja, genau. Wir nennen es Lernzeit, die sehr individuell auf das einzelne Kind abgestimmt ist. Zum einen gibt es spezielle Angebote – ‚Fuchskurse‘. Diese werden von Seiten der Schule durchgeführt, das geht ein bisschen in Richtung Begabtenförderung, damit die entsprechenden Kinder noch ein bisschen mehr Futter bekommen. Darüber hinaus gibt es von Seiten der Schule mit entsprechenden Lehrer_innen Kurse für Sprach- und Matheförderung. In der ‚Lernzeit‘ haben die Kinder ihre Lehrpläne für Mathe und Deutsch, die sie in ihrem Tempo dann abarbeiten. Dies begleiten die Erzieher_innen in ihren Stammgruppen.

hlz: Wir haben ja schon darüber gesprochen, dass es schwierig für die Kolleg_innen sein muss mit diesem morgens und Nachmittags und dazwischen frei zu haben. Wird etwa so ein Guthaben an Arbeitszeit aufgebaut, um die Ferienbetreuung zu gewährleisten?

Waltraut Franck: Das mache ich so nicht, da die Möglichkeit des Arbeitszeitkonto bei den ‚Elbkindern‘ (Name der in der Hamburger Kinder- und Tagesstättenbetreuung organisierten Einrichtungen, JG) nicht zur Verfügung steht. Die geringfügig Beschäftigten arbeiten etwas mehr Stunden, damit sie in den



Karina Albers (23) ist im 1. Jahr einer Ausbildung zur Erzieherin im Rahmen einer dualen Ausbildung (3 Tage Praxis, zweit Tage Schule). Sie fühlt sich wohl.

Ferien Ausgleichszeit und Urlaub nehmen können.

hlz: Aber während der Schulferien müsst ihr doch ein Angebot vorhalten, und zwar ganztagig?

Waltraut Franck: Ganztätig, ja, von 6.00 bis 18.00 Uhr.

hlz: Was ja ein großes Arbeitsvolumen ist. Wie kriegt ihr das abgedeckt, wenn ihr nicht „anspart“?

Waltraut Franck: Das bewerkstelligen wir durch unterschiedliche Stundendurchschnitte. Z.B.: eine Woche wird voll gearbeitet, die nächste wird dann Ausgleich genommen. Das wird flexibel ausgehandelt, auch indem wir versuchen, private Bedürfnisse zu berücksichtigen. Bisher sind wir damit gut zurecht gekommen.

hlz: Du kennst das alte System und das neue System. Was läuft jetzt gut, was läuft schlecht, was müsste besser laufen?

Waltraut Franck: Ich denke, die Freizeitgestaltung der Kinder kommt ein bisschen zu

kurz. Weil auch die Ansprüche der Eltern sehr groß geworden sind. Sie wollen, dass ihre Kinder in Kurse gehen. Nun habe ich gestern gerade gelernt, dass wir andere Begrifflichkeiten haben: Die Schule und Eltern sprechen immer von Kursen, wir sprechen von Angeboten, aber letztendlich ist es das Gleiche, entweder ein freies Angebot oder ein festes. Aber die Begrifflichkeit ist eine ganz andere und deswegen sind manche Eltern irritiert. Die meinen dann: „Da passiert nichts“. Doch, es passiert ganz viel, es hat bisher bei uns nur einen anderen Namen gehabt.

hlz: Die Belastungssituation der Kolleg_innen interessiert uns natürlich als Gewerkschaftszeitung.

Waltraut Franck: Die ist sehr, sehr schwierig, besonders für Kolleg_innen, die morgens im Elementarbereich der Kita arbeiten – sie sind alle im Elementar- bzw. Integrationsbereich tätig, weil für die Krippe zu viel Personalwechsel nicht gut wäre. Die sind dann verteilt auf unterschiedliche Bereiche. Jedoch erfordert dies eine enorme Flexibilität und schlaucht die Kolleg_innen enorm. Gut, wir haben immer noch ein bisschen Puffer eingebaut, damit die Kolleg_innen ihre halbe Stunde Pause haben und eine Viertelstunde Wegezeit, das ist dann ja Arbeitszeit an der frischen Luft. Aber es ist schon dieses Umdenken und Umschalten auf eine völlig andere Zusammensetzung, da wir die Kinder früher in dieser Konstellation nicht in der Kita hatten. So sind einfach andere, neue Gruppenzusammensetzungen, die erwähnten Stammgruppen, in denen es um personelle Kontinuität geht, entstanden. Das erfordert schon viel Engagement. Aber es klappt! Wichtig ist noch zu sagen, dass die Kolleg_innen die Kinder bis zur 4. Klasse durchgängig betreuen werden.



Janine Dräger (25), Erzieherin, hat einen unbefristeten 25-Stunden-Vertrag und arbeitet in der GBS-Betreuung von 12 bis 17, manchmal bis 18 Uhr. Sie wünscht sich eine volle Stelle an der Schule und leidet manchmal darunter, dass ihre Arbeit so wenig Anerkennung findet.

Damit ist eine enge Bindung in der Beziehungsarbeit garantiert.

hlz: Das Verhältnis Kind/Erzieher_in ist also über das Stammgruppenprinzip so eng wie möglich. Wie wird die Verbindung zur zuständigen Lehrkraft hergestellt? Gibt es da so etwas wie Kooperationszeiten?

Waltraut Franck: Ja, die sind klar geregelt. Die haben wir. Da haben wir extra eine Liste, auf der vermerkt ist, wer wann seine Kooperationszeiten mit den entsprechenden Lehrer_innen hat. Das haben wir von Anfang an gemacht, damit sich das vernetzt und verzahnt, damit nicht am Vormittag ganz was anderes läuft als am Nachmittag und eben noch mal geguckt wird: wie verhält sich bei mir das Kind am Nachmittag, wenn es am Vormittag unter Umständen Stress hatte oder oder. Das ist sehr wichtig und hat sich sehr positiv entwickelt.

hlz: Wie ist das konkret, zum



Florian Egemann (26), Erzieher, Vollzeitkraft. Er arbeitet am Vormittag in einer Kita, nachmittags mit seiner 'Stammgruppe' im Rahmen der GBS. Er ist acht Stunden 'am Kind' und vermisst Zeiten für die Vorbereitung.

Beispiel bei Zeugniskonferenzen? Seid ihr daran beteiligt?

Waltraut Franck: Nein. Die Lehrer_innen machen Lernentwicklungsgespräche: Da wird ja wirklich nur geguckt: was ist im Laufe der Vormittage gelaufen ist? Wie hat das Kind sich vormittags entwickelt? Nein, damit haben wir gar nichts mit zu tun. Es geht ja auch um die Prognose für die weitere Schullaufbahn.

hlz: *Wäre es nicht sinnvoll, euch zu beteiligen? In einem solchen Gespräch sollte es doch nicht nur um schulische Leistung, sondern auch um das soziale Verhalten gehen. Ein Gesamtbild des Kindes kriegt man doch nur, wenn man die Erzieher_innen mit einbezieht.*

Waltraut Franck: Stimmt, aber im Moment sind wir nicht beteiligt. Das kann langfristig sicher Sinn machen, aber derzeit haben wir noch andere Baustellen. Dabei mussten wir ganz aktuell ein bisschen was abfedern, weil manche Kinder wegen der Gymnasialempfehlung sehr unter Druck standen. Wir haben

zwei Kinder, die dadurch kleine Sorgenkinder geworden sind.

hlz: *Ich habe beim Reinkommen euren Essensraum gesehen. Können da denn alle Kinder in einem Durchgang essen?*

Waltraut Franck: Nein, wir essen in Schichten. Die Vorschulkinder fangen um halb eins an zu essen, mit den Lehrer_innen zusammen, damit sie ein bisschen Schonraum haben. Dann fangen wir mit der 4. Klasse an, damit die Schüler_innen Zeit genug haben, die Lernzeit zu nutzen. Die Kinder gehen immer stammgruppenweise zum Essen. Nach 20 Minuten kommt dann die nächste Gruppe dazu. Dadurch ist der Raum zwar gefüllt, aber nicht übertoll. Das hat sich erst in der Praxis so entwickelt. Das hat sich eigentlich ganz gut eingependelt.

hlz: *Wird das Essen von einem Caterer geliefert?*

Waltraut Franck: Ja, das ist ein Caterer von draußen. Schwierig ist im Moment nur, dass nicht alle Kinder Essen bekommen, weil der nicht so flexibel ist. Das ist ein bisschen dramatisch gewesen, denn der Caterer hat ein neues System eingeführt und die Eltern mussten ein Guthabenkonto einrichten. Dies führte dazu, dass zeitweilig nicht für alle Kinder die Verpflegung gesichert war. Da die Portionen abgezählt waren, mussten die Eltern den Kindern mehr Verpflegung mitgeben. Das kam bei den Kindern nicht besonders gut an.

hlz: *Was ist deine Forderung an die Politik: Was könnte, was sollte, was müsste sich verändern, damit es runder läuft?*

Waltraut Franck: Die Ressourcen müssten dringend andere sein. Ich operiere immer wieder in roten Zahlen, weil ich zu viel

Personalstunden ausbebe, dabei habe ich noch nicht einmal alle Kranken- oder Urlaubsvertretungen durchgängig refinanziert, was natürlich dringend erforderlich wäre. Mein Verständnis von ganztägiger Betreuung ist natürlich pädagogisch motiviert, denn ich bin Sozialpädagogin und keine Betriebswirtin. Wir sollten also nicht auf Kosten der Kinder sparen. Es verlangt viel Anstrengung und Kreativität etwas an den Stellen zu sparen, an denen es nicht direkt zu Lasten der Kinder geht. Dass ich in Notfällen immer wieder auf das Personal in der Kita zurückgreifen kann, geht nur, weil die Kolleg_innen sehr kooperationsbereit sind. Das geht aber nur auf freiwilliger Ebene. Anders funktioniert das nicht. Andererseits kann die Kita nicht die Erzieherfeuerwehr für den GBS-Standort sein, denn in der Kita wird ja auch zu Recht eine personelle Kontinuität von den Eltern erwartet.

hlz: *Wie geht es den Kolleg_innen damit?*

Waltraut Franck: Das sind



Sylvia Nöckel (50), Erzieherin, ist seit 27 Jahren im Beruf und arbeitet morgens in der Kita im Elementarbereich (3-6 jährige Kinder) und nachmittags im Rahmen der GBS im Hort an der Schule. Wünscht sich, dass Erzieher_innen und Lehrer_innen als gleichwertig von den Eltern angesehen werden.

ganz schwierige Arbeitsverhältnisse. Ich glaube, dass wir langfristig zu den Mitarbeiter_innen keine gute Bindung aufbauen, wenn die nur wie bei uns überwiegend in Teilzeit beschäftigt sind. Die Identifizierung mit unserer Einrichtung leidet darunter, außerdem bedarf es einer hohen Flexibilität, den unterschiedlichen Anforderungen auf Dauer gerecht zu werden.

hlz: Flexibilität wird verlangt in Hinblick auf die Arbeitszeiten, aber doch auch in Bezug auf die Entscheidungen der Eltern, wie viel sie von dem Angebot in Anspruch nehmen wollen.

Waltraut Franck: Ja, das ist ein großes Problem. Die zu betreuende Kinderzahl ist flexibel, da die Eltern kündigen können und jedes Schuljahr sich auf's Neue entscheiden, ob sie ihr Kind im Ganztage betreuen lassen wollen oder nicht. Dies erschwert natürlich eine langfristige Planung. Außerdem suchen die Kolleg_innen doch nach einem höheren Stundenumfang oder aber nach anderen Beschäftigungsvarianten. Die Kinder leiden natürlich darunter. Das Schlimmste, was passieren kann, ist, wenn ständig die Bezugspersonen wechseln. Dies hält sich derzeit noch im Rahmen, da wir – trotz aller Widrigkeiten – einen stabilen Stamm an Mitarbeiter_innen aufgebaut haben. Wir haben jetzt 15 Mitarbeiter_innen und da ist halt immer irgendeine/r, der/die mal sagt: Ich möchte doch noch mal wechseln.

hlz: Und von diesen 15 Mitarbeiter_innen, wie viele sind da in Vollzeit angestellt?

Waltraut Franck: Das sind in der GBS-Besetzung fünf Personen.

hlz: Der Rest entsprechend ...

Waltraut Franck: In Teilzeit.

hlz: Bei dem Lohnniveau, das ihr habt, also am Rande dessen, was man zur Grundversorgung braucht.

Waltraut Franck: Im Durchschnitt so um die 20 Stunden. Das sind oft Kolleg_innen, die Kinder haben, wieder anfangen und reinkommen wollen. Es ist oft nur eine Frage der Zeit, wann

die sich umorientieren, weil sie mit dem Geld nicht auskommen, ganz zu schweigen von den Rentenansprüchen.

hlz: Na, das sind ja für diese Personengruppe blendende Aussichten!

Das Interview führte
JOACHIM GEFFERS

So sieht die Selbst-Hilfe einer Hamburger Grundschule* aus



Flexible Abholzeiten belasten die ganztägige Bildung und Betreuung. Senator beugte sich Elternwünschen. Beschäftigte und Kinder müssen es ausbaden.

* Es handelt sich nicht um die GS Horn.

Der Weg ist das Ziel

Lernen von in Zukunft notwendigem Wissen oder Erwerb der Fähigkeit selbstständigen Urteilens der Gegenwart – Wie verändert sich Lernen im digitalen Zeitalter?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich danke Ihnen, dass Sie mir gestatten, vor Ihnen meine Gedanken auszubreiten, obwohl ich keine Kunstpädagogin bin und nicht viel von Kunst verstehe. Aber seit meinem Musikstudium vor 35 Jahren ist mir ein Satz des Komponisten Hanns Eisler lebendig geblieben:

„Wer nur etwas von Musik versteht, versteht auch davon nichts.“

Damit ist nicht gemeint, dass man auch noch weitere Steckpferde nebenher reiten soll, sondern dass man das, was man tut,

in immer weitere Zusammenhänge einordnen muss. Ich habe mich bemüht, es zu beherzigen. Darum verstehe ich jetzt etwas vom Lernen. Und vielleicht können Sie im Sinne Eislers etwas von meinen Gedanken für Ihr Verständnis von Kunstpädagogik gebrauchen. Es würde mich freuen.

In meinem Vortrag wird vor allem von Verhältnissen die Rede sein. Verhältnisse im Sinne von Beziehung zwischen Dingen. Und es wird auch um die Veränderungen in diesen Beziehungen gehen, die sich gerade

ereignen. Zunächst zum Verhältnis von Zukunft, Gegenwart und Vergangenheit: Was bedeuten diese Kategorien im Lernverständnis der Schule? „Lernen ist Vorbereitung auf die Zukunft“, sagt die Schule. Was könnte das konkret heißen? Vielleicht so:

- Kinder lernen laufen, damit sie später mal zu Fuß zur Schule gehen können.
- Kinder lernen sprechen, damit sie später mal verstehen, was der Chef von ihnen will.
- Kinder lernen rechnen, damit sie später mal keine faulen Bankpapiere kaufen.



Schulklasse 1910 (aus dem Archiv des Hamburger Schulmuseums)

- Kinder lernen Kunst, damit sie später mal ein kreatives Hobby zum Ausgleich haben.

Zwar ist alles auf die Zukunft gerichtet. Aber das Lernen erscheint nicht sehr attraktiv. Aus welcher Perspektive wird dieses „Später mal“ formuliert? Es ist die Perspektive der Gesellschaft. Es sind die gesellschaftlichen Bedeutungen der Dinge, die in der Schule als Begründungen für das Lernen gegeben werden. Aber das Lernen findet in der Gegenwart statt, und auch die Lernmotive stammen immer aus der Gegenwart, auch wenn die Gegenstände, auf die sie sich richten, die Dinge, die ersehnt werden, erst in der Zukunft erreicht werden. Aus der Sicht der Lernenden würden die Sätze von oben ganz anders formuliert, vielleicht so:

- Ich lerne laufen, weil ich jetzt keine Lust mehr habe, alles von unten zu sehen. Ich will es jetzt auch so sehen, wie meine älteren Geschwister.
- Ich lerne sprechen, weil ich jetzt mitreden und verstanden werden möchte.
- Ich lerne rechnen, weil ich Zahlen so geil finde.
- Ich lerne Kunst, weil mein Vater mit mir zur Documenta fährt.

Eine Sache zu erreichen, drängt sich JETZT als Wunsch auf, und die Zukunft, in der sie erreichbar ist, muss vorstellbar und passend zum eigenen Lebensalter sein. Nicht erst in 12-20 Jahren. Das Leben ist jetzt! Und wichtige Beziehungen spielen eine große Rolle. Oder:

Eine Tätigkeit macht Freude. Dies ist die Perspektive der Lernenden. Man kann niemanden transitiv motivieren. Jeder muss seine Lernmotive selbst bilden, oder mit Leont'ev gesprochen: seinen persönlichen Sinn.

Gesellschaftliche Bedeutungen und persönlicher Sinn sind nicht automatisch deckungsgleich und heute fallen sie sogar weit auseinander. Denn die

gesellschaftlichen Bedeutungen, wie sie heute in der Schule repräsentiert sind, hinken der tatsächlichen gesellschaftlichen Entwicklung um Jahrzehnte hinterher. Bedeutungen und persönlicher Sinn fallen beinahe täglich immer mehr auseinander, denn es kommt noch ein dritter Faktor hinzu, der den Widerspruch zwischen ihnen zuspitzt:

Das ist unser Bildungssystem. Wie ist Lernen organisiert und was wird in unserer Gesellschaft unter Lernen verstanden? System und Lernbegriff stammen aus der Vergangenheit.

Dies ist eine Hamburger Schulklasse von 1910. Was ist heute anders? Die Schülerzahl ist um ein Drittel gesunken. Heute herrscht Koedukation. Manchmal werden die Tische zum U oder in Gruppen gestellt. Aber sonst? Die wichtigsten Merkmale sind in der Regel gleich geblieben. Und das wichtigste Merkmal ist die Standardisie-

rung. Alle machen gleichzeitig das Gleiche. Und jetzt schauen wir auf eine Standardisierung von 2014¹:

Zweifellos kann man an diesen Stoffen Wichtiges lernen. Aber kann man es nur daran? Und warum, wenn es so wichtig ist, sollen es nur die Niedersachsen lernen? Unendlich viele Gegenstände und Stoffe und damit potenzielle Lernmotive werden ausgeschlossen. Und hinkt dieser Kanon nicht außerdem dem zeitgenössischen Kunstverständnis hinterher? – Schauen wir noch mal zurück ins Kaiserreich. Wozu war die Standardisierung? Standardisierung hatte tatsächlich eine wichtige Bedeutung. Es war das beste Modell, das man im 19. Jh. hatte und Vorbild für die ganze Welt. Dieses Modell hatte die Funktion, in möglichst kurzer Zeit mit möglichst wenig Aufwand möglichst vielen Menschen das für damals Notwendigste beizubringen. Persönlicher Sinn? Natürlich gab es den hier auch! Er bestand darin, keine Schläge zu kriegen. Und darum wurde dann möglichst schnell gelernt, wie auf die Lehrerfrage richtig zu antworten war. Am besten wörtlich.

Heute ist die Begründung für eine Standardisierung ausschließlich prüfungsbedingt. Nicht, um aus Schülern Menschen zu machen, wie sie die heutige Gesellschaft braucht. DIN A 4 – Schüler werden auch heute produziert, aber ob sie damit die Probleme von 2030 lösen? Nicht mal mehr die Probleme von heute! Der PISA-Chef Andreas Schleicher antwortet auf die Frage, auf welche Kompetenzen es ab heute vor allem ankomme:

„Vor allem [auf] die Kompetenz, Informationen aus den unterschiedlichsten Bereichen so zu verknüpfen, dass etwas Neues entsteht – eine neue Erkenntnis,

Zentralabitur 2014

Niedersächsisches Kulturmuseum

Für das Zentralabitur 2014 im Fach Kunst sind die nachfolgend aufgeführten drei Thematischen Schwerpunkte mit ihren vorgegebenen Beispielen verbindlich zu bearbeiten.

1. Bilder vom Menschen
2. Architektur und Wohnen
3. Denkmal – Skulptur und Plastik im öffentlichen Raum

Verbindliche Beispiele für 3.:

1. Michelangelo Buonarroti, David
2. Auguste Rodin, Die Bürger von Calais
3. Walter Gropius, Denkmal für die Märzgefallenen
4. Joseph Beuys, 7000 Eichen

¹ Zitiert aus: Niedersächsisches Kultusministerium, Juli 2011,



Computer Learning – Station in Khajuraho

eine Entdeckung oder ein neues Produkt.²

Und auf die Nachfrage, ob denn Wissen nicht mehr gebraucht werde, legt er nach:

„Natürlich ist Wissen entscheidend. [...] Aber das ist auch kein Problem in einer Schule, die ich als zukunftsweisend bezeichne. Denn dort lernt der Schüler, weil er es selbst will und nicht, weil der Lehrplan es vorschreibt.

Betrachten wir ein anderes anachronistisches Problem. Wie ist es mit den Definitionen von Spielen, Arbeiten und Lernen? Wird in der Situation (s. Foto aus Khajuraho), gespielt, gearbeitet oder gelernt? Schwer zu entscheiden, denn wir erkennen Lernen meist nur da, wo ein Klassenraum, ein Buch oder ein Ranzen zu sehen ist.

Die Jugendlichen in der indischen Kleinstadt Khajuraho stehen an einer Computerstation

Noch gibt es kein Internet. Aber es gibt offline-Lernprogramme, in denen sie nach Herzenslust surfen können. Sie tun es in ihrer Freizeit, nach der Schule. Sie lernen, aber es ist nicht Schule. Sie zeigen sich gegenseitig, was sie herausgefunden haben und wie es geht. Das ist Peer-to-Peer-Lernen. Es bilden sich selbstorganisierende Lerngemeinschaften.

Das Biografie-Modell in Tabelle 1 ist für kurze Zeit, an bestimmten Orten und für eine bestimmte soziale Klasse von Menschen vielleicht tatsächlich

einmal das Normalmodell einer Biografie gewesen. Aber heute taugt es nichts mehr, denn wir wissen, dass nur, wer lebenslang lernt, noch Arbeit haben wird. Und wir wissen längst, dass Kinder beim Spielen die wichtigsten Dinge lernen und dass lebensnotwendige Fähigkeiten außerhalb der Schule gelernt werden.

Trotzdem tragen wir in der Regel noch den zu diesem Modell gehörenden reduktionistischen Lernbegriff mit uns herum und die Schule benutzt ihn weiterhin. Unsere Schule hat ein his-

Normalbiografie-Modell		
Lebensalter	vorwiegende Tätigkeit	Ort
Kind	Spielen	zu Hause / Kita
Jugendlicher	Lernen	Schule
Erwachsener	Arbeiten	Betrieb

(Tabelle 1)

² Andreas Schleicher im Interview mit der Frankfurter Rundschau fr-online am 13. Juli 2012

Was wird unter Lernen im Industriezeitalter verstanden?	Was wird unter Lernen im digitalen Zeitalter verstanden?
Institutionell und formell	non formell, informell und „wild“
Lehrer weiß, Schüler wissen nicht	Wissen und Nichtwissen wechselt
Belehrtwerden	Forschen und Experimentieren, Entdecken und Erfinden
	Lernprozesse werden moderiert und Lernende gecoach
Lehrbuch und Lehrgang	Internet und Projekte
systematisches Lernen	Learning by doing
isoliert jeder für sich	kollaborativ im Austausch
nur am besonderen Ort	überall möglich
nur zu besonderen Zeiten	immer möglich
vorgegebene Pfade	personalisierte Strategien
vorgegebene Stoffe	selbst bestimmte Inhalte
vorbestimmte Ergebnisse	Ergebnisoffenheit

(Tabelle 2)

torisch begrenztes Modell vom „Lernen“, es ist das Modell des Industriezeitalters, das Modell einer versunkenen Epoche. Das Lernen von gestern ist aber leider auch ein Lernen für gestern. Während es zu spät sein könnte, wenn wir erst morgen lernen, was wir schon heute brauchen.

Wie verändert sich das Lernen im digitalen Zeitalter? (Vgl. Tabelle 2) Die Sammlung von Merkmalen des Lernens im digitalen Zeitalter ist kein normatives, sondern ein analytisches Modell, spricht also nicht davon, wie es sein sollte, sondern zeigt, wie es – außerhalb von Schule – heute schon immer mehr als gesellschaftliche Praxis anzutreffen ist:

Das Lernen im Industriezeitalter und in der Schule ist also genau genommen wie „Malen nach Zahlen“ – während das Lernen von heute und morgen eher bedeutet, sich selbst ein Bild zu machen und die eigene Perspektive zu entwickeln. Nichts ist heute und in Zukunft so wichtig, wie in der Lage zu sein, selbstständig zu urteilen und eigene Entscheidungen zu treffen. Darum haben wir und brauchen wir einen Wechsel vom Geschlossenen, Vorgegebenen, Standardisierten und Isolierten

zum Offenen, Selbstbestimmten, Personalisierten und Kollaborativen. Oft wird unterstellt, dass die Orientierung am Individuellen, am Persönlichen zu Monaden und Antisozialität fördere. Das Gegenteil ist jedoch der Fall: Wie ich etwas sehe, oder was ich selbst will oder – mit Leont’ev gesprochen – meinen persönlichen Sinn kann ich nur im Austausch mit anderen entwickeln.

Partizipation, sagt Max Frisch, ist die Einmischung in die eigenen Angelegenheiten. Das muss man lernen und trainieren von Kindesbeinen an. Später, im sogenannten „richtigen“ Erwachsenenleben, lernt man es nur mehr schwer. Um Partizipation und Autonomie zu lernen, muss man von Anfang an nicht nur über die eigenen Lernwege und Lernzeiten bestimmen dürfen, sondern selbstverständlich auch über die eigenen Lerninhalte und Ergebnisse. Soviel von der demokratietheoretischen und der lerntheoretischen Seite. Von einer anderen, nämlich der medientheoretischen Seite aus argumentiert der Kulturanthropologe Michael Wesch:

„In einer Welt schier unendlicher Information(en) müssen wir uns zuerst um das WARUM

kümmern, darauf das WIE ermöglichen und das WAS (quasi) natürlich daraus ableiten.“³

Und mit dem „Warum“ meint Wesch nicht etwa gesellschaftliche Bedeutungen, sondern persönlichen Sinn. Was aber macht die Schule? Sie zäumt das Pferd immer vom Schwanz auf. Mit den allgemein verbindlichen Curricula, sei es in Form von Kanons, Stoffkatalogen oder auch Kompetenzlisten, wird immer nur gesellschaftliche Bedeutung vermittelt. Um den persönlichen Sinn kümmert sich die Schule nicht. Der soll, wenn überhaupt, dann nebenbei und offenbar automatisch entstehen. Wir kennen aus eigener Erfahrung, wenn wir nach Jahren oder Jahrzehnten plötzlich überrascht feststellen, dass wir irgendeinen Stoff aus der Schule als sinnvoll erleben. Aber das sind doch nur sporadische Erlebnisse, denn wie viel größer ist die Menge an Stoffen, mit denen dieses Aha-Erlebnis niemals geschieht?

Was hat es genauer mit diesem „Warum“ bzw. dem persönlichen Sinn auf sich, ohne den der Mensch nichts tut – sei es das Er-

³ Michael Wesch in: From Knowledgeable to Knowledge-able: Learning in New Media Environments

lernen einer Fremdsprache, die Arbeit in einer Partei, das Wühlen im Garten, ein Museumsbesuch oder der Abend vor der Glotze mit einer Tüte Chips? Ob jemand Sofakartoffel wird oder ein vielfältig sinnerfülltes Leben führt – alles hängt ab von den Sinnbildungsmöglichkeiten, die er realisieren kann. Das bedeutet einerseits natürlich, welche Möglichkeiten es für den Einzelnen in seiner Umwelt konkret überhaupt gibt. Zum anderen bedeutet es aber auch, ob und wie ausführlich er aus den gegebenen Möglichkeiten Sinn bilden kann. Ob er die Möglichkeiten überhaupt sehen kann. Und ob er dann weiß, wie er sie zu Realitäten machen kann.

„Was ist Sinn?“, habe ich einen Freund gefragt und erhielt folgende Antwort:

„Sinn muss geil sein, etwas, wofür man frühmorgens im Dunkeln begeistert aus dem Bett springt und sich den ganzen Tag bis zur Erschöpfung verausgabt, um abends glücklich ins Bett zu fallen, beim Einschlafen dem

Sinn

- Lernen ohne Sinn ist unmöglich.
- Sinn kann nicht gegeben, verordnet oder „gestiftet“ werden.
- Sinn ist nicht objektiv für alle gleich.
- Sinn ist nicht aus gesellschaftlichen Bedeutungen ableitbar.
- Sinn ist immer persönlich.

heute wieder realisierten Sinn lächelnd nachsinnend.“ (78-jähriger Professor, der noch immer forscht, lehrt und publiziert)

Es gibt aber kein Sinnbildungsgegnen, das der eine eben hat, der andere nicht. Man muss und kann es lernen: Sinnbildung. Sinnbildungslernen ist eigentlich das wichtigste Lernen überhaupt geworden. Und wie für alles, was gut gekonnt sein will,

braucht man dazu viele Gelegenheiten, professionelle Anleitung und zigtausende Stunden Übung.

Lehrer müssen sich als Anleiter für Sinnbildungslernen verstehen. Ein Beispiel: 2007 besuchte ich mit einer Gruppe von 12 Schülern eines Hamburger Abendgymnasiums und deren Geschichtslehrerin das Denkmal für die ermordeten Juden Europas in Berlin. Wir hatten uns eine Woche Zeit genommen, um aus dieser Realitätsbegegnung etwas zu machen. Weder die Lehrerin noch die Schüler hatten bisher das Thema Holocaust in der Schule „behandelt“, aber fast alle hatten natürlich ihre eigenen Vorerfahrungen und Vorstellungen. Es gab keine Vorschriften, was oder wie mit dem Denkmal und dem Stoff, den es bietet, zu lernen sei, geschweige denn, was dabei „herauskommen“ sollte. So waren alle gespannt darauf, was sie daraus machen würden. Ich könnte also 12 + 2 individuelle Lerngeschichten erzählen, denn die Lehrerin und ich als Projektleiterin haben natürlich auch gelernt. Das würde zu weit führen, darum erzähle ich pars pro toto die Geschichte von Murat⁴. Murat hatte Hauptschulabschluss und war ganz neu in der Klasse. Er war fasziniert von der Architektur des „Stelenfeldes“ und äußerte sich mehrfach bewundernd über den Architekten. Auf die Papiertischdecke beim Gruppen-Mittagessen hatte er eine Zeichnung der Stelen skizziert, während die anderen sich über ihre Eindrücke austauschten und Begriffe notierten, über die sie im Plenum sprechen wollten. Abends gestand mir Murat, dass er so gerne Architekt werden würde, aber dazu bräuchte er ja Abitur. Ich empfahl ihm, am nächsten Tag ins Libeskind-Museum zu gehen, da könne er architektonisch auch eine Menge erleben. Er folgte meinem Rat und kam aus dem Jüdischen Mu-

seum nicht nur mit vielen neuen Zeichnungen von Stelenfeldern und offenen und geschlossenen Davidsternen zurück, sondern auch mit der neiderfüllten Aussage: „Die Juden sind ja ein beeindruckendes Volk. Wie die lernen! So hätte ich mir auch gewünscht zu lernen. Dann könnte ich jetzt Architektur studieren.“ Er füllte mit seinen Zeichnungen eine große Ausstellungs-Vitrine in der Schule und gestaltete das Cover für die CD, die alle Schülerarbeiten des Projekts enthielt. Was er gelernt hatte, steht in keinem Lehrplan.

Wenn diese Illusionen gefallen sind, dann verunsichert das zwar und zwingt zu einer grundlegenden Neuorientierung. Aber darin liegt natürlich auch eine große Chance für die eigene Sinnbildung, denn es relativieren sich alle gesellschaftlichen Bedeutungen. Und eines wird außerdem ganz deutlich:

Die Bedeutung der persönlichen Sinnbildungsfähigkeit eines jeden ist immens. Sowohl für das einzelne Individuum als auch für die einzelnen Gesellschaften als auch für die Menschheit insgesamt.

Sicher kennen viele den Film „Das weiße Band“. Bis zum Ende des 19. Jahrhunderts war die lokale Abhängigkeit überwältigend. Der Einzelne war so fest eingebunden in die von seiner Community diktierten gesellschaftlichen Bedeutungen, dass er keinen Eigensinn bilden konnte, durfte – aber eben auch nicht musste. Dafür war die globale Unabhängigkeit groß. Ob in China ein Sack Reis umfiel oder nicht, hat das Dorfleben nicht spürbar tangiert. Heute hingegen haben wir eine globale Abhängigkeit aller von allen. Wenn in China ein Sack Tiefkühlerdbeeren umkippt, dann werden in Berlin und Brandenburg 11.000 Kinder krank. Aber wir haben dafür eine lokale Autonomie.

⁴ Name geändert.

Fortsetzung S. 37

hlz

Inhaltsverzeichnis 2013

Verfasserverzeichnis

Abrams, Rudolf: Die richtige Balance finden 1/45
- RTI – was soll das? 8-9/31

**Albrecht, Christiane/
Boeddinghaus, Sabine:**
Friedensspeife verstopft 1/32

Auerswald, Manfred:
s. Fasshauer, Sabine 6-7/21

Bartels, Willi:
Wird das was? 1/20
- Wechsel im Vorstand,
Um- und Aufbrüche 8-9/44

Bauer, Monika:
s. Stomporowski, Radoawa
10-11/11

Baumann, Christoph: Große
oder kleine Klasse 4-5/35
- s. Stolze, Adolf 8-9/50

Beiderwieden, Kay: Paradies
für angehende Auszubildende?
4-5/20
- Mit weniger Berufsschulen zu
mehr Ausbildungsgerechtigkeit
8-9/22

Bensinger, Anja:
Kein Wolkenkuckuckshaus
10-11/30

**Tretow, Regina/
Dehnerdt, Frederik:**

Wer nimmt Platz? 4-5/8
- Kontinuität und Wandel 6-7/3
- Baustelle Bildung 8-9/3
- Der Preis ist heiß 10-11/3
- Fortsetzung im neuen Jahr
12/3
s. Thiel, Claudia 12/40

Benzing, Margarete: Wer
screent da wen? 10-11/18

Berg, Susanne: Aus dem
Stellenmarkt... 12/65

Berlin, Jörg: „... wie ein Korn
zwischen Mühlsteinen... 4-5/54

- Zahlen, Fakten, Strukturen
6-7/60

Bernhardt, F./Gospodarek, B:
Aus Armut werden Armutsrisiken
2-3/46
- Der Widerspenstigen Zähmung
oder: arm aber anständig!
8-9/58
- Schule der Nation 10-11/56

Bersi, Eurydike:
Nicht gegenseitig in leere
Geldbeutel schauen 6-7/46

**Betriebsgruppe der
Beruflichen Schule Uferstraße:**
Einmalige Vielfalt 2-3/24

Beyer, Anke: Verbeamtung und
Gesundheit 8-9/20

**Bobeth, Wiebke/Scholand,
Barbara:** Aufstieg von
Grundschullehrer_innen – eine
Frage der Chance 2-3/26

Boeddinghaus, Sabine:
s. Albrecht, Christiane 1/32
- s. Fasshauer, Helga 6-7/21

Borgers, Christina:
Planungsgespräche als
Eckpfeiler 4-5/36

Bornhöft, Stefan:
s. Fiedler, Angelika 8-9/36

Brandt, Wolfgang: Ein Job ganz
besonderer Art 12/14

Brauer, Gerhard:
Pensionen gestern und heute.
Und morgen? 1/50
- Kostendämpfungspauschale: ja
Praxisgebühr: nein – wie das?
8-9/19
- Paradise later 10-11/22
- Gesund in den Ruhestand!
12/30

Brettel, Reinhard: s. Müller-
Wissler, Ursula 6-7/40

Brix, Barbara:
Social, liberadora e inovadora
10-11/46

**Bündnis “Bildung ohne
Bundeswehr”:** Protest zeigt
Wirkung 12/36

Bullan, Klaus: Tarifrunde und
Arbeitszeitmodell 1/3
- **Rettmer, Birgit:**
Das Geld ist da 1/16
- Nichts ist vorbei 2-3/15

- Die verunsicherte Generation
6-7/28

Coch, Karin:
Nicht ‘mal Peanuts 10-11/21

Dannenberg, Yvonne:
s. Kallmeyer, Jörg 4-5/12

**Dege-Rüber/ Jürgen/Kogge,
Dr. Peter:** Aufbruch oder
Einbruch? 2-3/40

Dehnerdt, Fredrik: Traumjob
Wissenschaft 8-9/38
- Ein kleiner Schritt... in die
falsche Richtung! 8-9/40
- „Was interessiert mich mein
Geschwätz von gestern?“
12/20

/Jantzen, Christoph:
Vom Himmel fällt nichts 4-5/26

/Mescher, Dirk:
Trend umgekehrt 10-11/32
- s. Bensinger-Stolze, Anja 4-5/8
- s. Bensinger-Stolze, Anja 6-7/3
- s. Bensinger-Stolze, Anja 8-9/3
- s. Bensinger-Stolze, Anja 10-
11/3
- s. Bensinger-Stolze, Anja 12/3

De Lorent, Hans-Peter: Die
braunen Lehrer des schwarzen
Schülers (Teil 3: Martin Duttge)
1/57

- Ernst Hüttmann: Opfer der
eigenen Wahnsinnsideologie
2-3/58
- Heinrich Haselmayer – ein
Garant für Aufregung und
Skandale (Teil 1) 6-7/52
- „Gegen Verbastardisierung und
Verneuerung unseres Daseins“
(Heinrich Haselmayer, Teil 2)
10-11/50
- Unwürdiger Auftritt eines
betrunkenen Parteigenossen
(Heinrich Haselmayer, Teil 3)
12/51

Deutschlandradio:
Das Geheimnis des guten
Lehrers 1/49

Du Pin, Dirk: Hamburg macht
Schule – auch im Ausland
8-9/43

Erhardt, Volker: hartnäckigkeit
lohnt* 8-9/21

**Fasshauer, Helga/Auerswald,
Manfred/Boeddinghaus,
Sabine:** Totgeschwiegen 6-7/21

**Fiedler, Angelika/Kunstreich,
Marin/Schmidt-Rohr-Dörner,**

Eva/Lübbe, Andrea/Bornhöft, Stefan: vihs: Keine Kinder für die ReBBZ 8-9/34

Fromm, Thomas:
s. Lafrentz, Sabine 4-5/42

Geffers, Joachim:
Mehr als Nachholbedarf 1/18
- Sich erinnern und das Drehbuch weiterschreiben 1/46
- Konkurrenz als Prinzip 2-3/17
- Bald siegt der weise Mann 2-3/63
- Keine Kompetenz 4-5/3
- Wie das Eis gebrochen wird 4-5/28
- Hamburger Gewerkschaftstag 6-7/8
- Unsauber 6-7/19
- Was für ein Land 8-9/8
- Ganztagschule und Inklusion: ja – Mehrbelastung: nein 10-11/12
- Kein Hüpf-Bet-Sing-Abitur 10-11/24
- Reformpädagogik, Interview mit Stefan Wilken 10-11/36
- Aus der Stille... 10-11/62
- Den Schatz heben 12/12
- Der letzte Schrei 12/23
- Das fanden wir gut 12/57
- /Svensson, Wolfgang:
Schulen warten auf Hilfe 1/40

Geier, Barbara:
2-3/ We are the world 2-3/22

GEW-Landesvorstand:
Jetzt schlägt's 13! 1/8

Gierlich, Stefan:
Aus dem Streikzelt... 1/65
- ... und so ist der aktuelle Stand 2-3/21
- Hoffnungsvoll gereizt 6-7/42
- Drinnen vor der Tür 12/45

Gospodarek, B.:
s. Bernhardt, F. 2-3/46

Grosse, Katja:
Rettet unseren Schulhof 4-5/44

Grumbach, Detlef:
Dem Leben auf der Spur 12/60

Haas, Karin: Welcome to Hamburg... 8-9/52

Hamburger Forum für Völkerverständigung:
Ostermarsch 2013 – Den Terror beenden: Krieg und Aufrüstung stoppen! 2-3/57

Hamm, Andreas:

Konzert für Tarifvertrag 10-11/23
- Personalräte aufgepasst! 12/30
- Alleinerziehende und Unverheiratete mit Kindern – aufgepasst! 12/31

Hanebutt, Otto Felix: Intuition und Übung versus Kognition und Training 6-7/58
- Nazi-Aufsätze im Unterricht 8-9/61

Hauptmüller, Gundi:
Stahlberg Stiftung 4-5/31

Heede, Manni:
Das fanden wir gut 12/58

Heintze, Andreas:
Man/frau spricht... 12/13

Henjes, Hannes: Abituraufsätze in Nazi-Deutschland 8-9/60

Herrmann, Adda/Spehr, Kirsten/Tretow, Regina: ... Verstörende Verhältnisse 10-11/8

Herrmann, Michael:
Butter bei die Fische 6-7/22

Hocker, Hein: Ehrenbürger Hindenburg und sechs Hamburger Lehrerinnen 1/62

Höfer, Dieter:
s. Steffens, Ulrich 4-5/38

Hoffmann, Martin:
Bilder-Reise 2-3/54

Iversen, Lorenz:
Alles stabil 2-3/23

Jacobs, Susanne/Scholand, Barbara: Bilanz der Arbeit 1/55

Jahn, Katja:
Suche Arbeit! 12/32

Jansen, Maria:
„Yes wie can ... kochen!“ 4-5/48

Jantzen, Christoph: s. Dehnerdt, Frederik 4-5/26

Junge GEW: Rechtsextremer Gedankengang an Schulen – was tun? 1/54

Kallmeyer, Jörg/Stöck, Kay/Dannenberger, Yvonne: Noch nicht reif für die Insel 4-5/12

Kalwies, Hannelore:
KönnenKinderkomponieren?

Kinderkönnenkomponieren! 1/61
- Peter und der Wolf! 4-5/61

Kasprzak, Roland: Von den Grenzen der Sozialstatistik 6-7/26

Kastner, Jens: Der Globus quietscht und eiert ... 1/38
- Was stört's die Eiche, wenn sich ein Wildschwein an ihr reibt? 8-9/14
- Wie lang ist ein (Ganz-)Tag? 12/8
- Steig in die Arena! 12/10
- s. Lafrentz, Sabine 8-9/16

Kindt, Herma/Mielke, Maria: Einmalige Vielfalt (2) 4-5/18
- Gemeinsam wohnen und arbeiten 10-11/17

Klemm, Peter:
- Streik weiblich? 2-3/20
- Abgeschmettert 10-11/23
/Raum, Norbert: Neu ist, dass wir uns wehren 1/24

Klingele, Manfred: Gegen Spardiktate und Nationalismus 10-11/47

Kogge, Dr. Peter:
- s. Dege-Rüger, Jürgen 2-3/40

Kratz, Michael:
Das fanden wir gut 12/57

Kunstreich, Martin:
s. Fiedler, Angelika 8-9/36

Ladenthin, Volker: Mehr als eine Konservenabfüllstation 12/18

Lafrentz, Sabine/Fromm, Thomas: Schönfärberei 4-5/42
/Jens Kastner: „Personal ist nicht alles!“ Aber ohne Personal ist alles nichts!!! 8-9/16

Lieb, Wolfgang:
Propagandistisches Meisterstück 2-3/38

Liening, Antje:
Aus dem Nähkästchen... 6-7/63
- Das fanden wir gut 12/58

Lill, Max: Dunkle Flecken auf der Filmrolle 2-3/48
- the whole wide world is watchin' 10-11/60
- Das fanden wir gut 12/59

Lübbe, Andrea:
s. Fiedler, Angelika 8-9/36

Martens-Hinzelin, Jutta/Radtke, Holger, Walkstein, Jürgen:
Aktive Ruheständlerinnen und Ruheständler 4-5/58

Meier, Martin:
„Meine Geschichte!“ 4-5/45

Mielke, Maria:
s. Kindt, Herma 4-5/18
- s. Kindt, Herma 10-11/17

Meister, U.:
Kermit – So ein Qua(r)k 8-9/18
/Stöcker, S.: exklusiv... inklusiv... destruktiv... 12/28

Mescher, Dirk:
s. Dehnerdt, Frederik 10-11/32

Müller-Wissler, Ursula/Brettel, Reinhard: Ein Bridgecamp für Mädchen in Hyderabad 6-7/40

Nähr, Klaus:
Gute Ergebnisse 1/51

Nette, Bernhard: Geld heilt alle Wunden. Oder? 4-5/50

Neubuhr, Petra/Tretow, Regina:
Ahnungen bestätigt 10-11/9

Nicolini, Giusi:
Unerträglich 12/42

Radtke, Holger: 1500 ... und mehr als 10.000! 4-5/58
- Information zu Beihilfefragen 8-9/62
- Schwer erreichbar 10-11/58
- Hinweise zum Thema Beihilfe 10-11/58
- s. Martens-Hinzelin, Jutta 4-5/59

Raum, Norbert: s. Klemm, Peter 1/24

Reichelt, Claus:
s. Straub, Elke 10-11/44

Rettmeyer, Birgit:
s. Bullan, Klaus 1/16

Ring, Hartmut: Fortbildung am falschen Ort 2-3/56
- HEW-Lesetage starten mit neuem Programm – diesmal auch für Schulen 2-3/56
- Bundeswehr raus aus den Schulen 12/33

Romey, Stefan:
Sparmodell Inklusion 1/28
- Des einen Freud, des anderen

Leid 4-5/16
- Tolerierung oder Teilhabe 8-9/26
- s. Sturmhoebel, Helmuth 4-5/16
- s. Nette, Bernhard 4-5/50

Schmiedel, Stevie Meriel:
Auch Lillifee ist sterblich 2-3/31

Schmidt-Rohr-Dörner, Eva:
s. Fiedler, Angelika 8-9/36

Scholand, Barbara:
s. Jacobs, Susanne 1/55
- Sexismus und sexualisierte Gewalt – immer noch ein „Frauenthema“ 2-3/34
- Umbenennung des Frauenausschusses 6-7/20
- s. Bobeth, Wiebke, 2-3/26
- s. Zuber, Stephanie 2-3/28

Schubert, Florian: Eine andere Welt ist möglich! 8-9/55
- Bericht über das Mitgliederprojekt für Referendar_innen und neu eingestellt Lehrkräfte 2012 bis 2013 10-11/32

Schülerrat der W2: Zerschlagt unsere Schule nicht! 10-11/16

Schulstreikinitiative für Bleiberecht: Wir können nicht ruhig zur Schule gehen 12/44

Schumann, Brigitte:
Soziale Exklusion 2-3/44
- Aggressiv fordernd 6-7/23

Sommer, Ulrike:
s. Stomporowski, Radoawa: 10-11/11
Spehr, Kirsten:
s. Herrmann, Adda 10-11/8

Sprecher der Gruppe „Lampedusa in Hamburg“/Affo Tchassei/Asuquo Udo/Anane Kofi Mark/Friday Emitola:
Offener Brief an den Senat der Stadt Hamburg 10-11/42

Steffens, Ulrich/Höfer, Dieter:
Erfolgreich lernen – wie geht das? 4-5/38

Stöck, Kay:
s. Kallmeyer, Jörg 4-5/12

Stöckler, S.:
s. Meister, U. 12/28

Stolze, Adolf/Baumann, Norbert: Welchen Sport

benötigen Ganztagschulen? 8-9/50

Stomporowski, Radoawa/Bauer, Monika/Sommer, Ulrike:
Drückende Probleme 10-11/11

Straub, Elke/Reichelt, Claus/Yelkouny, Hermann:
Grenzenlos willkommen 10-11/44

Strauss, Sigrid:
Genug davon! 2-3/13
- Berührungen 4-5/25
- Bedingungen für guten Unterricht 4-5/32

Sturmhoebel, Helmuth/Romey, Stefan:
Sparmodell Inklusion 1/28
- Des einen Freud, des anderen Leid 4-5/16

Svensson, Wolfgang:
s. Geffers, Joachim 1/40

Tepe, Marlis: Ihr seid nicht die Schule der Nation 12/38

Thiel, Claudia/Bensinger-Stolze, Anja: Die Hoffnung stirbt zuletzt 12/40

Tränkle, Peter:
Reformunfähig? 12/24

Tretow, Regina:
Schule im Aufbruch 10-11/20
- s. Bensinger-Stolze, Anja 4-5/8
- s. Bensinger-Stolze, Anja 6-7/3
- s. Bensinger-Stolze, Anja 8-9/3
- s. Bensinger-Stolze, Anja 10-11/3
- s. Herrmann, Adda 10-11/8
- s. Neubuhr, Petra 10-11/9
- s. Bensinger-Stolze, Anja 12/3

Vereinigung der Schulleiter_innen der Stadtteilschulen:
Auf den Zuwachs kommt es an 10-11/28

Voss, Hans: Vom Modell zum Alltagsterror 1/10

Walkstein, Jürgen:
Alle Jahre wieder... 12/62
- s. Martens-Hinzelin, Jutta 4-5/58

Wollborn, Tobias:
Bericht über die Aktivitäten der Studierendengruppe Januar bis Oktober 2013 10-11/34

Yelkouny, Hermann:

s. Straub, Elke 10-11/44

Zuber, Stephanie/Scholand, Barbara: Spitzenpositionen – Fehlanzeige 2-3/28

Sachverzeichnis 2012

Altersversorgung 10-11/22
Anmelderunde 2-3/23
Anti-Rassismus-Fonds 12/60
Arbeitsrecht 12/32
Armut 2-3/44
Aschermittwoch 1/8, 2-3/12
Aus dem Nähkästchen... 6-7/63
Aus dem Stellenmarkt... 12/65
Aus dem Streikzelt 1/65
Aus der Armutsfalle 4-5/63
Aus der Geschlechterecke 2-3/65
Aus der Pizzabäckerei 8-9/65
Aus der Stille 10-11/62
Ausstellung 4-5/53, 4-5/57
AZM 1/10, 2-3/15

Beamtenstreik 1/20
Beamtenversorgung 1/50
Berufliche Bildung 4-5/20
Berufsschule 4-5/18
Beurteilungswesen 1/51
Bildung ist Mehrwert 1/16
Bildungsfinanzierung 10-11/30
Bildungslandschaft Elbinseln 2-3/40
Buchempfehlung 4-5/52, 12/57
Buchveröffentlichung 10-11/60
Bundes-Gewerkschaftstag 8-9/44
Bundestagswahl 8-9/8

Chancen 8-9/48

Debatte 2-3/46, 10-11/56
Denkmal 6-7/45

Energie zurückholen 8-9/12
Erster Mai 4-5/24

Flüchtlinge 8-9/52, 10-11/42
Frauenausschuss 1/55, 6-7/20
Friedenserziehung 12/33

G8/G9 1/32
Ganztag 10-11/8, 12/8, 10
Ganztägige Betreuung an Schulen (GBS) 1/38
Ganztagschule 10-11/10
Geschlecht und Kommerz 2-3/31
Geschönte Erfolgsbilanz 4-5/11
Gewerkschaftstag 6-7/8
Glosse 1/49, 12/20

Griechenland 6-7/46, 12/40
Grundschule 10-11/9

Hamburger Gewerkschaftstag 10-11/12
Hochschulen 4-5/26, 8-9/38, 40, 12/20

Inklusion 1/28, 4-5/14, 6-7/21, 8-9/26, 10-11/17, 12/24
Internationale Solidarität 2-3/22

Jugendarbeit 6-7/58, 8-9/58
Jugendmusikschule 10-11/23
Jugendstudie 6-7/28

Kammer-Blitze 8-9/17, 10-11/14
Kandidat_innen für Vorsitz 4-5/8
Kermit 10-11/18
KESS Faktor 6-7/26, 10-11/24
KiJu 4-5/42, 8-9/14
Kinderladen 10-11/44
Kinder-Oper 2-3/63
Kirchentag 4-5/25
Kunst 2-3/54

Lampedusa in Hamburg 12/42
Lehrer_innenstreik in Griechenland 10-11/47
Lesespaß 6-7/48

Mädchen in Indien 6-7/40
Migration 12/12
Militarismus 2-3/56
Ministerinnenrücktritt 2-3/38
Mitgliederentwicklung 10-11/32
Musik 1/61
Musikausschuss 4-5/61

Nazibiographien (19) 1/57, 2-3/58, 6-7/52, 10-11/50, 12/51
Neupack 2-3/20, 10-11/23
Nicaragua 10-11/46

Offener Brief an Senator 4-5/12
Ostermarsch 2-3/57

Pension 10-11/22
PISA 12/16, 18
Protest an der Rellinger Straße 4-5/44

Rätsel 1/60, 2-3/62, 4-5/62, 6-7/61, 8-9/63, 10-11/61, 12/63
Recht 8-9/19, 20, 21, 12/30, 31
Rechtsrock 1/54
Reformpädagogik 1/45, 2-3/48, 10-11/36
Rezension 4-5/54, 6-7/60, 8-9/60
RO 19 4-5/50
Ruheständler_innen 1/62, 4-5/58, 8-9/62, 10-11/58, 12/62

Schulentwicklung 1/28
Schulentwicklungsplan (SEPL) 2-3/24, 10-11/14
Schülerinnen und Schüler als Autoren 4-5/45
Schüler-Projekt aus Lurup 4-5/48
Schulpersonalräte 12/14
Schulschwimmen 6-7/38
SEPL 8-9/22
Service 2-3/53
Spaß – Erfolg – Selbstvertrauen 4-5/28
Sport 8-9/50
Stahlberg Stiftung 4-5/31
Streik-Impressionen 1/23

Tarifkampf-Existentiell 1/22
Tarifrunde 2-3/8
Tarifvertrag 1/18
Testungen 8-9/18

VHS 10-11/21

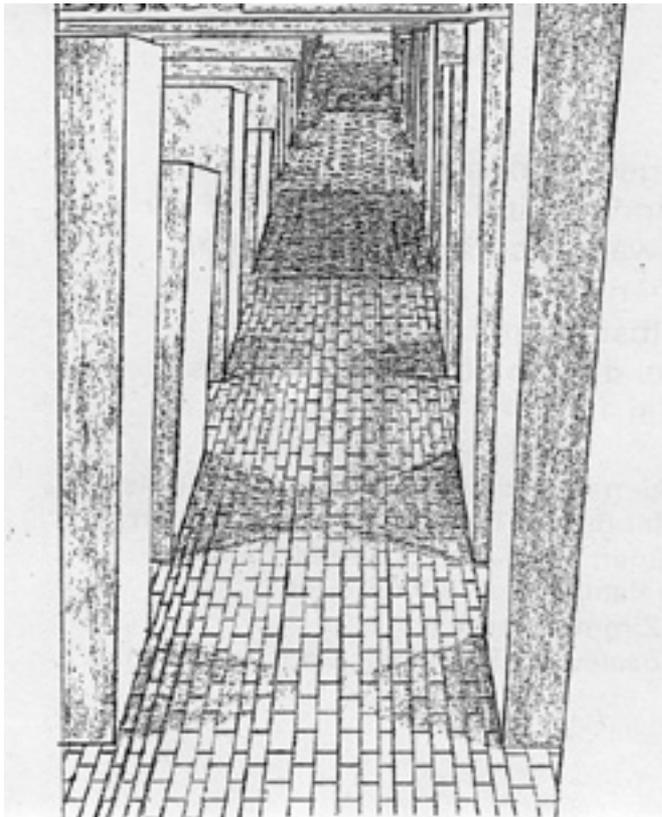
Weltsozialforum 8-9/55
Welttag gegen Kinderarbeit 4-5/23
Wettbewerb 2-3/22
Widerstand 10-11/20
Wilhelmsburg 1/40, 2-3/40

Schwerpunkte 2013

- Frauen 2-3/26
- Schule, die Spaß macht 4-5/28
- Wie ticken Jugendliche? 6-7/28
- Inklusion 8-9/26
- Schüler_innen an der Seite der Flüchtlinge 12/42

Gespräch mit

- Rajko Pientka, Gewerkschaftssekretär 1/24
- Kay Stöck, Schulleiter der Stadtteilschule Stübenhofer Weg 1/40
- Cornelia Rottmann 2-3/20
- Maika Viehstädt/Marie S. Schneider, Autorinnen der hIz 4-5/28
- Rajko Pientka, Hoffnungsvoll gereizt 6-7/42
- Karl Dieter Schuck, Tolerierung oder Teilhabe 8-9/26
- Ulrich Vieluf, Leiter der Hamburger KESS-Studie 10-11/24
- Stefan Wilken, Lehrer an der Primarschule Rellinger Straße 10-11/36
- Wolfram Meyerhöfer, 12/16
- Martin Dolzer, Sprecher im Koordinationskreis 12/45



Murats Zeichnung für das CD-Cover

Fortsetzung von S. 32

Kein Mensch muss seine wichtigsten Lebensentscheidungen mehr danach richten, was ihr oder sein Vater, Nachbar, Lehrer, Pfarrer oder Vermieter für richtig hält. Der Soziologe Ulrich Beck nennt diesen Switch der Verhältnisse Glokalisierung. Es bedeutet auch, dass das, was lokal getan wird, globale Bedeutung bekommen kann.

Desillusionierungen

- Alles, was heute gilt, gilt auch weiterhin nur heute.
- Alles, was hier gilt, gilt überall nur hier.
- Alles, was Bedeutung hat, bedeutet für alle das gleiche jeden etwas anderes.

Die Verhältnisse ändern sich grundlegend und zwar in allen Bereichen – auch und besonders im Lernen.

Bezogen auf das Verhältnis Individuum – Gesellschaft bedeutet dies:

Lernen heißt nicht mehr, alle lernen Dasselbe allein, sondern alle lernen Verschiedenes gemeinsam.

Und bezogen auf das Verhältnis zwischen Gegenwart und Zukunft bedeutet es:

Lernen heißt nicht mehr Vorbereitung auf die Zukunft, sondern Realisierung persönlichen Sinns in der Gegenwart als Modell zukünftiger Sinnbildungen.

Eine Bemerkung zum Kunstlernen 2.0: 2.0 ist für mich die provisorische Chiffre für Dinge, die sich schon im Modus des digitalen Zeitalters bewegen. Und damit ist nicht gemeint, dass das-

selbe, was bisher typographisch verabreicht wurde, nun eben digitalisiert verabreicht wird. Denn mit der Medienform ändert sich auch der Inhalt. Und mit der Interaktivität des Mediums kann eben auch das Wissen nicht mehr einfach verabreicht werden. Kreativität, Experimente, Projekte, Fantasie, Begeisterung, Freude, Flow, Sinn – alle diese Begriffe sind traditionell dem Kunstunterricht zugeschoben worden als Kompensationsfach zu den „harten“ Wissenschaftsfächern.

Um seine Abwertung zu überleben, hat der Kunstunterricht sich von den wissenschaftsprädeutischen Fächern abschauen müssen, wie er aus der Bastellecke wieder herauskommt, indem er sich mit gutem Grund verwissenschaftlicht hat. Aber jetzt kommen die „harten Fächer“ selbst nur noch weiter, wenn sie sich diese abgespaltenen und an die Fächer des ästhetischen Lernens delegierten Attribute wieder zu eigen machen. Denn das Klima wird nicht durch die Mathematik, Biologie und Physik gerettet. Diese Einzelwissenschaften haben keine Antwort auf die Frage, wie man große Massen von Menschen davon überzeugt, dass sie ihren Lebensstil auf „nachhaltig“ umstellen wollen. Wenn wir lernen müssen, dass Wachstum ab jetzt inneres Wachstum bedeutet und Lebensqualität nicht mehr nur in Produktionszahlen von Konsumgütern aufgeht, dann sind wir beim Sinnbildungslernen. Und Vorreiter zu sein im Sinnbildungslernen, das wäre die Chance des Kunstunterrichts – und vielleicht auch seine Verpflichtung. Denn die Soft Skills von heute sind die Hard Skills von morgen!

LISA ROSA,

(Vortrag vom 21.11.2012 auf dem Bundeskongress der Kunstpädagoginnen in Dresden. – Erstabdruck in: BDK Mitteilungen – Heft 1/2013, S. 10-13)

Katerstimmung statt Rausch

Nach wie vor massive Schwachstellen im deutschen Schulsystem

„Deutschlands Schüler sind jetzt deutlich überdurchschnittlich“ titelt die Frankfurter Allgemeine Zeitung am 4. Dezember nach der Veröffentlichung der neuesten PISA – Untersuchung. Die FAZ stimmt damit ein in den Chor von Kultusministerien, Bildungspolitiker_innen und dem größten Teil der Medien. Nach dem PISA-Schock von 2001 haben sich die Mittelwerte für Deutschland im Ranking der Nationen bei den gemessenen Schülerkompetenzen im Bereich der Lese-, Naturwissenschafts- und Mathematikkompetenzen langsam nach oben entwickelt, so dass wir heute in der Lesekompetenz leicht, in der mathematischen und naturwissenschaftlichen Kompetenz der 15-Jährigen deutlich über dem Durchschnitt der OECD liegen.

Die Verbesserungen sind in allen Bereichen auf den ersten Blick vor allem auf die Leistungssteigerungen bei den bildungsbenachteiligten Gruppen zurückzuführen, dagegen ist der Anteil der Schüler_innen in den höchsten Kompetenzstufen konstant geblieben. Der Anteil derjenigen Schüler_innen, die auf den untersten Kompetenzstufen liegen, ist deutlich zurückgegangen – allerdings von einem skandalösen Ausgangsniveau, das Deutschlands Bildungssystem noch 2001 als das ungerechteste in Europa eingestuft hat:

„Die seit 2001 verabschiedeten Reformen zur Förderung von Bildungsqualität und Bildungsgerechtigkeit hatten in Deutschland offenbar einen positiven

Effekt auf die Leistungen der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund.

- 2003 erzielten Schüler mit Migrationshintergrund in Mathematik durchschnittlich 81 Punkte weniger als Schüler ohne Migrationshintergrund; 2012 hatte sich dieser Leistungsabstand auf 54 Punkte verringert.

*Die Gefahr ist gegeben,
dass dort, wo äußere
Separierung der Schüler-
innen zurückgefahren
wird und in einer Schule
gemeinsam unterrichtet
wird, die innere
Separierung an ihre
Stelle tritt*

Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund sind im Vergleich zu ihren Mitschülern ohne Migrationshintergrund sozioökonomisch benachteiligt; nach Berücksichtigung des sozioökonomischen Hintergrunds sinkt der Leistungsvorsprung der Schüler ohne Migrationshintergrund auf weniger als die Hälfte (25 Punkte) (Tabelle II.3.4b in OECD, 2013b).

- Dennoch ist der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund, der Kompetenzstufe 2 in Mathematik nicht erreicht, mit 31% mehr als doppelt so hoch wie jener von Schülern ohne Migrationshintergrund (14%). Etwa 39% der Schüler mit Migrati-

onshintergrund der ersten Generation und rd. 29% der Schüler mit Migrationshintergrund der zweiten Generation liegen unter Stufe 2 (Tabelle II.3.7 in OECD, 2013b).“ (OECD Deutschland Ländernotiz)

Ein positives Ergebnis der umstrittenen PISA-Untersuchungen ist, dass die Bildungsbenachteiligten an den Schulen stärker in den Fokus genommen wurden und so die riesige Schere zwischen den leistungsschwächeren und den leistungstärkeren Schüler_innen leicht geschlossen werden konnte in den zurückliegenden 12 Jahren. Noch immer aber ist bei der Mathematikkompetenz (die bei PISA 2012 im Mittelpunkt stand) ähnlich wie beim Lesen jeder 7. Schüler in Deutschland mit 15 Jahren auf bestenfalls Grundschulniveau – bei den Schüler_innen mit Migrationshintergrund jeder dritte.

Trotz massiver Wirtschaftskrise im Erhebungszeitraum, von der alle untersuchten Länder in unterschiedlichem Maß betroffen waren, sind 22 Länder erfolgreicher als Deutschland gewesen bei der Verbesserung der Schülerkompetenzen.

Überlesen wird in den meisten Kommentaren der Hinweis in der PISA-Studie, dass die Verbesserungen möglicherweise eher auf veränderte sozioökonomische bzw. demografische Veränderungen in der Schülerpopulation zurückzuführen sein könnten als auf Verbesserungen im Unterricht oder in der Bildungspolitik. Nach Bereinigung um die Veränderungen der zwischen 2000 und 2012 getesteten Schülerpopulation nach Alter, Geschlecht, sozioökonomischem Status, Migrationshintergrund und der zu Hause gesprochenen Sprache kommt die PISA Studie zu dem Ergebnis, das OECD-weit eher von einer Verschlechterung der Leistungen gesprochen werden muss. Auch in Deutschland stagnieren nach dieser Korrektur die Kompetenzen in Mathematik

und Lesen seit 2000. (Vgl. PISA 2012, S. 61ff.)

Die massiven Schwachstellen des deutschen Schulsystems sind – trotz Veränderungen bei der Schulstruktur, der Ganztagschulentwicklung und der Einführung von Schritten hin zur Inklusion – nach wie vor virulent. Insbesondere das Auseinanderdriften der Bildungschancen nach sozialer Lage, Wohngebiet und Schulart ist immer noch eklatant und ein besonderes Charakteristikum deutscher Schule:

„In Deutschland sind über die Hälfte der unterschiedlichen Schülerleistungen (Varianz) zwischen den Schulen zu beobachten, das ist wesentlich mehr als im OECD-Durchschnitt. Die vergleichsweise große Leistungsvarianz zwischen den Schulen spiegelt Deutschlands mehrgliedriges Schulsystem im Sekundarbereich wider, wo die Schüler entsprechend ihrer Leistungen auf verschiedene Schultypen verteilt werden. Trotz der weitreichenden Bildungsreformen der letzten zehn Jahre, die dazu führten, dass heute eine größere Zahl von Schülern Schulen besucht, die verschiedene Bildungsgänge kombinieren, hat sich die Leistungsvarianz seit 2003 weder zwischen den Schulen noch innerhalb der Schulen deutlich verändert.“ (OECD Deutschland Ländernotiz S.5)

Mit der Veränderung der Schulstruktur weg vom vielfach gegliederten Schulsystem von selbstständigen Förder-, Haupt-, Realschulen und Gymnasien hin zu einem Zwei-Säulen-Modell, in dessen zweiter Säule alle Schulen neben dem Gymnasium zusammengefasst werden, hat sich der Trend an Deutschlands Schulen verstärkt, innerhalb einer Schule zu separieren:

„Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die Schulen besuchen, die keine Einteilung in Leistungsgruppen vornehmen, ist in Deutschland zwischen 2003 und 2012 von 54% auf

32% zurückgegangen, und ein größerer Anteil der Schüler gab an, dass in ihrer Schule in einigen oder allen Unterrichtsstunden eine Einteilung der Schüler entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit erfolgt (Tabelle IV.2.21 in OECD, 2013d).“

Die Gefahr ist damit gegeben, dass dort, wo äußere Separierung der Schüler_innen zurückgefahren wird und in einer Schule gemeinsam unterrichtet wird, die innere Separierung an ihre Stelle tritt. Schon jetzt ist z.B. an einigen Hamburger Stadtteilschulen zu beobachten, dass dort in einem Jahrgang getrennte Klassen je nach Leistung für „Hauptschüler_innen“, „Realschüler_innen“ und für Gymnasiast_innen eingerichtet werden. Das läuft dann auf das dreigliedrige Schulsystem innerhalb einer Schule hinaus.

Spitzenwerte nimmt Deutschlands Schulwesen nach wie vor

hinsichtlich Sitzenbleiben bzw. Klassenwiederholungen und Abschlüssen ein – auch das sind Indizien für eine hohe Selektivität der deutschen Schule.

Im internationalen Vergleich überdurchschnittliche Unterschiede in den Lernleistungen gibt es zwischen weiblichen und männlichen Schüler_innen in den Bereichen Mathematik und Lesekompetenz. Mädchen liegen in den Mathematikleistungen weit hinter den Jungen zurück und weit vor ihnen in allen Bereichen der Lesekompetenz. Die Unterschiede haben sich in den zurückliegenden Jahren eher verstärkt und verweisen auf ein massives Problem geschlechtergerechter Förderung. Anderen Ländern gelingt es deutlich besser, dieses Problem zu lösen.

Auch die Hinweise darauf, dass sich die Schuldisziplin in Deutschland im Unterschied zum internationalen Durch-



schnitt verschlechtert hat und die Schüler_innen den Eindruck haben, dass auf sie im Unterricht nicht genug eingegangen wird, verweisen darauf, dass die Lehr- und Lernbedingungen an den Schulen schlechter werden, die Lehrkräfte angesichts zunehmender Aufgaben damit überfordert sind, jede_n Schüler_in individuell zu fördern.

„Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die in Deutschland angaben, dass es bei ihnen im Unterricht oft laut ist und dass es „drunter und drüber geht“, ist zwischen 2003 und 2012 um 4 Prozentpunkte von 25% auf 29% gestiegen (OECD-Durchschnitt: Rückgang von 38% auf 33%). Auch der Anteil der Schüler, in deren Klassen „es lange dauert, bis die Schüler mit dem Arbeiten anfangen“, hat sich von 26% auf 29% erhöht (OECD-Durchschnitt: Abnahme von 29% auf 28%).

„Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die eigenen Angaben zufolge Schulen besuchen, in denen die Schüler ihren Lehrkräften nicht zuhören, stieg erheblich – um 14 Prozentpunkte von 22% im Jahr 2003 auf 36% im Jahr 2012 (OECD-Durchschnitt: 31% im Jahr 2003, 32% im Jahr 2012) (Tabelle IV.5.18 in OECD, 2013d). Während im OECD-Durchschnitt 82% der Schülerinnen und Schüler der Aussage „Wenn ich zusätzliche Hilfe brauche, bekomme ich sie von meinen Lehrerinnen und Lehrern“ „völlig“ oder „eher“ zustimmten, war dies in Deutschland nur für 66% der Fall. Ähnliches gilt für die Aussage: „Die meisten meiner Lehrerinnen und Lehrer interessieren sich für das, was ich zu sagen habe“, der im OECD-Schnitt 74% der Schülerinnen und Schüler „völlig“ oder „eher“ zustimmen, während in Deutschland mindestens ein Drittel der Schülerinnen und Schüler anders antwortete (Abb. IV.5.3 in OECD, 2013d).“

Als warnendes Beispiel gilt

dem PISA-Koordinator Andreas Schleicher Schweden, ein Land, das zu den wenigen gehört, die sich über den gesamten Zeitraum seit 2000 nicht verbessern konnten:

„Schweden ist so ein Land. Da haben sich die Leistungen der Schulen stark auseinanderentwickelt: die schwachen Schulen

Pisa 2012 gibt jedenfalls der großen Koalition in Deutschland keine Argumente dafür, ein weiter wie bisher im Bildungsbereich zu propagieren

sind noch schwächer geworden, die starken jedoch haben sich nicht verbessern können. Eine Ursache dürfte in den gewachsenen sozialen Gegensätzen im Land zu suchen sein, eine andere in der Tatsache, dass relativ autonome Schulen nicht in ein kohärentes Bildungssystem eingebettet sind.“ (Zeit online, 3.12.2012)

Die PISA-Studien sind in Deutschland seit längerem umstritten.

Zum einen wird ein ideologischer Kampf dagegen geführt, dass insbesondere der (deutsche) PISA-Koordinator Andreas Schleicher das deutsche Schulwesen schlecht rede und ein inklusives Schulwesen sowie höhere Schulabschlüsse für alle fordere. Die Kämpfe für Bildungsprivilegien und ein selektives Schulsystem werden seit Jahren angeführt vom Präsidenten des deutschen Lehrerverbandes Josef Kraus, der auch diesmal die besseren Ergebnisse der schwächeren Schüler zum Anlass nimmt, die Gleichmacherei im Schulwesen zu kritisieren und bessere Förderung der Starcken zu fordern.

Zum anderen regt sich aus Tei-

len der Wissenschaft Widerstand gegen die Pisa-Studien. Die Kritikpunkte sind:

- Die Beschränkung auf Mathe, Naturwissenschaften und Lesen reduziere Schule auf einen kleinen Bereich und entwerte gleichzeitig Kompetenzen und Lernfelder wie soziales Verhalten, Kreativität, kritisches Denken, Kunst etc.

- Kompetenzorientierung sei eine Mode, die fachliche Inhalte und Wissen ersetze und so zu Leistungsverfall führe.

- Die PISA-Rankings seien methodisch fragwürdig und Ländervergleiche verglichen Äpfel mit Birnen, weil die Lernbedingungen und Lernkulturen z.B. zwischen den asiatischen und den europäischen Staaten sehr unterschiedlich seien.

- Die OECD als Auftraggeber sei an der Entwicklung von Humankapital interessiert und habe ausschließlich die Verwertbarkeit von Bildung im Sinn.

An einigen dieser Kritikpunkte ist ein rationaler Kern. Die PISA-Studien haben allerdings das große Verdienst, den Zusammenhang von sozialer und ethnischer Herkunft und Schulerfolg zu thematisieren und z.B. in Deutschland eine öffentliche Auseinandersetzung um Schulstrukturen, Inklusion und Bildungsgerechtigkeit initiiert zu haben, die über eine reine Expertendebatte hinaus geht.

Pisa 2012 gibt jedenfalls der großen Koalition in Deutschland keine Argumente dafür, ein Weiter – wie – bisher im Bildungsbereich zu propagieren. Stattdessen müssen die Anstrengungen für bessere Bildung für alle Schüler_innen und Ausgleich sozialer Schief lagen an Deutschlands Schulen deutlich verstärkt werden.

KLAUS BULLAN

Rosarot und himmelblau

Unter diesem Titel hatte die Friedrich Ebert Stiftung in Berlin im November 2013 zu einer Fachtagung eingeladen

„Kinderkleidung und Spielzeug machen es farbig vor: Mädchen in rosa, Jungen in himmelblau – soweit das gängige Verständnis einer immer noch üblichen Norm. In der Schule festigen sich Geschlechtsunterschiede dann auch bei den fachlichen Interessen:

Mädchen mögen Sprachen, Jungen interessieren sich für naturwissenschaftlich-technische Fächer. In der späteren Ausbildungs- und Studienwahl setzt sich fort, was früh begonnen hat: die Geschlechter bevorzugen unterschiedliche Berufswahlspektren und Studienfächer, auch wenn die Interessen breit angelegt sind und die Schulnoten viele verschiedene Möglichkeiten zulassen könnten. Und wirft man einen Blick auf den Arbeitsmarkt, auf die Diskussion um Führungskulturen und Vereinbarkeit verschiedener Lebensentwürfe, wird schnell deutlich: ja, das Geschlecht spielt eine Rolle im gesamten Bildungs- und Erwerbsverlauf und beeinflusst Entscheidungen, Karrierechancen, Einkommen und vieles mehr. Die Fachtagung möchte deshalb die Diskussion zum Thema anregen, Geschlechterstereotypen hinterfragen und Perspektiven entwickeln, wie vielfältige Bildungs- und Erwerbsbiographien gängige Praxis werden können. Denn: inwiefern sich die Vorstellungen von geschlechtsstereotypen Bildungs- und Erwerbsverläufen wandeln (können), hängt von einer Vielzahl von Faktoren ab: von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, individuellen Einstellungen und institutionellen Strukturen.“

Nachdem Jahrzehnte das Augenmerk auf der Benachteiligung von Mädchen bei Bildungs-, Berufs- und Lebenschancen lag, setzte vor etwa 5 Jahren eine umgekehrte Sichtweise ein. Es ging um die Benachteiligung von Jungen in Bildungseinrichtungen und deren Folgen. Die Mädchen zögen an ihnen vorbei, hätten die besseren Schulnoten und Abschlüsse. Jungen galten als Bildungsverlierer. „Schlaue Mädchen - dumme Jungen“ titelte der Spiegel und schloss sich damit einer eher populistisch geführten Debatte an.

Empirisch erwiesen war jedoch, dass Mädchen prozentual die besseren Noten und Schulabschlüsse erlangten, sich jedoch später nicht gleichermaßen durchsetzen konnten bei der Auswahl und Vergabe von Studien- und Ausbildungsplätzen und dem beruflichen Werdegang.

Die Friedrich Ebert Stiftung setzte sich in einer Reihe von Veranstaltungen mit dieser Thematik auseinander. Im Folgenden sollen einige wichtige Ergebnisse der Tagung „Rosarot und himmelblau“ vom November 2013 wiedergegeben werden.

Wie umgehen mit der Unterschiedlichkeit von Jungen und Mädchen – Empfehlungen für Pädagog_innen?

Mädchen sind besser im Lesen, Jungen haben einen Vorsprung in Mathe und in Naturwissenschaften. In der Grundschule sind die Unterschiede geringer, später werden sie größer. Seit 1992 sind mehr Mädchen als Jungen in Abiturklassen, in Realschulklassen ist der Anteil gleich, in

Hauptschulen sind mehr Jungen vertreten.

Bei den Lehrkräften an allgemeinbildenden Schulen liegt der Frauenanteil in den Grundschulen bei 88%, in den Gymnasien bei 53%, in den Förderschulen bei 77%.

Gefordert wird deshalb von einem Teil der Forschung und Politik, dass mehr Männer Grundschullehrer werden sollen, damit die Jungen auch männliche Rollen Vorbilder haben.

Mädchen sollen spezielle Förderung in Naturwissenschaften bekommen.

Geschlechterverhalten wird erlernt und ist nicht angeboren. Eltern legen Kinder früh fest, z.B. auf das malende Mädchen und auf den experimentierenden Jungen. Gefordert wird geschlechtergerechtes Handeln in Schulen. Wie eine geschlechtergerechte Bildung aussehen kann, ist unklar, es gibt noch wenig verbreitete Konzepte.

Probleme von Jungen werden im sprachlichen Bereich und in der Textproduktion gesehen. Jungen sind weniger motiviert, sie wenden weniger repetitive und kontrollierende Lernstrategien an. Dies sind aber die nach wie vor vorherrschenden. Ab der Pubertät sind Jungen selbstbewusster oder zeigen sich so, bei Mädchen sinkt das Selbstbewusstsein.

Stärken von Jungen liegen in den Hochleistungsgruppen von Mathe und Physik, da sind Jungen überrepräsentiert. Jungen haben ein besseres räumliches Vorstellungsvermögen. Ursache dafür könnte sein, dass sie früher einen wesentlich höheren unbegleiteten Bewegungsradial-

us als Mädchen haben. Sie sind in Ballsportarten versierter und besser. Sie gehen früher eigene Lebenswege und sind deshalb selbstregulierender.

Mädchen sind weniger selbstbewusst, trauen sich weniger, eigene Wege zu gehen. Sie sind schlechter in Mathe und dort, wo sich etwas zu trauen gefordert wird. Das Schulsystem honoriert

Gesellschaftlich anerkannte Männlichkeitsanforderungen sind, dass man souverän und locker sein muss. Die Anforderungen von Schule und Peer-Group passen häufig nicht zusammen. Jungen haben oft Probleme, um Hilfe zu bitten. Jungen, die nachfragen müssen, erleiden einen Männlichkeitsverlust. Leistungsschwache Jungen fallen auf, sie

sollten vermieden werden, die Individualität sollte von Männlichkeitsanforderungen entlastet werden. Wenn Jungen Helden sein wollen, wie kann das in einer Schule gehen, in der das verboten ist? Gesellschaftlich wird dieses Jungenverhalten gewollt, in der Schule wird es sanktioniert.

Es muss Raum für individuelles Lernen geben, in dem man experimentieren und wiederholen kann. Es muss vor allem Platz und Material vorhanden sein. Gendergerechte Elemente müssen als Pflichtprogramm in die Lehrerausbildung. Die Lehreraus- und -fortbildung sollte sich mit einer geschlechtergerechten Erziehung beschäftigen. Insbesondere in den Übergängen sollte es eine entsprechende Berufsberatung geben. Lernstrategien müssten entwickelt werden. Stress sollte abgebaut werden, indem man Kindern Zeit lässt.

Die Geschlechterfrage sollte nicht gegen andere Ausgrenzung wie Schichtzugehörigkeit oder Migration ausgespielt werden.

Gesellschaftliche Rahmenbedingungen – institutionelle Strukturen: welche (neuen) Erkenntnisse gibt es?

Der Gleichstellungsbericht der Bundesregierung weist auf die Erfolge von Boys- und Girls-Days hin. Unter anderem steigt seit deren Einführung die Nachfrage nach Praktika und Studienplätzen für Mädchen in sogenannten Männerberufen und für Jungen in sogenannten Frauenberufen. Zur besseren Durchführung haben sich Kooperationsvereinbarungen zwischen Unternehmen und Schulen gebildet. Die Aktivitäten im Rahmen „Neue Wege für Jungs“ wurden als erfolgreich bezeichnet. Dennoch ist an der Dauerhaftigkeit von Stereotypen schwer zu rütteln. Dies zeigt ein Blick in die

nicht, eigene Wege zu gehen, Fehler schlagen negativ zu Buche.

Im Sport kann man lernen, spielerisch mit Regeln und Gesetzen umzugehen. Was ein richtiges Mädchen, ein richtiger Junge ist, spielt im Sport eine große Rolle. Man kann Selbstwirksamkeitserfahrungen machen. Dies hat jedoch in der Schule nicht so viel Raum, es wird eher zum Problem und sanktioniert. Das sind ungünstige Lernmilieus für Jungen.

Die Männlichkeitsanforderungen erfordern Souveränität und Coolness. Jungen neigen zu Externalisierung, Mädchen zur Internalisierung. Für Jungen gilt ein Weiblichkeits- und Homosexualitätsverbot. Jungen in unterlegenen Positionen droht relativ viel Gewalt. Sie haben ein hohes Risiko- und Gewaltverhalten.

finden Schule doof. Abwertung von Schule ist für sie ein Selbstschutz. Mädchen sagen dagegen: „Ich bin doof“.

Jungen lesen nicht zu Hause, denn sie wollen nicht als weiblich oder schwul gelten. Sie wollen nicht Opfer sein, sie stehen unter Druck. Ihnen droht Gewalt in unterlegenen Positionen. Sie zeigen Risikoverhalten, riskieren Unfälle, zeigen eher Gewaltverhalten.

Handlungsempfehlungen

Es gibt nicht die Jungen, Unterschiedliche brauchen Unterschiedliches. Es muss Räume für Nonkonformität sowie Wertschätzung und Respekt geben. Gewalt und Diskriminierung sollten unterbunden werden, stattdessen sollte man über subjektive Sinnhaftigkeit ins Gespräch kommen. Gesichtsverlust



Werbestrategien, an denen sich mühe-los verfolgen lässt, wie Geschlechtertypisierungen z.B. durch „Pinkisierung oder einer rosa Verblödung“ der Konsumenten hergestellt werden: So werden Entscheidungen in der Entwicklung von Kindern früh getroffen, wirken sich aber erst viel später aus. Dieser Prozess geht über unterschiedliche Karriereentwicklungen und schlägt sich zuletzt in den unterschiedlichen Renten nieder.

Als Leitbild wird die Beschäftigungsfähigkeit genannt, die durch gute Ausbildung zu sichern ist, die Möglichkeit, eine eigene soziale Sicherung aufzubauen, eine entsprechende Bezahlung und eine angemessene Infrastruktur für eine Kinderbetreuung. Notwendig sind auch flexible Arbeitszeiten für Frauen und Männer.

Gefordert wird in diesem Zusammenhang eine kürzere Vollzeitarbeit von 30 – 35 Stunden pro Woche und Wahlarbeitszeit. Ein Rückkehrrecht an den Arbeitsplatz würde viel ändern in der Familienplanung. In Betrieben gibt es Tendenzen, mit Teilzeitangeboten und Wiedereinstieg zu werben.

An institutioneller Veränderung hat sich einiges getan. Dennoch: 30% der Ein- bis Dreijährigen haben eine Kinderbetreuung, einen Kitaplatz. Der Wunsch der Eltern liegt jedoch bei 50-60%. Das Ganztagsangebot müsste deshalb verbessert werden.

Der Arbeitsmarkt führt zu Rückschritten

Die neue Lage auf dem Arbeitsmarkt ist gekennzeichnet durch eine starke Zunahme von Niedriglöhnen und Werkverträgen, die vor allem Frauen betrifft. Die Forderung nach gleicher Bezahlung von Arbeit ist damit in die Ferne gerückt, insbesondere Frauen sind von Altersarmut bedroht. Deshalb besteht die Notwendigkeit, dass

beide Partner den Unterhalt verdienen und sich Erwerbs- und Fürsorgearbeit teilen. Dies muss sozialpolitisch flankiert werden.

Es findet eine Retraditionalisierung statt. 77 % der Frauen im Alter von 35-39 Jahren werden von ihren Partnern in Mini-Jobs gedrängt, um einen Wiedereinstieg zu erlangen. Mini-Jobs haben leider keine Brückenfunktion und gehen nicht in volle Jobs über. Dreiviertel aller verheirateten Frauen sind für alles zuständig, auch für Haushalt und Kinder. Wiedereinsteigerinnen müssen ihre Probleme individuell lösen. Sie erfahren kein Teilungsmodell, sondern zerreißen sich. Frauen selbst schaffen sich offensichtlich keine Entlastung. Es muss deshalb flankierende Maßnahmen geben.

Die Bruttomonatsverdienste von vollzeitbeschäftigten weiblichen und männlichen Fachkräften zeigen, dass Frauen in Krankenhaus und Kindergarten monatlich 517,- € bis 660,- € weniger verdienen gegenüber Männern in vergleichbaren Berufen im KFZ-Bereich.

Die Gesundheit von Frauen im Alter von 65 Jahren hat sich in Deutschland wieder verschlechtert. Im Untersuchungszeitraum von 2000 bis 2009 fällt sie von 9,5 Prozentpunkten auf 6,5 zurück, während sie in Schweden von 9,3 auf 14,6 steigt und in Dänemark von 9,9 auf 12,0.

Der Blick in die Führungsriege zeigt, dass sie nicht homogenisiert sind, sie stehen weltweit nicht für Innovation und Kreativität.

Gefordert wird Gleichstellungspolitik als Bestandteil moderner Innovationspolitik. Männer wollen auch ganzheitliche Lebensbiographien, Frauen sollen auch in Führungsetagen zu sehen sein. Haus- und Sorgearbeit muss als Erwerbsarbeit gelten.

Ausbildung weiterhin geschlechtsspezifisch

In der dualen Berufsausbildung hat sich geschlechtermäßig nichts bewegt. In den MINT-Bereichen gibt es keine Fortschritte, seit 20 Jahren bleiben die Zahlen gleich trotz Girls und Boys Days, trotz Schnupperwochen. Mädchen wollen nicht in die Werkstätten, das hat mit Berufsbildern und deren Einschätzung zu tun. Der Beruf des Krankenpflegers wird von Mädchen positiv beurteilt, von Jungen negativ, das sind die Bilder in den Köpfen.

In den Studiengängen der MINT-Berufe ist es etwas günstiger, da sind Frauen von 11% auf 14 % steigend in den Ingenieurwissenschaften zu finden. Allerdings sind die Gremien an den Hochschulen nach wie vor männerdominiert.

Die Berufswahl der ostdeutschen Frauen hat sich an die der westdeutschen angeglichen, es ist eben eine Frage, was beruflich für wen angeboten wird.

Fazit der Fachtagung

Es geht nur mühsam voran. Obgleich jede Menge Wissen auf dieser Veranstaltung vorhanden war und viele ehrlich Interessierte an einem Fortkommen mitwirken, sind nur kleine Fortschritte zu erkennen. Deshalb hieß es auch, man möge klotzen und nicht mehr kleckern. Großprojekte wie z.B. „Mädchen in MINT-Berufen auszubilden“ wurden vorgeschlagen. Man muss es nur tun. Einher müssten jedoch auch andere Maßnahmen gehen, z.B. eine höhere Bezahlung in den pflegerischen Berufen, damit auch Jungen dort arbeiten und alle mit ihrer Erwerbsarbeit ernsthaft ihre Familie ernähren könnten. Das muss gesellschaftlich gewollt und bezahlt werden. Betriebe sehen häufig nur dann einen Handlungsbedarf, wenn ihnen die Arbeitskräfte ausgehen. Es bedarf also politischen Drucks.

SIGRID STRAUSS

Auf zu neuen Ufern

Plädoyer für den politischen Streik und ein umfassendes Streikrecht im Bildungsbereich

Was soll das denn? – werden sich jetzt sicherlich einige Leser_innen fragen. Warum soll sich die GEW-Hamburg denn mit dem politischen Streik beschäftigen? Wir streiken ja sowieso kaum, also warum sollten wir aus politischen Gründen streiken?

Die Antwort ist so kurz wie einfach: weil es unsere gewerkschaftliche Aufgabe ist.

Leider bedarf diese kurze Antwort einer ausführlicheren Erklärung. Das Thema politischer Streik geistert bereits seit mehreren Jahren durch die gewerkschaftlichen Debatten und taucht immer wieder einmal auf. Nachdem die Industriegewerkschaft „Bauen Agrar Umwelt“ im Jahre 2009 den politischen Streik in ihre Satzung übernommen hat, hat das Thema eine neue Brisanz erlangt und wurde auch im Juni 2013 auf dem Bundesgewerkschaftstag

Diese Illegalisierungen, Einengungen, Einschränkungen und Verbote stehen im Widerspruch zu dem Art. 23 der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen

der GEW in Düsseldorf intensiv diskutiert. Auch bei der GEW wurde der Versuch gewagt, den politischen Streik in die Satzung zu übernehmen; die erforderliche Zweidrittelmehrheit wurde knapp verfehlt. Dennoch

machte die Debatte im Vorfeld der Abstimmung deutlich, dass das Thema gewerkschaftsintern sowohl Befürworter_innen wie Gegner_innen stark mobilisiert. Diesen Umstand nahmen wir zum Anstoß, das Thema in Hamburg intensiv zu diskutieren. Aus diesem Grund fand im Curio-Haus am 23.09.2013 eine vom gb@ organisierte Veranstaltung zum politischen Streik mit Veit Wilhemy, einem Verfasser des Wiesbadener Appells, statt. Die Erkenntnisse dieser Veranstaltung und der Wiesbadener Appell sollen durch diesen Artikel einem breiten Publikum zur Verfügung gestellt und hitzig innerhalb der GEW-Hamburg diskutiert werden.

Wilhemy formulierte im Wiesbadener Appell, dass die Bundesrepublik Deutschland weltweit das rückständigste und restriktivste Streikrecht (ausgenommen von autokratischen Systemen oder Diktaturen) habe. Neben der Schweiz und Japan ist Deutschland bei Arbeitskämpfen, die auf den Abschluss von tariflichen Regelungen abzielen, der streikärmste Staat. Auch bei anderen Streikformen und deren Häufigkeit gehört Deutschland zu den Schlusslichtern. Von den 27 Staaten der Europäischen Union ist der politische Streik nur in England, Österreich und Deutschland illegalisiert. Ein Verbot ist indes nirgendwo festgeschrieben. Auch mit den Illegalisierungen von Beamtenstreiks, wilden Streiks, Blockaden, Boykotts, dem Streikverbot durch die christlichen Kirchen, der Einengung von Streikmöglichkeiten nur auf tarifvertraglich regelbare Ziele

und den Einschränkungen bei Sympathiestreiks sind Defizite in unserer politischen und wirtschaftlichen Demokratie verankert.

Diese Illegalisierungen, Einengungen, Einschränkungen und Verbote stehen im Widerspruch zu dem Art. 23 der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen, den Übereinkommen 87 und 98 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), dem Artikel 6 Abs. 4 der Europäischen (Menschenrechts- und) Sozialcharta. Insbesondere das Verbot aller Streiks, die nicht auf den Abschluss von Tarifverträgen gerichtet sind, bildet eine schwere Verletzung die-



ser Bestimmungen. Diese Verbote bedrohen unsere Demokratie, da sie als schwere Menschenrechtsverletzung zu qualifizieren sind.

Doch wie können wir diesen unhaltbaren Zustand überwinden? Durch basisgestützte Selbstorganisation innerhalb der Gewerkschaften können die (noch) bremsenden Strukturen der Gewerkschaften überwunden werden. Die Landesverbände, Fach- und Personengruppen müssen Satzungsanträge an Gewerkschaftstage stellen und diese durchsetzen mit dem Ziel ein umfassendes Streikrecht inklusive politischem Streikrecht festzuschreiben.

Außerdem müssen wir als Gewerkschafter_innen selbstbewusste Forderungen an die Politik stellen, um ein umfassendes Streikrecht verfassungsrechtlich zu verankern. Auch werden zukünftig Forderungen bei allen Tarifrunden nach Festschreibung, Sicherung und schrittweisen Verbesserungen von umfassenden Streikrechten in allen Tarifverträgen mittelfristig zum



Foto: privat

Durchbruch führen.

Die Tarifpolitik allein kann eine verfehlte und profitorientierte Politik nicht ausgleichen. Zudem haben wir es immer schwerer, den politisch verursachten Verschlechterungen, die auf die Arbeitnehmer_innen, die Erwerbslosen und weitere große Teile der Bevölkerung Auswirkung haben, zu begegnen.

Die Schärfung und die Ausweitung von umfassenden (Arbeits-)Kampfmitteln der (organisierten) Arbeitnehmer_innen, wie dem politischen Streik, kann die skizzierte Entwicklung zwar nicht aufheben, trägt aber dazu bei, den politischen

und wirtschaftlichen Entscheidungsträger_innen handlungsfähig entgegenzutreten. Außerdem führen (politische) Streiks, wie beispielsweise in Berlin im Frühjahr 2013, Stück für Stück zu größeren Erfolgen der Gewerkschaften und somit können die Mitgliedergewinnung und die Mitgliederbindung der Gewerkschaften nachhaltig verbessert werden.

(Streik-) Recht ist immer Ausdruck von wirtschaftlicher und politischer Macht und Kernaufgabe auch einer (Bildungs-) Gewerkschaft. Streikrechte sind elementare und soziale Menschenrechte, die uns nicht ge-

schenkt werden, sondern die erkämpft werden müssen. Das zeigt sich an der Geschichte der Arbeiter_innen-Bewegung in Deutschland. Wenn wir nicht selbst für unsere Rechte eintreten, brauchen wir nicht auf deren Verbesserung zu hoffen.

Lasst uns gemeinsam für ein umfassendes Streikrecht kämpfen! Ein erster Schritt wäre es, den politischen Streik als Handlungsoption in unserer Satzung festzuschreiben und anschließend Schritt für Schritt das Streikrecht für alle Arbeitnehmer_innen im Bildungsbereich zu verbessern!

JUNGE GEW HAMBURG

Bundestreffen lesbischer Lehrerinnen

Vom 29.5. – 1.6.2014 findet das 21. Bundestreffen lesbischer Lehrerinnen in der Akademie Waldschlösschen in Reinhausen bei Göttingen statt.

Im Mittelpunkt werden wieder schulpolitische und für lesbische Lehrerinnen relevante Themen wie z. B. Coming Out, Umgang mit Homophobie und rechtliche Aspekte stehen.

Der europäische Austausch sowie die Kooperation mit Aufklärungsprojekten finden ihre Fortsetzung. Das Treffen bietet den Rahmen, neue Kontakte zu knüpfen und bestehende Netzwerke zu intensivieren. Alle interessierten Anwärtinnen, Lehrerinnen aller Schulformen und auch nicht mehr im Schuldienst tätige Lehrerinnen sind herzlich eingeladen.

Nähere Informationen und Anmeldung unter: www.waldschoesschen.org

Gefördert von GEW Schleswig Holstein und dem Bildungs- und Förderungswerk der GEW im DGB

Der lange Weg zur Freiheit

Zum Tod von Nelson Mandela

Eine der bedeutendsten Persönlichkeiten des 20. Jahrhunderts, Nelson Rolihlanhla Mandela, ist im Dezember 2013 im Alter von 95 Jahren in Johannesburg gestorben. Die Bedeutung Madibas, wie er in Südafrika stets unter Rückgriff auf seinen Stammesnamen genannt wurde, ist nicht nur an der Anwesenheit von mehr als 100 Staats- und Regierungschefs bei der Trauerfeier in Johannesburg absehbar, nie zuvor waren so viele hohe Staatsgäste bei einer Trauerfeier weltweit versammelt.

Mandela ist in eine Reihe zu stellen mit Persönlichkeiten wie Mahatma Gandhi oder Martin Luther King, obwohl er anders als sie nicht nur gewaltfreien Widerstand gegen Rassismus, Kolonialherrschaft und Apartheid gepredigt hat.

Viele Vertreter westlicher Regierungen, die ihn jetzt gefeiert haben, wollen gern vergessen, dass Nelson Mandela noch vor wenigen Jahren als „Terrorist“ von ihnen bekämpft wurde. In den USA wurden er und sein ANC erst zu seinem 90. Geburtstag, im Jahre 2008, von der internationalen Liste der gefährlichsten Terroristen und Terrororganisationen gestrichen. Es darf nicht vergessen werden, dass die Bundesrepublik Deutschland und die USA – um nur einige zu nennen – trotz Antipartheidspolitik der Vereinten Nationen gute Geschäfte mit dem Regime gemacht haben. Auch deutsche Konzerne, z.B. in der Automobilbranche, nutzten den Produktionsstandort Südafrika während der Apartheidszeit für lukrative Geschäfte. Noch im Jahr 1985 investierten beispielsweise bundesdeutsche Unternehmen rund

138 Millionen D-Mark in das Land, in dem Rassentrennung herrschte. Der größte Teil dieser Summe wurde durch die Bonner Bundesregierung über staatliche Hermes-Bürgschaften abgesichert. Zum 70. Geburtstag von Nelson Mandela, der da schon seit 25 Jahren im Gefängnis auf Robben Island saß, gab es 1988 ein Konzert in dem Londoner Wembley-Stadion mit internationalen Stars, das in 67 Länder übertragen wurde und mehr als 600 Millionen Zuschauer_innen hatte. Der bayerische Rundfunk klinkte sich aus dieser Übertragung der ARD aus politischen Gründen aus.

Mandela war eine Ikone der Freiheitsbewegung und des Kampfes gegen Rassismus, Apartheid und Unterdrückung in aller Welt – aber überwiegend für diejenigen, die sich auch in ihren Heimatländern für eine gerechtere Gesellschaft stark machten – nicht bei den Regierungen.

Den im Juli 1918 in den ländlichen Weiten der Transkei geborenen Jungen nannte sein Vater Rolihlahla – der »Unruhestifter«. Seinen Vornamen Nelson erhielt er später von seiner Lehrerin, ein beredtes Beispiel für den Rassismus, unter dem Mandela groß wurde: Wie selbstverständlich gaben die weißen Lehrer_innen ihren schwarzen Schüler_innen solche Namen, weil sie ihre wirklichen Namen nicht aussprechen und behalten konnten.

Sein Urgroßvater war König der Thembu-Dynastie des Xhosa-Volkes, sein Vater Häuptling in Mvezo, ein Dorf im ärmlichen Ost-Kap. Mit 16 Jahren wurde er von seinem Stamm als Erwachsener aufgenommen.

Später nahm Mandela ein Studium an der einzigen höheren Bildungsstätte für Schwarze – dem College in Fort Hare – auf. In Johannesburg begann er sein Jura-Studium. Während der Zeit an der dortigen Universität Witwatersrand lernte er den Antipartheidskämpfer Joe Slovo kennen und arbeitete in einer Gemeinschaftskanzlei mit Oliver Tambo, dem späteren langjährigen Präsidenten des African National Congress (ANC), zusammen.

1944 trat er dem ANC bei und gründete im selben Jahr u.a. mit Walter Sisulu und Oliver Tambo die ANC Youth League, deren Präsident er 1951 wurde. Die Aktivitäten der Widerstandsbewegung richteten sich gegen die rassistische Politik der südafrikanischen National Party, der nur weiße Südafrikaner, »Afrikaner« oder »Buren«, angehörten.

Anfänglich sprach sich Mandela, beeinflusst von Mahatma Gandhi, für Gewaltverzicht aus. Doch das rassistische Regime schreckte nicht davor zurück, auf unbewaffnete Demonstranten schießen zu lassen. So wurden 1960 beim Massaker von Sharpeville 69 Farbige getötet. In der Folge radikalisierte sich der Widerstandskampf – vielen reichten Demonstrationen und Streiks gegen die Unterdrücker nicht mehr aus.

Mandela gehörte zu den Gründungsmitgliedern des Umkhonto we Sizwe, des »Speers der Nation«, dem militärischen Arm des ANC. 1962 wurde er als »Terrorist«, zusammen mit anderen ANC-Führern, verhaftet. In seiner Verteidigungsrede im Rivonia-Prozess in Pretoria 1964

betonte er – mit der Todesstrafe bedroht – in seinem Schlussplädoyer: »Mein Leben lang habe ich mich diesem Kampf des afrikanischen Volkes gewidmet. Ich habe gegen weiße Vorherrschaft gekämpft und ich habe gegen schwarze Vorherrschaft gekämpft. Ich habe das Ideal einer demokratischen und freien Gesellschaft hochgehalten, in der alle Menschen in Harmonie und mit gleichen Möglichkeiten zusammenleben. Es ist ein Ideal, für das ich zu leben und das ich zu erreichen hoffe. Doch wenn es sein soll, so bin ich für dies Ideal auch zu sterben bereit.« (Nelson Mandela: Der lange Weg zur Freiheit, Frankfurt am Main 1997, S. 496)

Am 12. Juni 1964 wurde er nach achtmonatiger Verhandlung zusammen mit sieben seiner Mitstreiter zu lebenslanger Haft wegen Sabotage und der Organisation des bewaffneten Kampfes verurteilt. Sie wurden auf der Gefängnisinsel Robben Island, vor Kapstadt im Atlantischen Ozean gelegen, eingekerkert, mit Ausnahme von Denis Goldberg, der als weißer ANC-Kämpfer in Pretoria blieb: Apartheid auch im Strafvollzug. Der Freiheitskämpfer lehnte in den darauffolgenden Jahren mehrmals das Angebot einer Freilassung ab. Er war nicht bereit, die damit verbundene Bedingung zu akzeptieren, dass der ANC auf den bewaffneten Kampf verzichten solle.

Weltweit war die Forderung »Free Nelson Mandela« und nach Freilassung aller politischen Gefangenen in Südafrika in aller Munde.

Seine Haftentlassung nach 27 Jahren Anfang 1990 war nicht nur ein Triumph weltweiter internationaler Solidarität, sondern auch Folge des Endes der Systemkonkurrenz zwischen Kapitalismus und Kommunismus und damit der wachsenden Isolation der Apartheid-Regie-

rung, die durch zunehmende wirtschaftliche Sanktionen weiter geschwächt wurde und der wachsenden Stärke der Befreiungsbewegung und ihre Unterstützung in Südafrika, Angola und Namibia.

Schon vor seiner Freilassung hatte Mandela Kontakte zur wei-

sen Partei Südafrikas (KPSA) und dem Gewerkschaftsdachverband (COSATU).

Trotz großer sozialpolitischer Erfolge seit dem Ende der Apartheid – Millionen von Häusern wurden gebaut, Schulen für alle schossen aus dem Boden, Strom- und Wasserversorgung der armen townships wurde entwickelt – sind die sozialen Gegensätze im heutigen Südafrika immens. Die Nachfolger Mandelas, zuerst Tabo Mbeki und heute Jacob Zuma, ehemalige Mitstreiter im Untergrund, verspielten einen Teil des Vertrauensvorsusses, den der ANC in der schwarzen Bevölkerung erworben hatte.

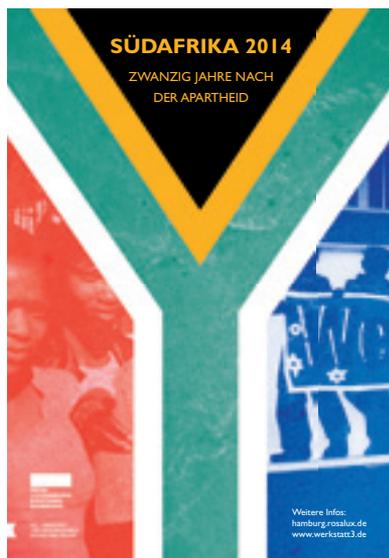
In ihrer Trauer um den außergewöhnlichen Staatsmann ist die Regenbogennation wieder vereint.

Mandela war nicht nur eine bedeutende Persönlichkeit. Er war ein Symbol des Kampfes der schwarzen Bevölkerung für Freiheit, Gleichberechtigung und gegen Rassentrennung.

Sein Name steht für die Überwindung der Apartheid. Zu seinen größten Verdiensten zählt, dass Südafrika den friedlichen Übergang von einer menschenverachtenden, rassistischen Minderheitenherrschaft hin zur Demokratie friedlich vollbracht hat. Er hat das Land versöhnt, so dass heute ein friedliches Nebeneinander von Weißen, Schwarzen und Farbigen in Südafrika möglich ist, trotz aller immer noch vorhandenen Gegensätze, auch was die Einkommens- und Wohlstandverteilung (nicht nur) zwischen schwarz und weiß im Jahre 2014 betrifft.

Das ist das eigentliche Wunder der Entwicklung des demokratischen Südafrika unter Nelson Mandela: Er hat die Versöhnung gelebt. Für ihn stand fest: »Wer Hass verspürt, kann nicht frei sein.«

KLAUS BULLAN



Veranstaltungen zum Thema siehe: rosa-luxemburg-stiftung-Hamburg; www.rls-hamburg.de

ßen Minderheitsregierung. Danach verhandelten Mandela und Vertreter des wieder legalisierten ANC vier Jahre lang mit der weißen Minderheit über einen politischen Kompromiss.

Der Afrikanische Nationalkongress errang in den ersten freien Wahlen des Landes im April 1994 einen überwältigenden Wahlsieg. Der Widerstandskämpfer Nelson Mandela wurde erster schwarzer Präsident. Seine Wahl zum Staatsherrn markierte das Ende von knapp 350 Jahren Kolonialherrschaft und fast einem halben Jahrhundert Apartheid.

Die Armut zu bekämpfen war nach der Wahl oberstes Ziel der ersten südafrikanischen Regierung unter Führung des ANC mit Unterstützung der kommunisti-

Rollback

Zum Gedenken an den ersten Weltkrieg, dessen Ausbruch sich in diesem Jahr zum 100. Mal jährt, wird der Markt überschwemmt von Publikationen, die die alleinige deutsche Kriegsschuld in Zweifel ziehen. Die Debatte hierum sollte gerade vor den Schulen nicht Halt machen.



Im Erinnerungsjahr 2014 wärmt die Geschichtsschreibung die alte These auf, alle Mächte wären 1914, ohne dies eigentlich zu wollen, irgendwie in die Katastrophe hineingeschlittert. Weiter noch: Es wird die Verantwortung nicht mehr in erster Linie der deutschen Politik, sondern der Kriegsbereitschaft anderer Staaten wie Serbien, Russland und Frankreich zugeschrieben. Besonders günstig ist, dass diese These auch und besonders wirkungsvoll von dem britisch-australischen Historiker *Christopher Clark* verkündet wird (*Die Schlafwandler: Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog*), dem Nationalismus nicht vorgehalten werden kann.

In den überregionalen Zeitschriften werden Autoren entsprechender Bücher überschwänglich gefeiert. In Fernsehsendungen wird gefordert – nicht nur von Guido Knopp –, die Schulgeschichtsbücher müssten in diesem Sinne neu geschrieben werden.

Nun wird mancher denken, man solle die Hunde bellen lassen, die Karawane ziehe weiter. Das Geschrei sei ohne größere Bedeutung. Diese Sicht erweist sich dann als problematisch,

wenn ausgeklammert wird, welchen Nutzen Vertreter der 'neuen' Kriegsschuld-These aus ihren Lehren ziehen wollen. Sie schreiben frech und unumwunden, nun könne Deutschland endlich wieder die ihm zukommende dominierende Rolle in Europa spielen. Solange es hieß, Deutschland wäre gleichermaßen am Ersten Weltkrieg schuld gewesen, habe die deutsche Politik sich zurückhalten müssen. Eine deutsche Führungsrolle sei für das übrige Europa inakzeptabel gewesen. Damit sei es endlich vorbei, dies gelte gleichermaßen in der Wirtschafts-, Finanz- und der Militärpolitik.

Besorgniserregend ist dabei vor allem, dass Deutschland unter dem Tarnmantel einer „internationalen Verantwortung“ militärisch stärker hervortreten und intervenieren soll.

Als der damalige Bundespräsident Köhler im Mai 2010 nach einem Besuch in Afghanistan ohne die damals eigentlich noch erforderliche Zurückhaltung für die deutsche Politik offen formulierte, im Fall der Fälle wäre auch „militärischer Einsatz notwendig ... , um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege,“ das bedeu-

te „Handel, Arbeitsplätze und Einkommen“ zu erhalten, fand er zumindest öffentlich bei jenen, mit denen er hinter den Kulissen solche Thesen diskutiert hatte, keinen Rückhalt. Damals schadete dergleichen noch beim Bürger. Nun gewöhnt man sich langsam aber stetig daran, auch militärische „Verantwortung“ zu übernehmen. Zuständig dafür sind neben gewissen Medien vorgeblich unabhängige Stiftungen. Solche Lobbygruppen werden dann ‚Think Tanks‘ genannt, wie die z. B. in der Tagesschau oft zitierte „Stiftung Wissenschaft und Politik“. Diese verkünden landauf landab, als Handels- und Exportnation sei Deutschland existenziell abhängig vom Austausch mit anderen Gesellschaften und dem ungehinderten Zugang zu internationalen Handelswegen und Rohstoffen. Deshalb gelte es, eine maritime Strategie und schließlich ein aktives, auch militärisches Krisenmanagement in der europäischen Peripherie und in Übersee zu entwickeln.

Damit schließt sich der Kreis zwischen 1914 und 2014. Eine maritime Strategie („Seegelung“) und militärische Planungen für Notfälle – das hatten wir bereits mehrfach.

Der Versuch, die Geschichte an dieser Position umzudeuten, um die deutsche Stellung in der Welt neu zu positionieren, sollte in den Schulen nicht ohne Diskussion bleiben.

JÖRG BERLIN

Was wir vorhaben

Die Redaktion hat sich entschlossen bis zum Sommer in loser Folge, Beiträge zum Thema Erster Weltkrieg zu veröffentlichen. Wir hoffen auf viele Zuschriften.

PÄDAGOGISCHE REFORM

ZUGLEICH ZEITSCHRIFT DER HAMBURGER LEHRMITTEL-AUSSTELLUNG
HERAUSGEGEBEN VOM VORSTANDE DER GARANTEN DER PÄDAGOG. REFORM

ERSCHEINT JEDEN MITTWOCH
UND IST DURCH ALLE BUCHHÄND-
LUNGEN UND DIE POST ZU BEZIEHEN.
IN HAMBURG-DONA NIMMT AUCH
DER VERLAG BESTELLUNGEN ENTGEGEN.

VERANTW. REDAKTEUR
W. PAULSEN
HAMBURG-FUHLSBÜTTEL
FARNSTR. 54.

BEZUGSPREIS 2,10 M. DAS VIERTEL-
JAHR ANZEIGEN (PETITZEILE 95 PR)
NEMMEN ALLE ANZEIGEN-ANNAHME-
STELLEN UND DER VERLAG ENT-
GEGEN.

VERLAG U. VERAND: WILHELM SENGER, HAMBURG 36 ROTHENBAUMCHAUSSÉE 15. CURIOHAUS, TEL. GR. 5. 4415

38. JAHRGANG

HAMBURG, MITTWOCH, DEN 12. AUGUST 1914

NO. 32

An die Lehrerschaft Hamburgs.

Kollegen und Kolleginnen! In der schicksalsschweren Zeit, die über Deutschland hereingebrochen ist, wird die hamburgische Lehrerschaft wie ein Mann zusammenstehen und ihre ganze Kraft dem schwer bedrohten Vaterlande zur Verfügung stellen. Zahlreiche Kollegen sind, von unserem Segenswünschen begleitet, ins Feld gezogen, viele werden ihnen noch folgen. Alle aber, denen es nicht vergönnt ist, das Vaterland mit den Waffen zu verteidigen, werden hier ihre Pflicht tun. In erster Linie wollen wir uns wie bisher unserer Jugend widmen. Aber wir wollen und müssen mehr tun. Wir wollen in unserer schulfreien Zeit Not lindern und Hilfe leisten, wo man uns braucht. Viele Kollegen und Kolleginnen sind bereits in voller Tätigkeit. Um die sehr naheliegende Gefahr einer Zerspaltung unserer Kräfte zu vermeiden, hat sich unter dem Vorsitz des unterzeichneten Proponenten der Gesellschaft ein Hilfsausschuß der Hamburger Lehrerschaft gebildet. In ihm ist die gesamte Lehrerschaft vereinigt und geeint. Wir kennen jetzt keine Meinungsverschiedenheiten. Wir haben alle nur einen Gedanken und einen Willen: Alle unsere Kräfte dem Dienste des Vaterlandes zu weihen! Wir haben die Hilfsarbeit der Lehrerschaft der Hamburgischen Kriegshilfe angeschlossen und werden dieser die Kräfte für die einzelnen Bezirke und die verschiedenen Zweige der Hilfstätigkeit zuweisen. So werden alle Bezirke gleichmäßig versorgt werden. Anfang September werden wir eine Geldsammlung veranstalten und den Ertrag als erste Spende der Lehrerschaft der Kriegshilfe überweisen. — Alle Zuschriften sind zu richten an die Geschäftsstelle der Gesellschaft, Curio-Haus, Hamburg 36, Rothenbaumchaussee 15, I. Die Beförderung der Briefe erfolgt durch das Bureau der Oberschulbehörde, die auch in unserm Hilfsausschuß vertreten ist.

Lehrer und Lehrerinnen Hamburgs, eilt zur Tat.

Der Hilfsausschuß der Hamburger Lehrerschaft.
I. A.: Johs. Paulsen.

Krieg und „Pädagogische Reform“

Im Vorläufer der HLZ fehlen 1914 kriegskritische Beiträge

Bis zum Kriegsausbruch Anfang August 1914 ist von drohendem Krieg und kritischen Stimmen in der *Pädagogischen Reform* (PR) nichts zu lesen. Beängstigend totgeschwiegen wird die Angelegenheit im Vergleich zu vorliegenden Zeitungsartikeln und Aufrufen dieser Zeit, etwa dem auf S. 51 dokumentierten *Protest der Friedensgesellschaft gegen den Krieg* (Kriegskritische Beiträge der PR gibt es dagegen in Jg. 1913, etwa „Nationale Raserei“, vgl. S. 51).

Meines Erachtens bekleckert sich die PR da nicht mit

Ruhm. Die Erklärung kommt dann eigentlich in den beiden Ausgaben unmittelbar nach Kriegsausbruch. Am 5. August 1914 (Heft 31) wird auf der ersten Seite in einer Stellungnahme der Redaktion um Verständnis der Abonnent_innen gebeten, dass man nun zusammenstehen müsse und aufgrund des Krieges nur schmalere Ausgaben erscheinen.

Die zweite Ausgabe nach Kriegsbeginn wird am 12. August 1914 (Heft 32) mit einer Erklärung *An die Lehrerschaft Hamburgs* eröffnet. Daraus geht hervor, dass die Redakti-

on übereingekommen ist, keine kritischen Beiträge gegenüber dem Krieg abzdrukken. Es lohnt sich sehr, diese Einschwörung der Lehrerschaft im Original zu lesen (siehe oben). Bei der PR hatte man sich offensichtlich geeinigt, als gute Staatsdiener geschlossen eine Einheit zu bilden und Staat und Kaiser nicht in den Rücken zu fallen.

Bis Ende 1914 konnte ich beim Durchblättern keinen wirklich kritischen Beitrag finden; letztendlich stellt kein Beitrag den Krieg wirklich in Frage. Vielmehr wird vor allem dem Ausland, insbesondere Russ-



land, Schuld an allem gegeben. Oder es handelt sich um Auseinandersetzungen deutscher „Gelehrter“ darüber, ob nicht auf von englischen Universitäten verliehene Würden und Ehren zu verzichten sei.

In anderen Beiträgen wird schwadroniert, dass dies kein Krieg der Herrschenden, sondern ein Krieg des Volkes sei

etc. etc. (z. B. Johann Gottlieb Fichte: „Volkskrieg“, in: Heft 36, S. 458). Interessant sind die bunt schillernden Lobhudeleien auf das deutsche Volkslied und seine moralisch erbauende Wirkung auf den deutschen Soldaten („Kunstpflge und Volkskraft. Eine Kriegsbetrachtung“, in: Heft 39) oder auch die „Zehn Gebote der Kriegspädagogik“ (Heft 38, Seite 468; siehe unten)! Von (aus heutigem Blickwinkel) frauenverachtenden Kommentaren der Herren

Pädagogen, die permanent eingeflochten sind, mal ganz zu schweigen...

Eigentlich habe ich in der PR ab Juli 1914 nur einen Feuilleton-Beitrag gefunden, der beim schnellen Lesen etwas kritisch wirkt (Heft 38, Seite 468) - aber vielleicht war er noch nicht mal kritisch gemeint?!

Kurz: In der PR finden wir auf jeden Fall kriegstreibende, vaterländische oder «Das-Beste-daraus-machende»-Beiträge.

ANTJE LIENING

Pädagogische Reform (1877-1921) im Internet unter: <http://goobiweb.bbf.dipf.de>

Zehn Gebote der Kriegspädagogik.

Theobald Ziegler stellt in der „Frankfurter Zeitung“ folgende zehn Gebote der Kriegspädagogik auf:

„1. Du sollst auf Zucht und Ordnung sehen unter deinen Schülern und sie nach wir vor anhalten zu pflichtmäßiger Erfüllung dessen, was ihnen obliegt. Denn du bist deinem Volk heute mehr als je verantwortlich für die nächste Generation. Aber darum sei doch kein Schultyrann, heute weniger als je, und verstehe die Kunst, gelegentlich auch fünf gerade sein zu lassen. Und gib ihnen nicht viel auf: sie müssen ja täglich die Zeitung lesen.

2. Du sollst den Krieg nicht zum Amüsement werden lassen für die Schulljugend; denn er ist eine gar ernste Sache. Darum feiere nicht jeden Sieg durch einen schulfreien Tag.

3. Du sollst deine Schüler zu Staatsbürgern erziehen. Du hast jetzt die beste Gelegenheit dazu, denn der Krieg ist ein staatsbürgerlicher Erzieher allerersten Ranges.

4. Du sollst noch interessanter unterrichten, als es sonst schon deine Pflicht war; denn die Gedanken der Schüler gehen jetzt gar zu leicht ihre eigenen Wege. Deshalb setze allen Unterricht in Beziehung zu den Ereignissen des Tages und der Stunde.

5. Du sollst noch mehr als bisher jede Stunde zu einer deutschen Stunde machen und deine Schüler lehren den Stil des Generalquartiermeisters v. Stein. Das kannst du auch im Lateinischen tun und in der Mathematik.

6. Du sollst im deutschen Unterricht Schüler lesen, soviel du kannst und magst; denn er ist

doch der männlichste unter unseren Dichtern; und Ästhetem zu erziehen, hat vorläufig keinen Wert mehr.

7. Du sollst im Geschichtsunterricht viel von Schlachten reden und dich freuen, daß du es wieder tun darfst unbeschrieben; deine Jungen interessieren sich dafür und können sie in den Pausen gleich umsetzen in die Praxis; das tut ihnen gut.

8. Du sollst dich nicht ängstlich kümmern um Lehr- und um Stundenplan. Ist dir vorgeschrieben, von Hinterindien zu reden, so mache ruhig eine Kriegsstunde daraus und führe deine Tertianer den Weg von Metz nach Paris oder zu den Masurischen Seen. Auch in den Schulbehörden sitzen ja keine Unmenschen, sondern vernünftige und patriotische Männer.

9. Du sollst dir überlegen, ob nicht wirklich ein Unterschied ist zwischen Mann und Frau und zwischen dem Heldentum des Mannes und dem Heldentum der Frau; deshalb darfst du dir die Frage der Koeduktion wohl wieder zum Problem werden lassen, auch wenn du schon Geheimer Studienrat bist. Denn wir brauchen männliche Männer und wir brauchen frauliche Frauen, und jeder Teil hat seine besondere Aufgabe im Krieg.

10. Du sollst dich freuen, daß es aus ist mit dem Jahrhundert des Kindes; denn das war ein ganz törichtes Schlagwort. Unsere Heerführer sind Männer zwischen 50 und 70 Jahren, und auch die rührenden Knaben, die als die Jüngsten so todesmutig hinausziehen ins Feld, werden als ernste Männer heimkehren von ihrer schweren Männerarbeit und auch der Zeit nachher ihren Stempel ausdrücken.“

Hamburger Echo.

Ein Protest der Friedensgesellschaft gegen den Krieg.

Die Hamburger Ortsgruppe der deutschen Friedensgesellschaft hat folgenden Protest gegen die Provokation der österreichischen Regierung erlassen:

Im Namen der Menschlichkeit

!Wieder sind die ehernen Würfel gefallen! In wenigen Tagen wird es von neuem beginnen, das maschinenmäßige Abschlachten und Verstümmeln von Tausenden junger Männer, die an dem Zwist der Regierungen unschuldig sind, das Niederbrennen von Dörfern und Städten; es werden Mord und Vergewaltigung, Hunger und Seuchen und tausendfaches Elend über eine friedliche Bevölkerung kommen, damit die Schuld einiger fanatischer Verbrecher und Hetzer gesühnt werde!

Um ihretwillen wird die Gefahr eines Weltkrieges herauf-

beschworen, dessen entsetzliche Folgen niemand übersehen kann. Wir erheben flammenden Protest gegen die Urheber dieses Krieges und beschwören die deutsche Reichsregierung, dass sie alles ihr Mögliche tue, damit der Krieg zwischen Oesterreich und Serbien lokalisiert bleibe und schleunigst beendet werde.

Wir protestieren auch mit aller Entschiedenheit gegen die frivolen und aufreizenden Auslassungen einiger Zeitungen, die behaupten, dass der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Oesterreich und Serbien vom deutschen Volke mit dem Gefühl der Befreiung von einem

unerträglichen Druck aufgenommen worden sei und gegen das chauvinistische Treiben einer kleinen durch eine hetzerische Presse fanatisierten Minderheit, und wir konstatieren, dass die übergroße Mehrheit des deutschen Volkes mit uns den Krieg verabscheut. Im Namen der gesitteten Menschheit, die den Krieg verdammt, im Namen der ungezählten Tausende, die vom Schwert dahingerafft werden sollen, im Namen ihrer Frauen und Kinder erklären wir mit aller Entschiedenheit:

Wir wollen keinen Krieg!

Quelle: *Hamburger Echo* Nr. 176
v. 31.7.1914

Nationale Raserei. Es hat sich in unserm öffentlichen politischen Leben ein Begriff des „Nationalen“ eingebürgert, der nachgerade zu einer öffentlichen Gefahr wird. Wir werfen jenem Begriff nicht etwa vor, daß er das Wesen des deutschen Volkes mit besonderer Liebe umfaßt — das tun wir selber auch und bedauern jeden Deutschen, der in diesem Punkte kalten Herzens ist. Was wir ihm aber vorwerfen, ist, daß er seine besondere Auffassung nicht mit Gründen, sondern mit terroristischen Mitteln zur allein herrschenden machen will. Wir würden ihn seinem sachlichen Inhalt nach gern bestehen lassen, wenn er nur den andern Deutschen die Freiheit lassen würde, ihre nationale Meinung mit guten Gründen zu vertreten und den Gründen gemäß zu handeln, aber gerade das fällt ihm nicht ein.

Er ist in der Form seines Auftretens insofern barbarisch, als er jede andere nationale Auffassung unterdrücken möchte. Und was ist sein Inhalt? Ein Evangelium

der geballten Faust und der rücksichtslosen Unterdrückung. National sein heißt gewalttätig sein. — Das ist der Satz, auf den er sich so ziemlich restlos zurückführen läßt.

Nun wollen wir über diese Auffassung gern mit ihm diskutieren, aber — und hier trifft ihn der vernichtende Vorwurf — eine Diskussion läßt er nicht zu. Wenn in der deutschen Intelligenz jemand nicht kuschen will, ist er antinational und ein Helfershelfer des Auslands. Auch wenn er zehnmal gerade aus nationalen Gründen zu seiner Auffassung gekommen ist. . . Die „bewußt Nationalen“ gestatten gar nicht erst die Untersuchung, ob die Gewalttätigkeit in einem besonderen Fall nicht vielleicht dumm sei; sie strecken den Fremden wie den eignen Landsleuten immer die geballte Faust entgegen. Das ist aber nicht mehr nationale Gesinnung, sondern nationale Raserei. Und jede Raserei ist schädlich.

(Aus dem Juliheft des „Türmers“.)

Umbau der Bundeswehr zur Interventionsarmee



Hartmut Ring vom Friedensausschuss der GEW HH hat in der hlz 12/13 zum Streitgespräch über Friedenspolitik, DGB und Bundeswehr aufgefordert. Hier der erste und hoffentlich nicht letzte Beitrag

Sicher sind sich die Damen und Herren nicht. Die Homepage des DGB gähnt vor politischer Leere und Intransparenz: „Ein gutes und nachdenkliches Gespräch“ mit dem Verteidigungsminister sei es gewesen, sagte der DGB-Vorsitzende Michael Sommer. Man werde eine gemeinsame Erklärung von Bundeswehr und Gewerkschaften erarbeiten, kündigten Sommer und de Maizière nach dem Gespräch mit den Spitzenvertretern der DGB-Gewerkschaften an.

Fast 70 Jahre nach dem 2. Weltkrieg erklären Gewerkschaftsfunktionäre inhaltlich verdeckt, aber in offener Form ihren Schulterschluss mit dem Militär. Sie bekennen ihre Abkehr vom Ziel der Gründungssatzung des Jahres 1949: „Bekämpfung von nationalistischen und militaristischen Einflüssen“ und übergehen die seit 2010 gültige Satzung des DGB:

„Der Bund und die in ihm vereinigten Gewerkschaften ... treten für eine allgemeine und weltweite kontrollierte Abrüstung, für die Verwirklichung und Erhaltung des Friedens und der Freiheit im Geiste der Völkerverständigung ein.“

Der Umbau der Bundeswehr von einer immerhin behaupteten Verteidigungsarmee zur Interventionsarmee, also zur Angriffsarmee, findet Zuspruch bei Sommer und anderen.

Aufmerksame Beobachter ha-

ben die Kehrtwendung im DGB-Führungskreis längst registriert. Die pflichtgemäßen „Antikriegsaufrufe“ zum 1. September sprachen bereits seit längerem eine andere Sprache als die einer friedentiftenden Politik. Hier ein Beispiel aus dem Jahr 2009:



„Die alte Forderung der Friedensbewegung ist unverändert aktuell: Frieden schaffen ohne Waffen! Denn die Gefahr durch die Verbreitung von Atomwaffen ist größer denn je. Atomwaffen in der Hand von Diktatoren oder undemokratischen Regimen sind genauso eine neue Qualität der Bedrohung wie Atomwaffen in Terroristenhänden. Die Menschheit muss sich endlich von der Geißel der Atomwaffen befreien. Wir fordern die künf-

tige Bundesregierung auf, sich nachdrücklich für den Abzug der verbliebenen Atomwaffen aus Deutschland einzusetzen. Das wäre ein wichtiges Signal auch zur Unterstützung für Präsident Obama und seine Initiative für eine atomwaffenfreie Welt.“

Der Fundamentalsatz „Frieden schaffen ohne Waffen“ wird systematisch fehlinterpretiert, aus den Waffenarten wird eine, die Atomwaffe, herausgegriffen und schließlich werden nur noch Atomwaffen in der Hand von Diktatoren oder undemokratischen Regimen und in Terroristenhänden inkriminiert.

Der Schlussgedanke formuliert überraschend die gute Forderung nach Abzug der US-Atomwaffen von deutschem Boden, garniert ihn aber mit einem Kotau vor dem Welthegemon USA, mit dem die Frage nach dem Souveränitätsmangel in diesen Fragen ungedacht bleibt.

Der Abzug, nicht auch die Vernichtung der Atomwaffen, wurde gefordert.

Damit aber sind alle Waffen Deutschlands und der Großmächte, Angriffswaffen und Massenvernichtungswaffen, einschließlich Atomwaffen, indirekt durch den DGB legitimiert.

Ich erinnere mich noch sehr gut an einen anderen Aufruf jener Zeit, der im AK Frieden des DGB in HH diskutiert worden war. Er glänzte durch Schmugelworte: Frieden schaffen nicht

nur mit Waffen. Das ist eine andere Formulierung für die „zivil-militärische Zusammenarbeit“, mit der die deutsch-europäische Politik uns glauben machen will, dass sie ein viel erfolgreicherer Gewalt-Konzept verfolge als die USA.

Zum Antikriegstag 2010 ließ das Referat des DGB für Grundsatzangelegenheiten und Gesellschaftspolitik verlauten:

„Wir fordern Regierung und Parteien auf, den Umbau der Bundeswehr zur weltweit aktiven Interventionsarmee zu stoppen und an der Wehrpflicht festzuhalten. Sie ist die Voraussetzung dafür, dass das Leitbild des „Staatsbürgers in Uniform“ erhalten werden kann. Eine faktische Abschaffung der Wehrpflicht ohne breite gesellschaftliche Debatte lehnen wir entschieden ab.“

Auch hier die gleiche Methode: Man nehme gewerkschaftlich akzeptierte Grundsätze, verstolpere sich mit logischen Brüchen und gelange unversehens zum gewünschten Gegenteil.

Der Erhalt des Leitbilds setzt den Erhalt des Uniformträgers voraus und eben keine Abrüstung. Im Fall einer „breiten gesellschaftlichen Debatte“, so die Logik, lehnen wir den Umbau nicht entschieden ab. Wo blieb diese breite Debatte in den Gewerkschaften und in ihren Zeitungen?

Hartmut Ring vom Friedensausschuss der GEW stieß sie dankenswerterweise an.

Von deutschem Boden in alle Welt?

Noch 1995 beschwor Rita Süßmuth den defensiven Charakter des Heeres:

Willy Brandt hat oft gesagt, von deutschem Boden dürfe nie wieder Krieg ausgehen. Dieser Satz gilt, und er steht vor dem Hintergrund der deutschen und europäischen Geschichte dieses Jahrhunderts.

Das waren noch Zeiten, als

auch CDU-Abgeordnete Willy Brandts Friedenswillen würdigen!

Das Grundgesetz und die Bundeswehr entstanden unter der Aufsicht der Siegermächte. Das GG forderte einen defensiven Charakter. Aber schon bald wurde gemeinsam mit den Siegermächten über eine „Vorne-Verteidigung“ u.ä. philosophiert.

Nach 1989 wurde zwar nicht alles anders, dennoch findet seither eine strategische Neuausrichtung statt. Die ausdrückliche Umwandlung der Bundeswehr in eine Interventionsarmee begann unmittelbar nach der Revolution in der Sowjetunion, nach dem sogenannten „Kalten Krieg“.

Allerdings zeigte sich in den Jugoslawienkriegen (1991 – 2001), dass die vor 1989 gewählte Bewaffnung nicht strikt defensiv war, sondern auch aggressiv gegen ein Land verwendet werden konnte, das weder Deutschland noch ein NATO-Land angegriffen hatte.

1991: Im Rahmen der NATO-Unterstützung der Türkei während der Golfkrise und des anschließenden Golfkriegs („Operation Desert Storm“) erhält das Flugabwehrraketengeschwader 36 den Auftrag, in Teilen zum Schutz des Allied

Mobile Force-Kontingents (Aliierter Mobiler Streitkräfteverband – AMF) auf den Einsatz-Fliegerhorst Diyarbakir in der Türkei zu verlegen.

Anschließend fand eine Minenräumaktion der Deutschen Marine nach dem Zweiten Golfkrieg im persischen Golf statt.

1992: Im Zuge der strategischen Neuausrichtung der Bundeswehr, in der sie sich nach der Wiedervereinigung und dem Ende des Kalten Krieges befand, befürwortete auch der damalige Generalinspekteur der Bundeswehr, General Klaus Naumann, den Einsatz.

2013: Tobias Pflüger, parteiloser Ex-EU-Abgeordneter der LINKEN: „Heute am 1. September 2013 befinden sich 5.719 Soldaten im Auslandseinsatz.“ Die Bundeswehr selbst schreibt auf ihrer Homepage: „Von der Armee zur Landesverteidigung im Kalten Krieg ist die Bundeswehr zu einer Armee für internationale Einsätze weltweit geworden. Das mögliche Spektrum reicht von der humanitären Hilfe nach Naturkatastrophen über Stabilisierungsoperationen in Krisengebieten bis zum hochintensiven Gefecht.“

Foto: Stefan Gierlich



Endgültiger Waffenstillstand - Kanonen ins Museum



Verschläft der DGB seine eigenen friedenspolitischen Zielsetzungen?

Von der Landesverteidigung zur "Sicherheitsstrategie"

Ex-Bundespräsident Köhler hatte sich verplappert. Als geschäftsführender Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF) von 2000 bis 2004 kannte er sich aus: Kriege werden aus wirtschaftlichen Gründen geführt.

In seinem berühmten Interview für das Deutschlandradio im Mai 2010 verließ er – nach einem Besuch in Afghanistan – die gewohnten Verschleierungsrhetoriken und sagte, dass im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege. Und auch, um regionale Instabilitäten zu verhindern.

Er trat zurück, weil ihm die Äußerung der Wahrheit, die er ein Stück weit gelüftet hatte, heftig angekreidet worden war. Der Verteidigungsminister Guttenberg stand ihm später zur Seite: Wirtschaftsinteressen und Sicherheitspolitik könnten „in Verbindung stehen“.

Die politischen und militärischen Strategien der Bundesrepublik hatten schon einige Jahre

vorher, ohne in eine kritische Diskussion gezogen zu werden, in wichtigen, aber wenig gelesenen Dokumenten die neuen Ziele der Bundeswehr verkündet.

2003 hatte bereits der Europäische Rat in seiner Europäischen Sicherheitsstrategie darauf verwiesen, dass die „Energieabhängigkeit Europas in besonderem Maße Anlass zur Besorgnis gebe“ und der Einsatz von Instrumenten „bis hin zum militärischen Einsatz als letztem Mittel“ der Konfliktprävention und der Krisenbewältigung notwendig sein könne. 2008 hatte die CDU/CSU-Fraktion des Bundestags eine „Sicherheitsstrategie für Deutschland“ veröffentlicht, in der es heißt: „Die Herstellung von Energiesicherheit und Rohstoffversorgung kann auch den Einsatz militärischer Mittel notwendig machen, zum Beispiel zur Sicherung von anfälligen Seehandelswegen oder von Infrastruktur wie Häfen, Pipelines, Förderanlagen etc.“

Gegenwehr

Der Umbau der Bundeswehr zu einer aggressiven Interventionsarmee blieb nicht ohne Ge-

genwehr.

Dieter Deiseroth, Richter am Bundesverwaltungsgericht, Experte für Verfassungs-, Verwaltungs- und Völkerrecht, im Jahr 2009:

Der Einsatz der Bundeswehr „zur Verteidigung“ ist mithin in diesen Grenzen ausschließlich als Abwehr gegen einen „bewaffneten Angriff“ erlaubt, jedoch nicht etwa zur Verfolgung, Durchsetzung und Sicherung ökonomischer, politischer oder geostrategischer Interessen.

Der Vorsitzende des Kasseler Friedensforums, Strutynski, merkt an, dass „Kriege weder von Rohstoffen ... noch vom Klima verursacht werden, sondern dass etwas Drittes hinzukommen muss, das allen kolonialen oder imperialistischen Kriegen anhaftet: die Aussicht auf höchstmögliche Profite.“

Es wäre ein Segen und eine große Erleichterung, wenn die DGB-Spitze tatsächlich Regierungen und Parteien aufforderte, den Umbau der Bundeswehr zur weltweit aktiven Interventionsarmee zu stoppen.

PETER KLEMM

„Ich konnte niemals eine politische Reife erreichen“

(Heinrich Haselmayer, Teil 4)

Heinrich Haselmayer, Nationalsozialist der ersten Stunde, SA-Mitglied, SS-Mann, erster AStA-Vorsitzender der NS-Studentengruppe 1931 an der Uni-Hamburg, Autor einer dürftigen Dissertation über die Notwendigkeit der Sterilisation „Minderwertiger“, machte 1933 im Bildungswesen Karriere. Er stürzte ab, als er im alkoholisierten Zustand in Holland eine Rede hielt. Nach 1945 geriet er wieder in die Schlagzeilen. Bei der Entnazifizierung stellte er seine politischen Aktivitäten als Jugendsünde dar. Die Biographie eines Unverbesserlichen.



Foto: privat

Heinrich Haselmayer 1953

Entnazifizierung

Am 14. Juni 1945 wurde Heinrich Haselmayer verhaftet und in das Internierungslager Neumünster und später nach Eselheide (bei Paderborn) überführt. Die Internierung endete am 17.12.1947. Haselmayer wurde durch Zwischenbescheid der Britischen Militärregierung vorläufig in Kategorie III eingestuft. Am 29.1.1948 wurde er durch die 11. Kammer des Spruchgerichts Bielefeld von der Anklage der Zugehörigkeit zu einer verbrecherischen Organisation freigesprochen. Am 15.5.1948 konnte er sogar seine ärztliche Praxis in Bergedorf

wieder aufmachen.

Wie schwierig die Beweisführung für die Spruchgerichte war, wird an dem Bielefelder Urteil deutlich. Hatte Haselmayer sich in seiner Personalakte in einem Fragebogen vom 1.6.1934 noch seiner früheren politischen Mitgliedschaften stolz gerührt: „SA-Mann 1922/23, SS-Mann 1929/30 (Sturm Berlin), NSDAP 1927“, so vermerkt das Spruchgericht lediglich seine Parteimitgliedschaft und seine Tätigkeit von Anfang 1944 bis Mai 1945 als stellvertretender Kreisamtsleiter für Volksgesundheit. Damit war er „Angehöriger des politischen Führungskorps“.

Haselmayer bestritt vor Gericht, jemals Kenntnis von verbrecherischen Handlungen gehabt zu haben und das Gericht restümiert: „Es lässt sich seine Einlassung, dass er als Arzt völlig in seinem Beruf aufgegangen sei, und sich nur mit Problemen der Gesundheitspflege und ärztlichen Betreuung der Soldaten befasst habe, so dass er nie auf die Idee gekommen sei, sich speziell über Judenangelegenheiten Gedanken zu machen, nicht widerlegen.“ Von Judenverfolgungen hätte Haselmayer nach seinen Aussagen nie etwas mitbekom-

men. Zur Frage „der Niederhaltung politischer Gegner mittels des unmenschlichen Systems der KZs“ hatte Haselmayer natürlich auch keine Kenntnis. Haselmayer gibt an, dass er davon ausgegangen sei, nur „kriminelle Verbrecher“ nach „vorausgegangener Verurteilung“ seien in solche Lager verwiesen worden, „oder Personen, die sich staatsfeindlich betätigt“ hätten. Die Spruchkammer stellt dazu fest: „Wenngleich in Hamburg die Kenntnis darüber, dass politische Gegner der NSDAP auf Grund von Anzeigen politischer Leiter ohne gerichtliche Verfahren den KZ überantwortet wurden, weitgehend verbreitet war, so kann hieraus nicht mit Sicherheit der Schluss gezogen werden, dass auch der Angeklagte ein solches Wissen hatte.“

Der Ermittlungsbericht stellt über Haselmayer fest: „Obwohl H. ein überzeugter Nationalsozialist war, hat er nicht versucht andere Personen in üblem Sinn zu beeinflussen.“ Obskure Zeugnisse liegen vor, wie das des NS-Ärztchefs, Willy Holtzmann, selbst strammer Nazi, der über Haselmayer feststellt: „Dr. H. ist Träger des goldenen Parteiabzeichens, ist frisch und lebendig,

fast zu lebendig, ein brauchbarer Arzt, ist weltanschaulich vollkommen i.O.“ Dass man danach freigesprochen werden kann, zeigt, dass in Massenverhandlungen ohne wirkliche Unterlagen geurteilt wurde.

Heinrich Haselmayer kann eine bürgerliche private Ärztekariere starten und bemüht sich im weiteren Verfahren um die völlige Rehabilitation.

In einem Schreiben vom 9.5.1949 an den Staatskommissar für Entnazifizierungen legt er den Schwerpunkt darauf, seine politische Vergangenheit als

Jugendverirrung darzustellen. „Im Mai 1927, also in einem Alter von 20½ Jahren, bin ich als Student in die damalige NS-DAP eingetreten“. Und später: „Mag man auch heute sich auf den Standpunkt stellen, dass ich als angehender Intellektueller wissen musste, was ich tat, so muss mir doch rein zugute gehalten werden, dass ich bei dem schweren Studium niemals eine politische Reife zu dieser Zeit erreichen konnte, die mir einen klaren Blick für das politische Geschehen eröffnete. Ich gebe zu, dass ich seinerzeit in der Ver-

wirklichung der Gedankengänge des sogenannten Parteiprogramms etwas Ideales gesehen habe. Ich konnte zu dieser Zeit mich der sehr geschickten nationalsozialistischen Propaganda nicht entziehen, ohne als denkenden Menschen den Vorwurf zu machen, dass ich geistig und sozial fortschrittlich faul sei. Daraus mir heute einen Vorwurf zu machen ist leicht. Man darf aber nicht verkennen, dass gerade wir als junge Menschen seinerzeit doppelt stark den Einflüsterungen unterlegen waren.“

Das Urteil der Spruchkammer

Verhaftung führender Nazis 1953



Hamburger Abendblatt vom 16.1.1953

„Der praktische Arzt und Geburtshelfer Dr. med. Heinrich Haselmayer, 46, war gerade beim Abendessen, als es am Mittwoch vergangener Woche gegen 22.20 Uhr an seiner Wohnungstür in der Hamburg-Bergedorfer Chrysanderstraße 32 langanhaltend klingelte. Dr. Haselmayer wurde nicht mehr satt. Dem Hausmädchen, das die Tür öffnete, erklärten zwei Zivilisten, sie seien ‚alte Bekannte des Doktors‘ und hätten ihn gern gesprochen. Dem inzwischen vom ersten Stock des Einfamilienhauses herbeigeeilten Dr. Haselmayer erklärten die ‚alten Bekannten‘ jedoch, sie seien Beamte der britischen Militärregierung, hätten einen Haftbefehl gegen ihn und müssten das Haus durchsuchen.

Einer der beiden Zivilisten drehte sich daraufhin dem im Dunkel liegenden Garten zu und hob die

Hand. Im Laufschrift näherten sich 15 mit Maschinenpistolen bewaffnete Militärpolizisten. Gemesseneren Schrittes folgten ihnen ein blauuniformierter Offizier der Public Safety und ein Dolmetscher, ebenfalls Engländer. Insgesamt 18 Personen betreten das Haus und verteilten sich auf die einzelnen Räume. Um das Haus herum standen weitere zwölf bewaffnete Militärpolizisten. Mit zwei Personen- und einem Lastkraftwagen waren die Briten in der Chrysanderstraße angerückt.

In der Wohnung des Dr. Heinrich Haselmayer befanden sich außer ihm um diese Zeit noch das Hausmädchen und die vier Kinder des Arztes im Alter von 4, 9, 12 und 15 Jahren. Sie wurden von zwei Militärpolizisten geweckt, in ein Nebenzimmer verfrachtet und dort von einem Engländer bewacht. Ihnen wurde auferlegt, sich ruhig zu verhalten. Die häufigen Bedürfnisse der vierjährigen Christiane durften nur unter militärpolizeilicher Aufsicht verrichtet werden. Sobald sich die Kinder im Zimmer lauter unterhielten, als es dem wacheschiebenden Militärpolizisten recht war, rief er zur Ruhe.

Die Frau des Dr. Haselmayer platzte unvorbereitet in das Durcheinander hinein, als sie gegen 24 Uhr nach Hause kam. ‚Ich dachte an einen Verkehrsunfall, als ich die vielen Menschen sah; daß es Uniformierte waren, habe ich zunächst gar nicht bemerkt‘, erinnert sich Frau Haselmayer. Sie wurde schnell aufgeklärt. Als sie ihren Mann sprechen wollte, wurde ihr dies verweigert. Auch die Kinder durfte sie nicht sprechen. Die Kleinen warteten noch immer, nur im Nachthemd bekleidet, in dem ungeheizten Zimmer auf eine Erklärung über das ungewöhnliche Treiben der Briten, die auch auf die im Schulenglisch vorge-

Bielefeld zitiert er ausführlich und erweckt den Eindruck, nach seiner Jugend- und Studentenzeit weitgehend unpolitisch und als Arzt beruflich aktiv gewesen zu sein.

Haselmayer ist vom 28.8.1939 bis zum 6.11.1944 bei der Wehrmacht als Stabsarzt tätig gewesen. Seine Funktionärstätigkeit als stellvertretender Kreisamtsleiter für Volksgesundheit wird als sehr kurze Tätigkeit, 5 Monate, verniedlicht, als wäre diese Zeit die einzige politisch exponierte Stellung Haselmayers gewesen. Am 2.2.1949 wird der

Berufung Haselmayers stattgegeben. Er wird in Kat IV eingestuft, zum 1.4.1950 wird er wieder als Kassenarzt zugelassen. Als Leumundszeugnisse bringt Haselmayer Stellungnahmen von Patienten bei und einem mit ihm zusammenarbeitenden Masseur. Sein Muster ist es dabei zu belegen, „dass ich mich immer als Mensch und niemals als Nationalsozialist benommen habe.“

Auch der ehemalige Kreisleiter der NSDAP in Bergedorf, Fritz Schuster, schreibt noch aus der Internierung in Eselheide am 30.9.1947, wo er zu die-

sem Zeitpunkt mit Haselmayer und anderen Nationalsozialisten zusammen gefangen gehalten wurde, dass Haselmayer niemals an Kreisstabssitzungen der politischen Leiter teilgenommen habe. Wozu doch ein gemeinsames Internierungslager nützlich sein kann, in dem auch viele belastete Juristen saßen, die später ebenfalls wieder als Anwälte praktizieren durften.

Interessant ist auch der Perilschein von Gustav Grebe, der schreibt: „Auf Wunsch bestätige ich Ihnen, dass Sie (...) als Schularzt in der Sterilisationsabteilung

tragenen Anknüpfungsversuche des ältesten der vier Kinder nicht reagierten. [...]

Über das, was von 22.20 Uhr bis 1 Uhr geschehen war, berichtet Frau Haselmayer: Sämtliche vier Praxisräume und die Küche im Erdgeschoß sowie die vier Wohn- und das Badezimmer im oberen Geschoß wurden während der zweieinhalbstündigen Haussuchung auf den Kopf gestellt. Während zwei Militärpolizisten die Bettbezüge von jedem der vier Kinderbetten abzogen, selbst die Kopfkissenbezüge entfernten und die Matratzen umdrehten, beschäftigten sich andere Engländer damit, die 750 Bände starke Bibliothek meines Mannes aufzulösen. [...]

Als einer der englischen Zivilisten in einem Telefonbuch dann entdeckte, daß verschiedenen Nummern angestrichen waren, wurden sämtliche anderen Telefonverzeichnisse eingesammelt. Mein Mann hatte die Angewohnheit, Rufnummern, wie den Krankentransport etwa, im Verzeichnis anzustreichen, damit er die fragliche Nummer schnell wieder fand. Aus den Photoalben wurden die Bilder herausgenommen.

Erst kurz vor Beendigung der Suchaktion durfte ich meinen Mann sprechen, unter Aufsicht von vier Engländern. Er hat mir in Anwesenheit der Bewacher schnell die wichtigsten Dinge, die ich nun zu erledigen hätte, diktiert. Ein Offizier erklärte mir dann, ich solle Marschverpflegung für meinen Mann für acht Stunden, zwei Anzüge, Wäsche und Rasierzeug einpacken. Ich hatte kein Brot im Haus. Der Offizier sagte darauf: ‚Na, es geht auch so.‘ Auf alle Fragen, warum man meinen Mann abführt, bekam ich keine Antwort. Nicht einmal vorgestellt haben sich die Engländer.‘

Bis in die Morgenstunden hatte Frau Haselmayer dann zu tun, um die Wohnung wieder aufzuräumen. Nur die Bücher hatten die Engländer wieder in die Regale gestellt. Bis auf die Telefonbücher wurde nichts

mitgenommen und nichts gefunden.

Erst durch die Mittagszeitung am Donnerstag erfuhr Frau Haselmayer, was es mit dem nächtlichen Besuch für eine Bewandnis gehabt hatte:

Zum ersten Mal seit Kriegsende war im Foreign Office in London morgens früh kurz nach 7 Uhr eine Pressekonferenz abgehalten worden. Der Chef der Presseabteilung, Mr. Ridsdale, der sonst nur selten bei solchen Gelegenheiten erscheint, verteilte persönlich das Kommuniké über die Vorgänge in der britischen Zone Deutschlands während der noch kaum abgelaufenen Nacht, denen auch der praktische Arzt und Geburtshelfer Haselmayer in Hamburg-Bergedorf zum Opfer gefallen war:

‚Es ist den britischen Behörden seit einiger Zeit bekannt, daß eine Gruppe ehemaliger führender Nazis sich mit Plänen zur Wiederergreifung der Macht in Westdeutschland befaßt... Im Einklang mit den ihnen nach dem revidierten Besatzungsstatut vorbehaltenen Befugnissen hat der britische Hohe Kommissar entschieden, daß die Tätigkeit dieser Gruppe näher zu untersuchen ist. Auf seine Anweisung sind die Rädelsführer verhaftet und zwecks Untersuchung in Gewahrsam genommen worden.‘

Und dann folgten die Namen von sechs ehemaligen Mitgliedern der NSDAP.

An jenem Mittwochabend, an dem Dr. Heinrich Haselmayer verhaftet wurde, war Konrad Adenauer von seinen Koalitionsfreunden der Deutschen Partei in die DP-Fraktionsräume im Bonner Bundeshaus eingeladen gewesen. Die DP-Abgeordneten hatten mit ihrem Kanzler eine ausführliche Unterhaltung über das neue Wahlrecht und über die Ratifizierungspraxis des Vertrags über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft erhofft.“

Auszüge aus dem SPIEGEL vom 21.1.1953

beim Gesundheitsamt Hamburg, bei der ich seiner Zeit tätig war, als Gutachter herangezogen waren. Ich erinnere mich, dass Sie schon nach kurzer Zeit heftige Auseinandersetzungen mit dem damaligen Präsidenten Dr. Peters hatten. Die Schulärzte wurden danach nicht mehr zur Gutachtertätigkeit herangezogen.“

An Sterilisationen war Haselmayer also auch beteiligt, nicht verwunderlich nach seiner Doktorarbeit. Und seine Fähigkeit, nach kürzester Zeit mit allen Menschen in heftigste Auseinandersetzungen zu geraten, soll hier zum entlastenden Beleg werden. Traurige Verfahren, die die ganze Kläglichkeit der Entnazifizierung belegen.

1953: Naziverschwörung mit Haselmayer

Spektakulär in die Geschichte geht Heinrich Haselmayer noch einmal 1953 ein (vgl. Kasten). Was im SPIEGEL vom 21.1.1953 harmlos als Home-story unter der Überschrift „Naziverschwörung“ aufgemacht wird, ist einer der ersten großen Nachkriegsdeutschland-Skandale. Eine Schar ehemals führender Nazis war von der britischen Besatzungsmacht in der Nacht

zum 15. Januar 1953 verhaftet worden, weil sie seit einiger Zeit dabei beobachtet worden waren, sich in Westdeutschland zu sammeln, um Pläne „zur Wiederergriffung der Macht“ zu schmieden.

Dabei gab es konkrete Hinweise insbesondere über die Unterwanderung der FDP, namentlich in Nordrhein-Westfalen. Die Gruppe wurde nach dem ehemaligen Staatssekretär des NS-Propagandaministeriums, Werner Naumann, benannt, der in Hitlers Testament als Goebbels-Nachfolger bestimmt worden war, der „Naumann-Kreis“ oder auch „Gauleiter-Kreis“ genannt, weil dazu neben Hamburgs Gauleiter Karl Kaufmann auch einige andere Gauleiter gehörten, wie etwa Gustav Adolf Scheel, der ehemalige NS-Reichsstudienführer und spätere Gauleiter von Salzburg, der sich nach dem Krieg auch als Arzt in Hamburg betätigte. Dazu zählen noch Hans Fritzsche, einst Starkommentator des NS-Rundfunks und eben auch Heinrich Haselmayer, der niemals seine NS-Kontakte aufgegeben hatte, insbesondere nicht die zu dem mächtigen Hamburger Gauleiter Kaufmann.

Die sieben in Hamburg und Düsseldorf Verhafteten wurden in das britische Militärgefängnis nach Werl gebracht und das tonnenweise beschlagnahmte Aktenmaterial nach Wahnheide, dem Sitz der britischen Hohen Kommission.

Werner Naumann war übrigens erst nach dem Amnestiegesetz Anfang 1950 aus der Illegalität aufgetaucht, nachdem er vorher unter falschem Namen in Deutschland verborgen gelebt und ein Netzwerk aufgebaut hatte.

Naumann hatte 1951/52 viele Vorträge deutschlandweit gehalten, in Hamburg u.a. am 18.11.1952. Die Einladung dazu ging von Gustav Adolf Scheel und Heinrich Haselmayer aus, geladen war eine größere Anzahl



Foto: Bundesarchiv

Gustav Adolf Scheel, Haselmayer-Freund, seit Anfang der 50er Jahre Arzt in Hamburg

von mit Scheel und Haselmayer befreundeten und bekannten Ärzten, genannt werden u.a. die Namen Berg und Kunstmann.

Am 20. März 1953 begannen Vernehmungen der Verhafteten durch deutsche Staatsanwälte, am 28.3.1953 beantragte der Oberbundesanwalt Haftbefehl gegen Naumann, Haselmayer und die anderen Inhaftierten.

Das Verfahren zielte ab auf Bildung einer „verfassungsfeindlichen Vereinigung“ und „Geheimbündelei“ (§§ 90a und 128 Strafgesetzbuch). „Die beiden in Hamburg und Düsseldorf gegründeten ‚Kreise‘ hatten sich nach Auffassung der ermittelnden Staatsanwälte die ‚Erhaltung und Fortbildung des nationalsozialistischen Gedankengutes‘ zum Ziel gemacht und versucht, „in politischen Parteien und anderen Organisationen durch ‚Unterwanderung‘ Einfluß zu gewinnen und damit die Wiedereinrichtung einer nationalsozialistischen Herrschaft vorzubereiten“, wird im Antrag des Oberstaatsanwaltes festgestellt. Nachdem der Untersuchungsrichter am Bundesgerichtshof diesen Anträgen entsprochen hatte, wurden die Beschuldigten Anfang April 1953 von Werl



Foto: Bundesarchiv

Werner Naumann, hinter Goebbels stehend, Staatssekretär im Propagandaministerium

nach Karlsruhe verlegt. Dort ließ man sich fortan viel Zeit.

Anfang Juni erfuhr Adenauer, dass man im Bundesamt für Verfassungsschutz das Beweismaterial für „unzureichend“ hielt. Ende Juni wurde Naumann bei einem Haftprüfungstermin des Bundesgerichtshofes auf freien Fuß gesetzt. Zwei Monate vorher waren andere der Inhaftierten der „Naumann-Gruppe“ bereits freigelassen worden, Heinrich Haselmayer und Karl Scharping bereits am 8. April 1953.

Die Unterwanderung der FDP war erfolgreich gewesen, durch die Verhaftung der „Naumann-Gruppe“ und die publizistischen Reaktionen gelang bei den Bundestagswahlen am 6.9.1953 keiner rechten Sammlungspartei ein Erfolg, wiewohl es einer Reihe von ehemaligen Nazis und SS-Männern gelang, über die FDP bundesweit Karriere zu machen, übrigens auch in der SPIEGEL-Redaktion. Die Verhafteten mussten also nach einiger Zeit wieder freigelassen werden. Für die Adenauer-Regierung war eine prekäre Situation entstanden, da die Verträge mit den West-Alliierten auf dem Spiel standen. Zur selben Zeit wurde eine Allensbach-Umfrage bekannt, nach der 44 Prozent der Deutschen der Meinung waren, dass am Nationalsozialismus auch eine Menge Gutes gewesen sei.

Für Haselmayer bestanden übrigens lebenslange Freundschaften und „interfamiliäre Beziehungen“ zu Werner Naumann und auch zu Gustav Scheel.

Trunkenbold Haselmayer

Heinrich Haselmayer sollte noch ein weiteres Mal auffallen. Zeit seines Lebens eine schillernde, extrovertierte Person, kam Haselmayer noch ein weiteres Mal mit dem Gesetz in Konflikt.

In der Nacht vom 30. auf den 31. Januar 1959 wurde Haselmayer zu einer Krebspatientin

gerufen, bei der die Hilfe eines praktischen Arztes nicht mehr wirken konnte. Sie starb am nächsten Tag.

Haselmayer verließ das Krankenbett um 1 Uhr nachts. In der Hoffnung, noch Bekannte zu treffen, fuhr Haselmayer zum Bergedorfer Lokal „Zur Sonne“, in dem er vielgesehener Stammgast war. Dort traf er drei Bekannte, unter anderem den Chefredakteur der Bergedorfer Zeitung.

Nach eigenen Angaben, die in der Regel unter dem tatsächlichen Pegel liegen, trank Haselmayer zwei Wodka. Anschließend fuhr die Gruppe zu den Barcks-Weinstuben, wo Haselmayer, wieder nach Selbsteinschätzung, 6-7 Flaschen Salvator-Bier und mehrere Schnäpse trank.

Gegen 6 Uhr morgens verließ das Trio das Lokal und Haselmayer chauffierte in seinem Wagen den Chefredakteur nach Hause. Auf der Rückfahrt in der vereisten Justus-Brinckmann-Straße kam Haselmayer mit seinem Wagen ins Rutschen und setzte seinen BMW gegen einen Baum. Haselmayer sprach einen vorbeikommenden Passanten an, den er bat, eine Abschleppfirma zu rufen. Dann schlief er hinter dem Steuer sitzend ein.

Als eine Polizeistreife der Wache 61 vorbeikam, Haselmayer weckte und ihn aufforderte, den Wagen zu verlassen, weigerte er sich und hielt sich am Lenkrad fest. Von zwei Polizisten herausgezogen, setzte er sich auf den Boden und musste von den Polizisten zum Peterwagen getragen werden. Auf der Wache randalierte er, verweigerte die Entnahme einer Blutprobe durch einen herbeigerufenen Arzt, „den er nicht kannte“. Drei Polizisten mussten ihn festhalten, damit Blut abgenommen werden konnte.

In der Schrift des Oberstaatsanwaltes beim Landgericht Hamburg vom 2.4.1959 wird

Haselmayer angeklagt, dass er „infolge körperlicher und geistiger Mängel (Blutalkoholgehalt 2,1 Promille) sich nicht sicher im Verkehr bewegen“ konnte und Widerstand gegen die „rechtmäßig ausgeübte“ Staatsgewalt geleistet habe.

Am 15. Mai 1959 wird Haselmayer vom Amtsgericht Bergedorf wegen Trunkenheit am Steuer zu drei Wochen Haft verurteilt und wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt zu 300 DM Geldstrafe. Die Haftstrafe wird zur Bewährung ausgesetzt. Ein von der Hamburger Ärztekammer berufsgerichtlich geführtes Verfahren folgte Ende des Jahres 1959. Haselmayer erhielt dabei einen Verweis.

Für sich genommen ist dieser Vorfall sicherlich nicht überzubewerten. Er wirft allerdings noch einmal ein besonderes Licht auf eine der schillerndsten Figuren der Geschichte nationalsozialistischer Herrenmenschen in Hamburg. Ausgerechnet Heinrich Haselmayer, dessen Biografie an zwei wesentlichen Stellen infolge exzessiven Alkoholenusses entscheidend berührt ist. Wie hatte Haselmayer die „Erbuntüchtigen“, „Minderwertigen“, „Schwachsinnigen“ charakterisiert? „Diese Menschen verfallen aufgrund ihrer Haltlosigkeit leichter der Verführung, verbreiten ansteckende Geschlechtskrankheiten mit allen ihren üblen Folgen, erliegen dem Alkohol und seinen Schäden, werden zu Verbrechern, Dirnen, gemeingefährlichen Naturen, kurzum, sie bedrohen die Sicherheit der sozialen Totalität.“

Heinrich Haselmayer stirbt am 21. Januar 1978 in Würzburg.

HANS-PETER DE LORENT

(Aus Gründen der besseren Lesbarkeit ist auf Anmerkungen und Quellenangaben verzichtet worden. Interessenten können diese erfragen unter: hpdelorent@aol.de)

Kriegskinder – eine traumatisierte Generation

Ein Thema, das inzwischen die Enkelgeneration erreicht

Kriegskinder, so nennen wir diejenigen, deren prägende Kindheitserfahrungen in die Zeit des zweiten Weltkriegs fallen. Die meisten Autoren datieren die Kriegsgeneration auf die Jahre 1930-1945, aber auch andere Datierungen sind gebräuchlich, z. B. 1933-1945 oder 1939-1945.

Die BG Ruheständlerinnen und Ruheständler konnte die Soziologin Lu Seegers für ein kenntnisreiches Referat mit anschließendem Gespräch zum Thema gewinnen.

Zahlreiche Autoren, so sagt auch Lu Seegers, befassen sich seit nunmehr bald 70 Jahren mit der Aufarbeitung der Themen Krieg und Kriegskindheit in (Auto)Biographien, historischen Darstellungen und Romanen. Im Zentrum steht in aller Regel eine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und folglich die Frage der Schuld.

In neueren Arbeiten ist dies in dieser Gewichtung nicht mehr der Fall. Neu ist ab 1990 eine Psychologisierung der Generation der Kriegskinder, bei der das Traumakonzept im Vordergrund steht. Das Trauma des Kriegskinds strahlt aus auf die ganze Familie und wird auch an die fol-

genden Generationen weitergegeben, solange, bis es innerlich bearbeitet und bewältigt wurde.

Inzwischen hat es die Enkelgeneration erreicht. Das heißt ausdrücklich nicht, dass die Betroffenen nur Opfer sind (so auch Seegers). Wie man gut bei Günter Grass (Im Krebsgang) nachlesen kann, können sie auch Täter werden. Bei den Kriegskindern, also der ersten Generation, hängt das allerdings primär sehr davon ab, wie alt bzw. jung die Einzelnen waren, als sie von den krankmachenden Ereignissen betroffen wurden.

Die Kriegskinder selbst sind heute „in die Jahre gekommen“. Es ist daher sehr wichtig für sie und ihre Umgebung, dass sie endlich das von ihnen vielfach so lange beibehaltene Schweigen brechen. Die Traumaforschung will bei der Aufarbeitung helfen und Muster bereitstellen, die eine Auseinandersetzung erleichtern, indem sie in die Gesellschaft hinein wirkt.

Auch den Pädagog_innen in der täglichen Schularbeit kann dadurch ein Einblick in die Traumaproblematik vermittelt werden,

der im Umgang mit Schüler_innen weiterhelfen kann. Das ist auch deshalb von Bedeutung, weil oftmals Familien aus Krisengebieten zu uns kommen, die ebenfalls traumatisiert sind. Hier kann die Lehrperson Vermittler_in bei der Aufarbeitung sein. Leider ist dies alles andere als ein Randthema im pädagogischen Alltag.

BETTINA WEHNER

Lu Seegers ist Mitarbeiterin an der Forschungsstelle für Zeitgeschichte in Hamburg und ihre Forschungen sind nachzulesen in dem Buch Lu Seegers: „Vati blieb im Krieg“ Vaterlosigkeit als generationelle Erfahrung im 20. Jahrhundert – Deutschland und Polen. Wallstein 2013



Mögliche traumatisierende Erfahrungen von Kriegskindern:

- Flucht
- Vergewaltigung
- Zerstörung und Tod
- Vaterlosigkeit
- Kriegsverbrechen
- Gewalt
- kaputte Familien



Das HLZ-Rätzel

Essen mit Putin

Neues Jahr - neue Wege: Mit einem Bilderrätzel würdigen wir den viel gescholtenen russischen Präsidenten. Denn tatsächlich gehört Wladimir Putin zu den drei am meisten bewunderten Menschen der Welt – so eine internationale Studie in Auftrag der Times. Gesucht wird eine kulinarische Spezialität, die fern seines Heimatlandes äußerst beliebt sein soll.

Welche Speise könnte nach Putin benannt sein?

A, B, C oder D?



A



B



C



D

Antworten bitte mit Postanschrift bis zum 25.3.2014 an die hlz, am besten an hlz@gew-hamburg.de. Als Gewinn winkt ein Gutschein für den *Old Commercial Room*, wo auch das eine oder andere der obigen Gerichte goutiert werden kann. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



Hildebrandt

Des letzten Rätsels Lösung...

... ist *störsender tv*. In dieser Internet-Sendung hatte der verstorbene Kabarettist Dieter Hildebrandt seinen letzten Auftritt in gewohnt bissiger Weise. Das wusste auch Harry Wulff. Er kann einen Auftritt von Hildebrandts Weggefährten Henning Venske bei *Alma Hoppe* besuchen. Herzlichen Glückwunsch und viel Spaß!

MH/MK

Jetzt Anmelden: 1. Konferenz junger GEWerschafter_innen im Nordverbund GEvolution - Move your Body and your union will follow!



Es wird Zeit für die **GEvolution!**

Unter dem Titel „Gewolution – Move Your Body and your union will follow“ findet vom **11.4.** bis **13.4.2014** in Travemünde-Brodten die erste Nord-Konferenz der Bundesländer Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein statt. Eingeladen sind junge GEWerschafter_innen. Die Konferenz richtet sich an GEW-Mitglieder bis 35 Jahre. Neben zentralen Themen aus den Bereichen Bildung und Erziehung wollen wir gemeinsam mit euch eine Diskussion über Ökonomisierung im Bildungsbereich anstoßen.

Die Anmeldung zur Konferenz ist ab sofort [hier](#) möglich.

Move your Body and bring dich ein.

Die GEW kämpft für gerechten Lohn, für Arbeit unter guten Bedingungen und ein Bildungssystem, das Chancengleichheit garantiert und niemanden zurücklässt. Die Umsetzung dieser Ziele erfordert pädagogische Ideale und Zielvorstellungen. Diese zu halten, ist aufgrund von versuchter Einflussnahme von Gruppen und Institutionen für ideologische, militärische und ökonomische Ziele schwieriger denn je.

Für uns ist der Zeitpunkt gekommen, neue Wege zu suchen und die Dinge zu verändern. Deshalb haben wir uns zusammengetan und die Nord-Konferenz organisiert. Ziel ist es, die GEW mit uns in Bewegung zu bringen.

Mit dabei: Gunter Quaißer von der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik.

Die Themen der Workshops sind u.a.

- gute Arbeit in der Wissenschaft
- aktive Gewerkschaftsarbeit und prekäre Arbeitsverhältnisse
- Kampagnenarbeit
- Militarisierungstendenzen und das Referendariat.

Die Planungen dazu laufen auf Hochtouren.

Neben den Workshops und Vorträgen ist ausreichend Zeit für eigene Themen, Spaß, Entspannung und um ein wenig die Sau rauszulassen.

Aktuelle Informationen zur Konferenz, den Workshops, der Anmeldung und dem Tagungsort findet Ihr [hier auf www.gewolution.de](#)



// EINLADUNG DER GEW SPORTKOMMISSION //



Tagung der Sportkommission beim Hauptvorstand der GEW vom 3. bis 5. April 2014 in Goslar

Welchen Sport benötigen Ganztagschulen?

Aus der Austrittszone...

Nein, nein, es geht hier nicht um den unvermeidlichen Weg zum „stillen Örtchen“. Auch wenn es manche Gewerkschafter_in sehr besch... finden mag, dass Kolleg_innen den gemeinsamen Einsatz für bessere Bildungschancen und erträgliche Arbeitsbedingungen nicht mehr mittragen wollen. Erleichterung ist also im Gegensatz zum ersten Fall nicht angebracht, wenn GEW-Mitglieder ihren Austritt erklären. So manche tut es still und unkommentiert. Andere meinen, als Pensionär_innen ginge sie das alles nichts mehr an oder der Mitgliedsbeitrag übersteige das Solidaritätsvermögen. In jedem Fall schmerzt der Verlust eines_r Mitstreiters_in.

Im Gegensatz zu diesem eher „stillen Austreten“ erklären einige auch ihre Beweggründe mit politischer oder persönlicher Verärgerung. Die kann sich schon mal auch auf redaktionelle Leistungen – evt. auch Fehlleistungen – der h/z oder gar das politische Handeln der GEW beziehen. Das gehört sicherlich zu so einem sich immer wieder positionierendem Verein dazu, dass er auch mal aneckt. Auch wenn wir uns wünschen, mit dem oder der Verärgerten ins Gespräch zu kommen oder den Gedankenaustausch öffentlich (s. Leserbriefe) auszutragen, akzeptieren wir die persönliche Entscheidung.

Doch die aktuellste Begründung – hat mich überrascht: 9 Seiten „Lampedusa in Hamburg“ in der letzten h/z-Ausgabe und das Engagement der GEW für die Lebensperspektive von 300 Kriegsflüchtlings waren dem Kollegen „unangebracht“. Und dazu erregt ihn die Verwendung einer „geballten roten Faust als Logo“. Das gehöre sich nicht für die „GEW als Arbeitnehmervertretung“.

Da hat es mich doch gejackt, noch mal nachzudenken über das, was ich da angestellt hatte. Mir gefiel spontan die Verbindung von Hafen-Hamburg-Anker und widerständiger Faust auf

dem Transparent der Lampedusa-Flüchtlinge so gut, dass ich es als Logo auswählte. Was ist nur los mit dieser Faust, dass sie dem einen gefällt, den anderen so abstößt, dass er die Gewerkschaftsmitgliedschaft hinschmeißt? War es die Erinnerung an Boris Becker, seine „Beckerfaust“ in Wimbledon und jetzt seine abgrundtiefen Erkenntnisse in „Das Leben ist kein Spiel“? Wohl eher nicht!

Rast ein Mensch vor Zorn, steigt seine Herzfrequenz, um ihn auf starke körperliche Anstrengung vorzubereiten, erkannte Darwin: „Das gereizte Gehirn gibt den Muskeln Kraft und gleichzeitig dem Willen Energie.“ Wut führt den Händen Blut zu.

Wer in Rage gerät, ballt fast zwangsläufig die Faust, erkannten kalifornische Psychologen um Robert Levenson. Das müsste den mit dem Schulalltag konfrontierten Kolleg_innen eine versteckt-vertraute Gewohnheit sein: Die berühmte Faust in der Tasche.

Der Tübinger Prof. Korff für Kulturwissenschaft sieht in der Hand „mehr als nur ein organisch-muskulöses Greifinstrument“: „Die Hand offenbart die Nähe zur Werkätigkeit“. Und so ist es für ihn kein Zufall: „Die Sprengkraft der sozialen Frage lässt sich mit der geballten Faust darstellen. Wo den Menschen Recht und Würde vorenthalten werden, drängt die Wut zur motorischen Reaktion.“ Liegen die Lampedusa-Flüchtlinge doch nicht so falsch mit ihrer Symbol-Wahl, wenn sie von diesem Hamburger Senat eine Perspektive für Arbeit und würdiges Leben in dieser Stadt einfordern. Sie zeigen ganz unmittelbar, was es heißt, als Gruppe solidarisch zusammenzustehen. Hier können pädagogische Einzelkämpfer_innen sich erinnern, wie viel Kraft im gemeinsamen Auftreten sich entwickeln kann. Wie war das noch: Einen Finger kann man brechen – Fünf Finger sind eine Faust!

STEFAN GIERLICH



Impressum

Herausgeber: Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Hamburg, Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg, Tel. 41 46 33-0, Fax 44 08 77, Homepage www.gew-hamburg.de, E-Mail: meents@gew-hamburg.de

Redaktionsleitung: Joachim Geffers, Bei der Johanniskirche 10, 22767 Hamburg, E-Mail: j.geffers@freenet.de

Redaktion: Stefan Gierlich, Manni Heede, Antje Liening, Michael Kratz, Wolfgang Svensson

Redaktionsassistent: Max Lill

Titel: h/z

Rückseite: h/z

Anschrift der Redaktion: Rothenbaumchaussee 15, 20148 Hamburg. Tel. 41 46 33-20 (mittw. ab 17 Uhr), Fax 4 50 46 58, sonst GEW, Tel. 41 46 33-22, Annette Meents, bzw. -, Fax 44 08 77, E-Mail: hlz@gew-hamburg.de

Satz und Druck: Compact Media Agentur GmbH, 20354 Hamburg, Tel. 0 40-35 74 54-0, E-mail: info@compactmedia.de

Anzeigen: Eduard van Diem, Tel. 040-890 629 23, hlz-anzeigen@gew-hamburg.de

Die h/z wird ohne gesonderte Berechnung an die Mitglieder der GEW Hamburg verteilt. Bezugspreis im Monatsbeitrag enthalten.

Die h/z erscheint monatlich. Die in der h/z veröffentlichten Artikel geben die Auffassung der AutorInnen wieder. Stellungnahmen der GEW sind ausdrücklich als solche gekennzeichnet. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bücher (Rezensionsexemplare) wird keine Gewähr übernommen.

Red.-Schluss h/z 3-4/2014: 26.3.2014



Gegründet 29. September 1922



**Wenn nicht jetzt? Wann dann?
Nur 1,00 € pro 1.000 € Versicherungssumme
inkl. Versicherungssteuer!**

Hamburger Beamten- Feuer- und Einbruchskasse
Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit
Anerkannte Selbsthilfeeinrichtung des öffentlichen Dienstes

*Nach über 20 jähriger
Beitragsstabilität jetzt sogar eine
Beitragsenkung auf 1,00 € (inkl. Vers. Steuer)
pro 1.000 € Versicherungssumme*

Highlights aus unserer Hausratversicherung bei unschlagbarem
Beitragssatz!

- ✓ Verzicht auf den Einwand der groben Fahrlässigkeit bis zu 3.000 € Schadenhöhe
- ✓ Aufräumkosten bis 100 % der VS* nach einem Schadenfall
- ✓ Hotelkosten für bis zu 30 Tage nach einem Schadenfall
- ✓ Fahrraddiebstahl bis 1 % der VS* (max. 500 €)
- ✓ Überspannungsschäden bis 10 % der VS*
- ✓ Einbruchdiebstahl aus Kfz bis 2% der VS* (max. 500 €)
- ✓ Kein Abzug wegen Unterversicherung bei versicherten 700 € pro m² Wohnfläche
- ✓ Möglichkeit der Höherversicherung von Fahrrädern bis 3 % der VS* (max. 1.500 €)

...und vieles, vieles mehr.

Einfach unverbindliches Angebot einholen.

*(Versicherungssumme)

Hamburger Beamten- Feuer- und Einbruchskasse
Sascha Suppe
Hermannstrasse 46
20095 Hamburg

Telefon: 040-33 60 12
Fax: 040-28 05 96 06
E-Mail: info@hbfbek.de
Web: www.hbfbek.de

Beispiel:
Bei einer Versicherungssumme von 60.000 €
zahlen Sie ab 2014 bei uns nur noch 60.00 €
(inkl. Vers. Steuer) !

Kann Ihre Versicherung das auch?

ROLF BECKER LIEST

Der Opfergang

Eine zeitgenössische Chronik

Am 6. Dezember 2013 ist das erste Hörbuch des Arbeiterschriftstellers Willi Bredel (1901 – 1964) erschienen. „Der Opfergang. Eine zeitgenössische Chronik“ wird eindrucksvoll gelesen von dem bekannten Schauspieler Rolf Becker. Die Erzählung wurde von Willi Bredel 1944/45 im sowjetischen Exil geschrieben. Sie schildert vor dem Hintergrund des zweiten Weltkrieges und der Zwangsarbeit im Deutschland der Nazizeit die Liebe zwischen der deutschen Arbeiterin Inge Lee und dem polnischen Zwangsarbeiter Kasimir Koralski im norddeutschen Dorf Himmelmpforten und in der Kreisstadt Stade im Jahr 1944. Die Liebesbeziehung wird als „Rassenschande“ kriminalisiert und durch die SS mit der Ermordung des polnischen Arbeiters zerstört. Inge Lee wird als „Rassenschänderin“ durch Stade getrieben und dann ins Gefängnis geworfen.

Das Hörbuch ist als Doppel-CD mit über an-

derhalb Stunden Spielzeit und einem achtseitigen, informativen Beiheft erschienen und zum Preis von 14,90 € im Buchhandel oder der Willi-Bredel-Gesellschaft erhältlich. ISBN: 978-3-940229-07-6.

Die Erzählung ist von großer Aktualität. Im Booklet des Hörbuchs heißt es dazu: „*Die Ausländerfeindlichkeit und der ihr zugrunde liegende Rassismus, die Zerstörung von Moral und sozialer Sicherheit durch Krieg und Sozialabbau, die Zwangsarbeit, die den Charakter von brutaler Ausbeutung und Sklaverei annimmt, die umfassende öffentliche Kontrolle, die vor persönlichen Gefühlen nicht haltmacht und dadurch Angst und Lähmung provoziert – all das sind auch aktuelle Erfahrungen und Gefahren.*“

Rolf Becker (78), Schauspieler, arbeitet in Theater-, Fernseh- und Filmproduktionen und als Sprecher von Hörbüchern. Nachfragen: Willi-Bredel-Gesellschaft Geschichtswerkstatt e.V., Im Grünen Grunde 1b, 22337 Hamburg; Tel.: (040) 591107; eMail: willi-bredel-gesellschaft@t-online.de; www.bredelgesellschaft.de. Es können auch digitale Abbildungen und Freiemplare angefordert werden.

GEW TERMINE – JANUAR / FEBRUAR 2014

Referat F

Gruppe Gewerkschaftliche Bildung
Wir treffen uns unregelmäßig aber effektiv.
Wir freuen uns über die Teilnahme von Interessierten.
Info: Roland Stolze, mailto: rolandstolze@gwhmail.de

Referat D GEW Studies

Termin in der Geschäftsstelle nachfragen

05.02.2014, 18.00-21.00 Uhr, Raum C

19.02.2014, 18.00-21.00 Uhr, GBW

17.02.2014, 18.00-21.00 Uhr, GBW

20.02.2014, 17.00-20.00 Uhr, Raum A

Termin in der Geschäftsstelle nachfragen

10.02.2014, 16.30-22.00 Uhr, Raum A

12.02.2014, 16.30-19.30 Uhr, GBW

19.03.2014, 16.30-18.30 Uhr, GBW

17.03.2014, 19.00-22.00 Uhr, Raum A

05.02.2014, 19.00-22.00 Uhr, GBW

Termin in der Geschäftsstelle nachfragen

25.02.2014, 17.00-19.30 Uhr, Raum C

03.03.2014, 18.00-20.00 Uhr, Raum C

25.03.2014, 17.00-19.00 Uhr, Raum A

01.04.2014, 19.30-22.00 Uhr, Raum C

24.02.2014, 16.00-18.00 Uhr, GA

Termin in der Geschäftsstelle nachfragen

05.02.2014, 10.15-13.00 Uhr, Raum C

19.03.2014, 10.15-12.30 Uhr, Raum C

17.02.2014, 19.30-22.00 Uhr, Raum C

31.03.2014, 19.30-22.00 Uhr, Raum C

Termin in der Geschäftsstelle nachfragen

Junge GEW

FG Grundschule

Vorschule

FG Stadtteilschulen

FG Gewerbe und Handel

FG Gymnasien

FG Kinder- und Jugendhilfe

FG Primarschulen

FG Sonderpädagogik

FG Hochschule u. Forschung

AfGG Gleichstellungs- u. Genderpol.

FG Bleiberecht

AK Inklusion

AK soziale Arbeit an Schulen

BG Ruheständler

Mittelamerikagruppe

AG Fair Childhood

Upright-Kernspintomographie

Exakte Diagnose - ohne Angst vor der Röhre

Upright-MRT ist die volloffene Kernspintomographie mit der Sie nicht nur im Liegen sondern auch im Stehen und Sitzen unter der natürlichen Gewichtsbelastung untersucht werden. Dies ist von großer Bedeutung zur Abklärung z.B. von Rückenschmerzen. So haben viele Patienten im Liegen keine Beschwerden sondern vorwiegend im Stehen oder beim Gehen. Mit der Upright-MRT können wir Sie exakt in den Positionen untersuchen in denen Sie Beschwerden haben.

Durch die volloffene Bauweise ist das Upright-MRT besonders auch für Patienten mit Platzangst (Klaustrophobie) geeignet. Während der Untersuchung haben Sie einen freien Blick aus dem System und können auf einem großen Monitor das aktuelle Fernsehprogramm oder DVD-Filme anschauen. Es ist Ihnen jederzeit auch möglich eine Begleitperson mit in den Untersuchungsraum zu nehmen.

Weitere Informationen zur Praxis und der Upright-Kernspintomographie haben wir auf unserer Webseite unter www.mrthamburg.de für Sie zusammengestellt.



Privatpraxis für
Upright-Kernspintomographie
in Hamburg

Dr. med. Gerd Vollmann
Facharzt für Diagnostische Radiologie
Theodorstraße 42 / Haus 8
22761 Hamburg-Bahrenfeld
Telefon 040 3807 052 10
www.mrtamburg.de



Hamburger Lehrer-Feuerkasse seit 1897



Die preisgünstige Hausratversicherung im Großraum Hamburg und Lübeck

für Angehörige aller pädagogischen Berufe. Wir versichern Ihren Hausrat für 1,20 Promille der Versicherungssumme, inkl. Versicherungssteuer, und das unverändert seit 1996.

Beitragsfrei eingeschlossen sind u. a.:

Diebstahl von Fahrrädern und Kinderwagen, Kfz.-Aufbruch, Überspannungsschäden, jeweils bis zu festgelegten Höchstgrenzen, Höherversicherung gegen Zuschlag möglich.

Informationen und Unterlagen bitte anfordern unter:

E-Mail: info@h-l-f.de

Tel.: 040 333 505 14 (Tobias Mittag)

Tel. : 040 796 128 25/ Fax : 040 796 128 26 (Georg Plicht)

Tel.: 040 679 571 93 / Fax: 040 679 571 94 (Sibylle Brockmann)

www.hamburger-lehrer-feuerkasse.de



Kindern eine Kindheit geben!

Machen Sie mit. Werden Sie Förderer und Förderin von Fair Childhood – GEW-Stiftung Bildung statt Kinderarbeit

Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 700 205 00, Konto-Nr. 9 840 000

www.fair-childhood.eu


 ihre ganz persönliche Reise

DER REISEVERANSTALTER FLIEGT MIT!

<p>• DIE KANALINSELN - • EIN MÄRCHENLAND 7. April-14. April € 1190</p> <p>• MALTA - • MEINE HEIMAT ÜBER OSTER 16. April-23. April € 1090</p> <p>• SIZILIEN - • WIEGE DER ZIVILISATION 25. April-2. Mai € 1090</p> <p>• CORNWALL - • EINE INSPIRATION 11. Mai-18. Mai € 1090</p>	<p>• KENT & SUSSEX - • SCHLÖSSER & GÄRTEN 08. Juni-15. Juni € 1090</p> <p>• SCHOTTLAND (NEU) - • MYSTISCHES LAND 15. Sept-22. Sept € 1190</p> <p>• TOSKANA - • DIE UNENTBEHRLICHE REISE 25. Sept.-2. Oktober € 1090</p> <p>• APULIEN (NEU) - • EIN GANZ ANDERES ITALIEN 16. Oktober-23. Oktober € 1090</p> <p>• SORRENT, CAPRI, • POMPEJI, ROM & UMGEBUNG 3. Nov-11. November € 1085</p>
---	--

Tel.: 04101 693711 | E-Mail.: info@agius-malta-reisen.de | www.agius-gruppenreisen.de

***Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D.**
 Äußerst günstige Darlehen z.B. 40.000 € Sollzins (fest gebunden) 4,4% p.a. für 7 Jahre mit Rate 655 € effektiver Jahreszins 4,50%. Brutobetrag 46.620 € Sicherheit: Kein Grundschuldenrücktrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sonderkündigung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldversicherung.

AK FINANZ
 Kapitalvermittlungs-GmbH
 E-Post: 11 Planiken
 67469 Mannheim
 Fax: 06211 178180-25
 Info@AK-Finanz.de
www.AK-Finanz.de

Beamtenkreditlehen / Akademikerdarlehen*
 Laufzeit 7 Jahre
4,50% effektiver Jahreszins*
 Umschuldung: Raten bis 50% senken
 Beamtenkreditlehen ab 10.000 € - 120.000 €
 Baufinanzierungen günstig bis 120%

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.

0800 - 1000 500

Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns.
seit über 35 Jahren.



Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, LV Hamburg, Rothenbaumchaussee 15,
20148 Hamburg, Postvertriebsstück DPAG Entgelt bezahlt

